

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 2. bis 8. Juni 1916.

Ämtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 13. Juni 1916.

Inhalt: Die polnische Reichstagsfraktion und die Steuervorlagen, S. 555—556. — Zur Ansiedlung der kriegsbeschädigten Polen, S. 556. — Die polnische Fraktion und der Fall Liebknecht, S. 556. — Zum programmatischen Artikel des „Kraj“, S. 557. — Die polnisch-deutsche Annäherung, S. 557. — Das Posensche, S. 558—560. — Die polnische Geistlichkeit im Dienste der Allgemeinheit, S. 560. — Das Los der nach dem Innern Rußlands verschickten Polen aus Preußen und Österreich, S. 561—563. — Spendenaktion zur Ehrung Skieniewicz, S. 563. — Delegiertenversammlung der polnisch-katholischen Arbeitervereine, S. 563—565. — Die Vereinsgesetznovelle, S. 565. — Prozeß in Sachen von Lippinken, S. 565. — Aufruf an die Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung, S. 565. — Das polnische Lied, S. 566. — Wahlverein Gelsenkirchen-Bismarck pp., S. 567. — Wer wird siegen?, S. 567. — Untertanen des Königreichs Polen, S. 568. — Die Waffenfähigen im Königreich Polen, S. 568. — Die Organisation der polnischen Städte, S. 569. — Der Schulverein, S. 570. — Das Leben in Kujawien, S. 571. — In Lodz, S. 571. — Lublin und die Legionen, S. 571. — Der Gemeinderat in Petrikau, S. 572. — Die „Godzina Polski“, S. 572. — Die Versorgung des Königreichs Polen, S. 572—573. — Die Rückkehr polnischer Auswanderer aus Amerika, S. 573. — Die landwirtschaftliche Akademie in Pulawy, S. 574. — Verband der Landwirte, S. 574. — Handelsbeziehungen zwischen Posen dem Königreich Polen und Galizien, S. 574. — Vereinigung polnischer Kaufleute in Warschau, S. 575. — Handel und Gewerbe im Königreich Polen, S. 576. — Organisation der Kaufleute in Lodz, S. 576. — Erklärung der Litauer, S. 577. — Die Krakauer Jugend für Litauen, S. 577. — Das Untermitee der Reun, S. 578. — Denkschrift in der polnischen Frage, S. 578. — Mit oder ohne die Polen, S. 578. — Polen und Mitteleuropa, S. 578. — Ist ein Kompromiß mit Rußland möglich?, S. 579. — Die Kriegszensur in Rußland, S. 580. — Die Franzosen und die polnische Frage, S. 580—582. — Haltung der Polen in den Vereinigten Staaten, S. 582—583.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 126 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. Juni 1916.

Zu der Rede, mit welcher der Abgeordnete Seyda die Haltung der Fraktion in Sachen des Steuerkompromisses begründet hat, bemerkt das Blatt:

Wie aus dieser Erklärung hervorgeht, war die Entschließung für die polnische Fraktion nicht leicht. Nachdem die Fraktion s. Z. grundsätzlich für die Kriegskredite gestimmt hatte, konnte sie jetzt die zur Deckung des durch den Krieg entstandenen Budgetausfalles notwendigen Steuern nicht ablehnen. Eins ist die logische Folge des andern. Es handelte sich nur darum, ob die Fraktion gerade für diese auf der Grundlage der Regierungsvorlage in Form des Kompromisses zustande gekommenen Steuern stimmen sollte. Daß vom Gesichtspunkte der Fraktion aus gegen verschiedene einzelne Steuern wichtige Bedenken bestanden, ist bekannt und begreiflich. Besonders die Zigaretten- und die Warenumsatzsteuer waren keineswegs sympathisch. Aber da man einmal die grundsätzliche Notwendigkeit der Steuerbewilligung anerkannt hatte, so hätte man bessere, positive Vorschläge haben müssen, um gegen jene zu stimmen. Die Sozialdemokraten hatten solche Vorschläge auch nicht, da die Deckung aller Lasten durch direkte Steuern unter den gegebenen Verhältnissen eine Utopie ist. In dieser Lage entschloß sich die Fraktion, für das Kompromiß zu stimmen. Der Abgeordnete Seyda hat jedoch bei der Begründung dieses Standpunktes die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne auf die Unzufriedenheit der Polen mit der bisherigen Politik der Regierung uns gegenüber hinzuweisen. Das war durchaus notwendig. Die Erklärung des Abgeordneten Seyda gibt kund, daß die polnische Vertretung im Reichstage von den durch die Verteidigung unserer nationalen Interessen vorgezeichneten grundsätzlichen Linien nicht abgeht und nicht abgehen wird. Wenn also auch hier und da ein Gefühl der Kritik gegenüber der Fraktion wach werden könnte, so muß die Anerkennung der überaus schwierigen Stellung der Fraktion und der uns allen gemeinsamen

Richtlinien etwaige Vorwürfe in den Hintergrund treten lassen.

Aus Nr. 127 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 3. Juni 1916.

Der Standpunkt der Fraktion in der Steuerfrage.

Wir veröffentlichen weiter unten die von dem stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion, Abgeordneten Seyda, abgegebene Erklärung in der Steuerfrage, über die heute abgestimmt werden soll. Da wir das endgültige Ergebnis abwarten wollen, enthalten wir uns vorläufig einer eingehenden Besprechung dieser Rede, und dies um so mehr, als wir den Bericht nicht aus unmittelbarer Quelle, sondern auf dem Wege durch das Wabureau erhalten haben, mithin also nicht die Gewißheit besitzen, ob er seinem Inhalt nach richtig ist. Wir sind aber der Meinung — und das können wir heute sicherlich schon sagen — daß trotz der hier und dort hervorgetretenen Unterschiede in der Methode des Verhaltens der Fraktion die Volksgesamtheit mit der Fraktion in der grundsätzlichen Stellungnahme, die in der positiven Beschließung der Steuer als einer Staatsnotwendigkeit in die Erscheinung getreten ist, einig sein wird. Wie bei den Kriegskrediten der Standpunkt der Fraktion nicht anders als positiv sein konnte, so stand auch jetzt die Haltung der Fraktion im Einklang mit dem von ihr früher eingenommenen Standpunkt.

Indem wir uns — wie wir das schon betont haben — weitere Bemerkungen für die nächste Zeit vorbehalten, verweisen wir unsere Leser auf die hierunter wiedergegebene Rede des Abgeordneten Seyda (folgt der Wortlaut der Rede).

Aus Nr. 129 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 6. Juni 1916.

Der Standpunkt der Fraktion.

Die gegenwärtige Reichstagsitzung hat eine Reihe wichtiger Fragen in den Vordergrund gerückt, denen gegenüber unsere Fraktion einen bestimmten Standpunkt einnehmen mußte.

Die Frage der neuen Steuern, die Herabsetzung der Altersgrenze bei dem Bezuge von Renten, das

Kapital-Abfindungsgesetz, ferner die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die neuen Kriegskredite und endlich die Annahme des Stats haben in der Tat ausnahmsweise viele und grundsätzliche Fragen während der gegenwärtigen Sitzung angehäuft.

Von diesen kann man bereits zwei als erledigt betrachten. Am vergangenen Sonnabend hat der Reichstag in erster und zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Herabsetzung der Altersgrenze bei dem Bezuge von Renten von 70 auf 65 Jahre angenommen.

Auch die Steuergesetze kann man schon als erledigt betrachten. Heute am Montag wird allerdings erst die dritte Abstimmung über sie erfolgen, aber das wird die allgemeine Lage, die sich bei der zweiten Abstimmung gezeigt hat, nicht ändern.

Die Fraktion hat hier einen Standpunkt eingenommen, der sich für die Annahme der Steuerentwürfe erklärt. Der Redner der Fraktion, Abgeordneter Seyda, hat in seiner bekannten Rede die Gründe dargelegt, die die Fraktion zur Einnahme dieses positiven Standpunktes veranlaßt haben. Schon in der Sonnabend-Nummer (Nr. 127 des Dziennik Kujawski) haben wir die Notwendigkeit eines solchen Standpunktes betont. Die Steuerentwürfe bildeten nämlich die selbe unbedingte Staatsnotwendigkeit, wie die Kriegskredite. Grundsätzlich hat mithin die Fraktion in der logischen Folgerung ihres Standpunktes gegenüber den Kriegskrediten zu ihnen keine oppositionelle Haltung einnehmen können, um so weniger, als weder sie selbst noch andere Parteien einen Steuerentwurf zur Hand hatten, der, wenn man sich so ausdrücken darf, besser gewesen wäre. Die Opposition der Sozialdemokraten hat wie gewöhnlich einen mehr agitatorisch-oppositionellen Charakter, insbesondere da ihr Ruf nach unmittelbaren Steuern im Reiche diesmal in bedeutendem Maße in der Form einer einmaligen Vermögensabgabe auf dem Wege der erweiterten Kriegsgewinnsteuer berücksichtigt worden ist. Wie der frühere Schatzsekretär erklärte, wird die Reichsregierung daraus eine Einnahme von annähernd einer Million Mark erzielen. Aus den direkten Steuern dagegen werden in die Reichskasse ungefähr 600 Millionen Mark fließen. Das Verhältnis der Einnahme aus den indirekten Steuern zu der aus den direkten Steuern ist also mit anderen Worten fast wie 2 zu 1. Dabei muß man bedenken, daß die Vermögenssteuer bzw. die Besteuerung der Kriegsgewinne vor allem die wohlhabenden Schichten und diejenigen, die am Kriege verdient haben, belasten. Die breiten Kreise trifft diese Steuer nur wenig. Ein Teil der Sozialdemokraten nimmt deshalb gegenüber dieser Steuer einen wohlwollenden Standpunkt ein.

Grundsätzlich wird mithin die Haltung der Fraktion in den breitesten Kreisen der Volksgesamtheit Verständnis finden, und dies um so mehr, als man es in diesen Kreisen empfindet, wie schwierig in dem gegenwärtigen Augenblick der Standpunkt der Fraktion auf der parlamentarischen Arena ist.

Eine andre Frage ist, wenn Stimmen laut werden, ob in der Wahl der Methoden des Verhaltens bei der Durchführung der Steuern für die Fraktion die Unterzeichnung eines Kompromisses erforderlich war. Würde eine Politik der freien Hand auf dem Boden grundsätzlichen Einvernehmens hinsichtlich der Steuerbedürfnisse die Anschauung der Fraktion bzw. der Volksgesamtheit über die einzelnen Steuern nicht lebhafter zum Ausdruck gebracht haben?

In seiner Rede berührte der Abgeordnete Seyda eine Reihe von Zweifeln, die sich der Fraktion aufdrängten. Namentlich bei der Tabak-, Zigaretten- und Umsatzsteuer setzte die Fraktion alles daran, damit die Anträge der Fraktion, die dahin gingen, die in den Entwürfen vorgesehenen Steuerätze zu erniedrigen, Annahme fand. Dank dem Standpunkt der Fraktion

wurden auch die Banderolen-Steuer bei den billigen Zigaretten von 5 M. auf 3 M. herabgesetzt und bei dem Quittungsstempel alle Umsätze unter 100 M. gestrichen. Das ist sicherlich nicht viel. Wer aber berücksichtigt, daß die billige Zigarette ein tägliches Bedürfnis der breiten Kreise ist, und wer ferner bedenkt, daß die Umsätze unter 100 M. größtenteils in kleinen Geschäften erzielt werden, der wird zugeben, daß die Erlangung dieser Zugeständnisse nicht nur von dem sozialen Sinne der Fraktion, sondern auch von ihren großen Bemühungen, die Steuerlasten möglichst zu lindern, Zeugnis ablegt.

Zweifellos würden diese Bemühungen der Fraktion bei einer Politik der freien Hand deutlicher in die Erscheinung getreten sein. Die Volksgesamtheit würde die Arbeit und die Bemühungen der Fraktion unmittelbarer empfunden haben. So hat sie sich nur durch die Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion mit ihnen vertraut machen können. Wir haben schon oben betont, daß die Volksgesamtheit die Notwendigkeit dieses positiven Standpunktes der Fraktion begreift, und zwar um so mehr, als die Fraktion, indem sie dem Reiche das gab, was seine unbedingte Notwendigkeit ist, nicht von dem Wege ihrer grundsätzlichen Haltung in dem Verhältnis zur Regierung abgewichen ist. Die Bemerkungen, die nach dieser Richtung hin der Abgeordnete Seyda über die staatsbürgerlichen Momente gemacht hat, haben in der Volksgesamtheit ein lebhaftes Echo gefunden, umso mehr, als sie an die Adresse der Regierung gerichtet waren und die Übereinstimmung zwischen der Fraktion und der Volksgesamtheit hinsichtlich der grundsätzlichen Fragen des gegenwärtigen Augenblicks darlegten.

Aus Nr. 129 des Wielkopolanin (Posen)

vom 7. Juni 1916.

In Sachen der **Ansiedlung der Kriegsbeschädigten** bietet der „Wielkopolanin“ einen Überblick über die Kommissionsverhandlungen, insbesondere in Sachen der Anwendung des § 13 des Ansiedlungsgesetzes und bemerkt hierzu:

„Wie wir sehen, kann sich die preussische Regierung zum klaren Fallenlassen des bisherigen Systems nicht entschließen. Auch in der letzten Fassung wird der Wert der Erklärung (des Ministerialdirektors Lewald) von dem guten Glauben der Beamten, besonders der Regierungspräsidenten, abhängen.“

„Gut wäre es, wenn schon heute recht zahlreiche Invaliden die Erklärung der Regierung ausnützten und auf diese Weise erklärten, welchen praktischen Wert diese Erklärung für unsere Bauern haben wird.“

Aus Nr. 14 des Kraj (Lissa)

vom 2. Juni 1916.

Die polnische Fraktion und der Fall Liebknecht.

Die polnische Landtagsfraktion hat die Unterschriften für den Antrag der Sozialdemokraten wegen der Haftentlassung des unter dem Verdacht des Landes- oder Kriegsverrats festgenommenen Abgeordneten Liebknecht für die Zeit der Landtagsverhandlungen verjagt.

Der „Vorwärts“, das Hauptorgan der Sozialdemokraten, berichtet darüber und fügt hinzu, daß auch die Fraktion der Fortschrittler dem Wunsche der Sozialdemokraten nicht nachgekommen sei.

Die sozialdemokratische Gruppe des Abgeordnetenhauses besteht aus zehn Abgeordneten (einschließlich des verhafteten Liebknecht). Wenn ihr Antrag auf die Tagesordnung gelangen sollte, waren noch sechs Unterschriften von nicht zu den Sozialdemokraten ge-

hörenden Abgeordneten notwendig. Gelegentlich der Besprechung des Antrages betreffend die Freilassung Liebknechts würde die Gruppe der Sozialdemokraten, mindestens ihr radikaler Teil, möglicherweise einen Austritt herbeigeführt haben, wie er sich schon manchmal im Landtage abgespielt hat.

Die polnische Fraktion bewahrte den Landtag vor der Debatte über Liebknecht.

Und das war gut.

Wie man uns informiert, betrachtete die polnische Landtagsfraktion den Antrag der Sozialdemokraten als eine „Demonstration“, denn die Sozialdemokraten wußten, daß der Landtag doch nicht anders handeln werde, wie der Reichstag in Sachen Liebknecht verfahren hat, und daß Liebknecht für die Zeit der Beratungen aus der Hand der Militärbehörde nicht werde freigelassen werden.

Im Reichstag war die Situation auch nicht anders, da doch aus den Verhandlungen der Kommission, welche sich mit der Angelegenheit Liebknecht beschäftigte, jedem bekannt war, daß keine einzige von den Fraktionen (mit Ausnahme der sozialdemokratischen) sich für die Freilassung Liebknechts erklären werde.

Trotzdem hielt es die polnische Fraktion im Reichstag für angezeigt, für die Freilassung Liebknechts zu stimmen mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß sie weder die Person noch die Handlungen Liebknechts zu verteidigen beabsichtige, sondern nur die Unverletzbarkeit des Abgeordneten verteidigen wolle.

Daß im Reichstag über die Verhaftung Liebknechts debattiert worden ist, erklärt sich mit der Zahl der Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, welche sich natürlich bis zu einem gewissen Grade ihres früheren engeren politischen Freundes angenommen haben, der heute zusammen mit dem Abgeordneten Ruehle eine besondere Gruppe auf dem parlamentarischen Boden bildet.

Die „Demonstration“ im Reichstage gelang den Sozialdemokraten aus eigener Kraft.

Schade nur, daß die polnische Reichstagsfraktion — im Namen der Unverletzbarkeit der Abgeordneten — sich in diese Sache eingemischt hat.

Die Landtagsfraktion nahm auf die Unverletzbarkeit des Abgeordneten Liebknecht keine Rücksicht. Sie rief sich offenbar ins Gedächtnis, was ein Mißbrauch der Abgeordnetenfreiheit bedeutet; denn Ausschreitungen mittels Mißbrauchs der Abgeordnetenrechte hat aufs empfindlichste unsere Volksgemeinschaft zu fühlen bekommen, man braucht nur an die Zeiten des „liberum veto“ zu denken.

Liebknecht, der das „liberum veto“ nicht anwenden konnte, versuchte unter dem Mantel und Schutz der Unverletzbarkeit eines Abgeordneten das „Liberum conspiri“ durchzuführen, indem er dabei noch Landes- oder Kriegsverrat verübte. Das kann kein Staat dulden.

Im polnischen Reiche wurden die Verräter mit dem Tode bestraft.

Es fand sich niemand unter uns, welcher Liebknechts Handlungsweise in Schutz genommen hätte; die Reichstagsfraktion hat dies deutlich durch den Mund ihres Redners erklärt.

Die Landtagsfraktion nahm somit nicht teil an der „Liebknechtschen Kriminalsache“, und sie verteidigte bei dieser Gelegenheit auch nicht die Unverletzbarkeit der Abgeordneten. Sie hat — wie wir annehmen — unter dem Eindruck der in unserer Volksgemeinschaft erwachenden Opposition richtig empfunden, daß die Einmischung in diese Sache grundsätzlich weder notwendig noch taktisch angezeigt und gut war.

Der Kern der Angelegenheit Liebknecht war sowohl im Reichstag wie im Abgeordnetenhaus der gleiche, ungeachtet dessen, daß die Umstände im Reichstage etwas andere waren.

Dennoch muß man die Ablehnung der Unterschriften für den Antrag der Sozialdemokraten des Landtages als schärfere Form betrachten, mittels deren die polnische Landtagsfraktion ihren Standpunkt betont hat, indem sie keinen Austritt Liebknechts wegen im Abgeordnetenhaus zuließ.

Wir haben in Nummer 10 des Kraj vom 28. Mai d. J. jenen Artikel des „Kurjer Slonski“ über diese Angelegenheit gebracht, der nicht nur interessantes Material lieferte, sondern auch Beachtung verdient und von Bedeutung ist für die Beurteilung des Verhaltens unserer Fraktionen, namentlich nach der Ablehnung der Unterschriften seitens der Landtagsfraktion. Man muß sich mit der dort skizzierten Beurteilung einverstanden erklären.

Es findet sich ein deutlicher Widerspruch zwischen dem Verfahren der Reichstagsfraktion und dem der Landtagsfraktion.

Wir halten das Verfahren der Landtagsfraktion entschieden für billig und vernünftig. Wir würden wünschen, daß die Landtagsfraktion auch in Zukunft mit demselben Geist der politischen Vorsicht verführe.

Aus Nr. 66 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. Juni 1916.

Über die in Lissa erscheinende Zeitung „Kraj“ schreibt die Gazeta Grudziadzka folgendes:

Wir teilten s. Zt. mit, daß in Lissa ein neues polnisches Blatt unter dem Namen „Kraj“ werde herausgegeben werden. Das Blatt ist nunmehr erschienen, und wir erhielten seine erste Nummer. In ihr veröffentlicht Fürst Drucki-Lubecki, einer der Herausgeber dieser Zeitung, einen interessanten Artikel. Es ist das der programmatische Artikel des Kraj, obgleich er keine programmatische Form besitzt. Dieser Artikel lautet: (Es folgt der Wortlaut des in Rede stehenden Aufsatzes.)

So viel der Fürst Drucki-Lubecki. Wir veröffentlichen seinen Artikel, obwohl wir mit manchem, was in ihm enthalten ist, nicht einverstanden sind. Wir geben aber zu, daß viel ziviler Mut dazu nötig war, um in der gegenwärtigen Zeit einen solchen Artikel zu schreiben und zu veröffentlichen. Wir halten diesen Artikel in vieler Hinsicht auch für sehr nützlich, und deshalb drucken wir ihn ab.

Der Artikel des Fürsten Drucki-Lubecki läßt in jedem Falle die Sehnsucht erkennen, der nationalen Sache zu dienen, und zwar auf seine Weise, wenngleich man sich damit auch persönlichen Unannehmlichkeiten aussetzt.

Wir hoffen, daß er (der Fürst) bei seiner Arbeit um das Wohl des Volkes dem schönen Beispiele seines braven Vorfahren, des berühmten polnischen Ministers aus den Zeiten des Herzogtums Warschau, jenes kleinen polnischen Staates, der seinerzeit gerade wie zum Hohne für das in Verteidigung seiner Interessen vergossenen polnischen Blutes — von Napoleon I. — geschaffen wurde, folgen wird.

Aus Nr. 15 des Kraj (Lissa)
vom 4. Juni 1916.

Die polnisch-deutsche Annäherung.

Die Frage der polnisch-deutschen Annäherung wird in der deutschen Presse immer mehr besprochen. Wie gewöhnlich in jeder wichtigen Frage werden auch diesmal Stimmen für und gegen das Einvernehmen laut. Es war gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen, daß die Annäherung unmöglich sei. Die Ursache ist gewiß die, daß, während man auf der einen Seite der politischen Raison halber irrig oder nicht irrig verfuhr und bedrückende Gesetze

erließ, auf der anderen Seite diese Bedrückung empfunden wurde. Wenn wir von der politischen Raison sprechen, so kann ein Augenblick eintreten, in welchem die politische Raison andere Wege weist. Die politische Raison ist kein unerschütterliches Dogma; die Politik kann sich ändern, und sie ändert sich entsprechend den Bedürfnissen des Landes. Die Gemeinsamkeit der Interessen kann eine grundsätzliche Änderung herbeiführen. Wenn zwischen den Deutschen und den Polen ein Abgrund bestand, so ist dies ein Beweis dafür, daß keine Gemeinsamkeit der Interessen vorhanden war, sondern ein Auseinanderlaufen derselben. Die Äußerungen, die im Interesse der Polen laut wurden und in denen die Regierung zu einer Frontänderung gegenüber den gemeinsamen Bürgern aufgefordert wurde, waren Stimmen, die aus Gerechtigkeitsgefühl, Wohlwollen, schließlich aus Mitleid sich vernehmen ließen. Wer somit in Sachen der Polen sich vernehmen zu lassen oder für sie einzutreten wagte, der beschwor den Unwillen, oft den Haß seiner Landsleute gegen sich herauf, die ihn manchmal der Abtrünnigkeit beschuldigten. Es waren das Idealisten, die es trotz der gegnerischen Strömung wagten, für die Polen einzutreten. Die ganze Ehrenwertheit ihrer Ausführungen richtete nicht viel aus; sie rief vielmehr Entrüstung hervor, denn es fehlte an einer Grundlage für eine Gemeinsamkeit der Interessen. Diese Gemeinsamkeit suchte man übrigens nicht; man mied sie vielmehr.

Die historischen Ereignisse gehen ihren Gang; nach ihnen gestalten sich das Menschenleben, sogar staatliche Organismen und die Politik. Wir sehen unausgesetzt Änderungen — anders kann es nicht sein, Änderungen zum Fortschritt. Die Gemeinsamkeit der Interessen verbindet Individuen, aber auch Völker.

Die Stimmen der uns bisher wohlgesinnten deutschen Presse lassen sich heute anders vernehmen, denn sie weisen auf die Gemeinsamkeit der Interessen hin, welche das deutsche mit dem polnischen Volk verbinden können. Das ist die Grundlage. Solche Stimmen werden heute immer zahlreicher; es leuchtet aus ihnen weniger Wohlwollen, als ruhige politische Berechnung hervor. Zweifellos läßt sich in solchen Abhandlungen auch die Stimme des Wohlwollens vernehmen; aber die Grundlage ist das Rechnen auf die Zukunft. Es lassen sich auch Blätter im gegenteiligen Sinne vernehmen, es knirscht die Stimme des alten Hasses; aber die Grundlage ist wiederum die Spekulation auf die Zukunft. Jedenfalls schaffen die geschichtlichen Ereignisse eine abweichende Lage, eine abweichende Konstellation.

In letzter Zeit ließ sich in der polnischen Sache, eigentlich in der polnischen und deutschen Sache gleichzeitig, ein deutscher Gelehrter, das Herrenhausmitglied Professor Dr. R. Hillebrandt vernehmen. (Es folgt eine Skizze der Hillebrandtschen Ausführungen, zu denen der „Kraj“ folgendes bemerkt):

„Die Abhandlung des Professors Hillebrandt ist ein ruhiges Behandeln der polnisch-deutschen Sache. Der Verfasser sieht Schwierigkeiten; aber er hält dafür, daß dieselben sich werden beseitigen lassen. Das Recht ist auf seiner Seite; denn in der Politik läßt sich alles erledigen, und wenn nicht, so ist dies ein Beweis dafür, daß etwas faul ist, daß die Organe nicht funktionieren. . . .

Den Artikel des Professors Hillebrandt haben wir mit Befriedigung gelesen, da er die Gemeinsamkeit der Interessen als die Grundlage eines durchaus notwendigen gegenseitigen Sichverständnisses hinstellt.

Es ist dies eine beachtenswerte Äußerung, die nicht ohne Eindruck vorübergehen wird und die beitragen kann zur Milderung des gegenseitigen Verhältnisses und schließlich zum völligen Verstehen und Sich-

verständigen, was bestimmt im Interesse der beiden Völker liegt.

Aus Nr. 2 der Listy Ulotne (Lausanne)
September/Oktober 1915.

Das Posenische.

Der einzige Landesteil Polens, der in dem heutigen Augenblick den Standpunkt des schweigenden und würdigen Abwartens einnehmen darf, ist Großpolen, die beharrliche und bewundernswerte Schirmerin des nationalen Lebens vor den Gelüsten des brutalen und unvernünftigen Sakatismus. Und wenn ein glückliches Geschick diesen einzigen unserer Landesteile, die Wiege Polens, vor Niederlagen und vor dem Kriegsbrenn bewahrt hat, so ist es schwer, in dieser Tatsache nicht das wunderbare Walten der Vorsehung zu sehen, das unseren bedrückten Brüdern den Lohn bringt für Jahre rühmlichen und trozigen Ausharrens bei den nationalen Pflichten eines Polen.

Vor diesem Troß, vor diesem langwierigen, stillen, täglichen und imponierenden Kampfe des Poseners neigte Europa das Haupt, ja noch mehr, es brachte ihm der Vertreter der deutschen Regierung seine Huldigung dar.

„Wir werden bleiben!“ — Dieser Schrei des Protestes als Antwort auf unmögliche und böseartig gedeutete Rundgebungen eines verdienten polnischen Politikers, welcher Lösungen für das komplizierte polnische Problem suchte, ist eine erneute Bestätigung dieser Bereitschaft der großpolnischen Volksgemeinschaft zu weiterer verteidigender Stellungnahme gegenüber allen Gelüsten des Ausländers, die Polen ihrer natürlichen Rechte an das Heimatland und an die Muttersprache zu berauben.

Wir glauben den ersten und von schmeichelnder asiatischer Heuchelei freien Worten des deutschen Reichskanzlers, daß das Geschick unserer Brüder im preußischen Teilgebiet nach dem Kriege eine grundsätzliche Änderung erfahren werde; wir glauben auch, daß dies nicht aus Rücksichten des Gefühls oder plötzlich erwachter Sympathien des deutschen Volkes gegenüber den Polen geschehen wird, sondern aus Beweggründen des höheren und wohlverstandenen staatlichen Interesses. Nicht minder halten wir den Standpunkt der großpolnischen Volksgemeinschaft, der voll würdiger Reserve und Mäßigkeit in dem ernstesten und geduldigen Erfüllen der harten und schweren Pflichten von Untertanen des deutschen Reiches zum Ausdruck gelangt, für überaus hinreichend und einzig richtig.

Die Vereinigung der polnischen Lande unter dem Zepher des Zaren würde angesichts der bisherigen Rücksichtslosigkeit der antipolnischen Politik Deutschlands eine untrügliche Besserung der Lage des Posenschen vom Gesichtspunkt seiner provinziellen nationalen Interessen aus bilden. So konnte denn auch, wenn man die Sache theoretisch betrachtet, für Geister, welche die Gesamtgestalt der polnischen Sache nicht umfassen, mit dem russischen System nicht vertraut und durch die Satelliten eines Politikers von dem Typus des Herrn Dmowski irregeleitet sind, diese Lösung als bindend und heilbringend erscheinen.

Der gesunde und praktische Sinn eines großen Teiles der großpolnischen Volksgemeinschaft war jedoch imstande, das Illusorische der Verwirklichung und des Wertes dieser Lösung zu sehen und vor den Konsequenzen zu warnen, welche ein Sichsolidarisieren der Posener mit der sogenannten nationaldemokratischen Presse des preußischen Teilgebiets herbeiführen könnte.

W. B.

über die traurige Taktik dieser Presse bringen wir einen uns zugegangenen Brief eines polnischen Journalisten, der neuerdings längere Zeit im Posenschen zugebracht hat:

„Pour le Roi de Prusse“

Der Mangel eines eigenen Staatswesens und die Zerstückelung in drei Teilgebiete haben ein Divergieren der Bestrebungen und der politischen Taktik der Polen herausgebildet, das wir in allen Momenten unseres Lebens in der Zeit des gegenwärtigen Krieges so empfindlich fühlen. Eines der Symptome dieses Auseinandergehens ist der Standpunkt eines gewissen Teiles unserer Volksgemeinschaft in Großpolen gegenüber den Legionen und dem Obersten Nationalkomitee und überhaupt gegenüber den antirussischen Tendenzen.

Der grundsätzlich preußenfeindliche Standpunkt der großpolnischen Volksgemeinschaft ist verständlich. Preußen hat im Lauf der letzten Jahrzehnte eine krasse polenfeindliche Politik betrieben. Der Staat der Hohenzollern hatte dem polnischen Element in den von ihm eingenommenen Provinzen einen Ausrottungskrieg erklärt. Dieser Kampf wurde von Rußland und Preußen auf beiden Seiten der Grenze solidarisches geführt. Welcher Teil den anderen dazu aufgehetzt hat, die antipolnische Taktik anzuerkennen, ob Berlin die Zarenhauptstadt oder umgekehrt, das ist schwer zu ergründen. Das gemeinsame Ausrotten des polnischen Elements war die Grundlage der herzlichen Freundschaft der beiden Teilungsstaaten.

Angeichts der langjährigen Ausrottungspolitik Preußens gegenüber den Polen, angesichts der Tatsache, daß im Laufe des Krieges keine Änderung zu gunsten des polnischen Elements eingetreten ist, kann man sich schwerlich darüber wundern, daß die großpolnische Volksgemeinschaft sich nicht für die Erfolge des preussischen Schwertes begeistert. Von einer durch Verfolgungen so erschütterten Volksgemeinschaft ist schwer zu verlangen, daß sie imstande sein soll, sich auf den höheren Standpunkt des Verständnisses für das allgemeine polnische Interesse aufzuschwingen und von diesem Gesichtspunkt aus die heutige Zeit des Krieges und alle ihre Konsequenzen zu würdigen. Andererseits haben wir jedoch bei Berücksichtigung der Zurückhaltung der großpolnischen Volksgemeinschaft und in Anerkennung dessen, daß sie nicht in Begeisterung ausbrechen kann anlässlich der Siege des unmittelbaren Feindes, das Recht zu verlangen, daß sie die russenfeindlichen Tendenzen der polnischen Volksgemeinschaft in Galizien und im russischen Teilgebiet nicht mit Wahllosigkeit in den Mitteln gehässig traktiere und bekämpfe.

Doch sind wir Zeugen dessen, daß ein Teil der großpolnischen Presse, vor allem aber die Organe der Nationaldemokratie, eine Taktik des rückichtslosten Kampfes gegen alles das befolgen, was gegen Rußland gerichtet ist. In dieser Hinsicht ist die großpolnische nationaldemokratische Presse bestrebt, mit den Zweigroschen-Organen der Warschauer Presse zu konkurrieren. In dieser Hinsicht marschieren an der Spitze der „Dziennik Berlinski“ des Herrn Rose und das offiziöse Organ der Nationaldemokratie, der „Kurjer Poznanski“. Diese Blätter sowie der „Dziennik Kujawski“ machen eine breite Reklame für alle Maßnahmen der russischen Regierung, die den Anschein von Zeichen der Fürsorglichkeit gegenüber der polnischen Volksgemeinschaft haben. Jede demagogische Maßnahme irgendeines der russischen Minister, welche vorgeblich die Interessen der polnischen Bevölkerung im Auge hat, wird ohne jede Kommentare wiedergegeben, welche den Wert dieser Maßnahmen herabsetzen könnten. Zum Preise des Nikolaus Nikolajewicz werden wahrhafte Lobeshymnen gesungen.

Der „Dziennik Berlinski“ suchte in dem Zeitartikelf der Nr. 149 nachzuweisen, daß die Russen in Lemberg, eigentlich ordentlich und kulturell gewirtschaftet hätten, und das Schreien über ihre Wirtschaft sei nur das Resultat jüdischer Intrige. Die nationaldemokratischen Blätter bekämpfen die russenfeindliche Aktion des Obersten Nationalkomitees und der Legionen wütend. Der „Kurjer Poznanski“ druckt in Nr. 130 aus dem „Kurjer Warszawski“ dessen Bemerkungen anlässlich des Mißlingens des Pariser „polnischen Tages“ ab, da ein bedeutender Teil der Polen gegen die Beteiligung des russischen Botschafters an diesem polnischen Tage protestiert hatte. Der „Kurjer Poznanski“ behandelt diesen Protest als eine „unzeitgemäße Verwahrung“ gegen „gewisse politische Persönlichkeiten“ als „Symptome des traditionellen Unruhestiftens“. Wir finden in diesen Blättern keine Informationen über die Kämpfe der Legionen. Vom Obersten Nationalkomitee schreiben sie nur dann, wenn sie ihm etwas am Zeuge flicken können. Auf das Oberste Nationalkomitee wirft sich die nationaldemokratische Presse bei jeder Gelegenheit. Sie beschuldigt es (z. B. „Dziennik Berlinski“ Nr. 144) des Anstiftens von Streitigkeiten und Zänkereien in Amerika. Die nationaldemokratische Presse sucht die ganze Arbeit des Obersten Nationalkomitees und die Tätigkeit der Legionen als eine sozialistisch-jüdische Intrige hinzustellen. Mit Nachdruck hebt sie z. B. die Tatsache hervor, daß sich mit der Versendung der „Wiadomości Polskie“ der Sozialdemokrat Biniżkiewicz in Kattowitz befasse. Ein spezielles Ziel der Angriffe ist die Person des Herrn Feldmann, des Redakteurs der „Przegląd“, eines tüchtigen Agitators für die Unabhängigkeit. Die nationaldemokratische Presse setzt verschiedenen Matsch in Umlauf, welcher den Zweck hat, das Oberste Nationalkomitee und die Legionen in Mißkredit zu bringen. So bemerken z. B. der „Dziennik Berlinski“ und der „Kurjer Poznanski“ in den Berichten über die angebliche Verhaftung Cienskis und Stronskis, daß die Agentin Praz die „Eskorte“ im Auftrage der Organisation der Legionen begleitet habe und ziehen daraus den Schluß, daß die Genannten verhaftet worden seien auf Grund von Denunziationen von Legionären. Die böswillige Notiz von dem Pressbureau des Obersten Nationalkomitees als von einem Institut, das sich aus lauter Juden zusammensetzte, fand gästeliche Aufnahme in der nationaldemokratischen Presse Großpolens; dagegen hat diese Presse die ihr zugesandte Berichtigung nicht gebracht.

Des besonderen Hasses der nationaldemokratischen Presse erfreut sich der Bischof Wandurski, der mit um so größerer Wut bekämpft wird, weil man ihm weder jüdischen noch sozialdemokratischen Charakter vorwerfen kann. Aus großpolnischen Kreisen ist im Königreich das Gerücht in Umlauf gesetzt worden, Wandurski sei kein wirklicher, sondern ein marjawitischer Bischof. Die nationaldemokratische Presse druckt eifrig alles das nach, was sie aus den dem Obersten Nationalkomitee übelgesinnten Blättern Galiziens, wie aus dem „Głos Narodu“ und aus der „Gazeta Podhalanska“ oder aus der Warschauer Presse herauszufischen vermag. Mit besonderem Eifer nützt die nationaldemokratische Presse Großpolens das Auftreten Wl. Studnickis aus. Sein unzeitgemäßes und unvorsichtiges Auftreten in Sachen des Posenschen bietet den Posener Nationaldemokraten einen reichlichen Fraß im Kampfe gegen das Oberste Nationalkomitee, wobei die Worte Studnickis nicht genau wiedergegeben werden und man seinem „Verzicht“ auf das Posensche verschiedene Äußerungen in der deutschen Presse zur Last legt, von denen man nicht weiß, aus welcher Quelle sie stammen. Hierbei wird Studnicki als Vertreter der Allgemeinheit der Unabhängigkeitspartei hingestellt, und seine rein indi-

viduelle Meinung in dieser Sache wird mit der Ansicht des Obersten Nationalkomitees identifiziert.

Die Russenfreundschaft dieses Teiles der großpolnischen Presse ist im Grunde genommen politisch vollständig fruchtlos; denn die Allgemeinheit der Posenener Volksgemeinschaft erfüllt ihre Pflichten gegenüber der Regierung und dem preußischen Staat aufs loyalste. Es gibt auch solche bekannte, und populäre Leute, die dies allzu eifrig tun. So ist z. B. Adam Napieralski, der Herausgeber katholischer Blätter, gegenwärtig Redakteur einer Zeitung, die in Czestochau von der preußischen Regierung herausgegeben wird. Zensor der in Lodz erscheinenden Blätter und Gehilfe des Katakisten Kleinow, zugleich ein sehr rücksichtsloser Ausrotter der polnischen Bestrebungen in der Presse, ist ein polnischer Schriftsteller aus dem preußischen Teilgebiet, Gozdziewicz, der neuerdings zum Zensor in Warschau ernannt wurde.

Russenfreundliche Politik betreiben solche Leute wie Kose, der als Eisenbahnlieferant materiell mit der russischen Regierung verknüpft ist, wie der Abgeordnete Korfany, von dessen zweideutiger Rolle verschiedene Gerüchte im Umlauf sind.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle russenfreundlichen Ausschreitungen der großpolnischen Presse von den Katakisten emsig notiert werden, welche Material für spätere polenfeindliche Angriffe sammeln. Der Umstand, daß die Nationaldemokratie im Posenischen das Oberste Nationalkomitee und die Regionen bekämpft, liefert den Katakisten die erforderlichen Beweise dafür, daß die Polen russenfreundlich seien, daß man ihnen darum keine Zugeständnisse machen, auch ihnen nicht gestatten dürfe, sich selbständig zu machen. Mit Rücksicht auf die vermutliche Änderung des Kurses gegenüber den Polen in Preußen ist das alles sehr gefährlich.

Krakau, September.

T. A.

Aus Nr. 16 des Kraj (Lissa i. Pos.)

vom 6. Juni 1916.

Die Geistlichkeit und die öffentlichen Angelegenheiten.

Vor nicht langer Zeit veröffentlichte der Krakauer „Głos Narodu“ einen Artikel über die Mitwirkung unserer Geistlichkeit im öffentlichen Leben, in dem der Verfasser A. Choloniewski in warmer und überzeugender Weise für die tätige Mitwirkung der Geistlichkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens eintritt. Die polnische Presse unseres Teilgebiets wiederholte diese edlen Auslassungen, die von Anerkennung für die Arbeit der Geistlichen auf allen Gebieten erfüllt waren. Und auch wir schließen uns mit ganzem Herzen den in dem Artikel enthaltenen Feststellungen an. Man kann sich fürwahr das öffentliche Leben in unserer Volksgemeinschaft ohne einen solchen wichtigen Faktor schwer vorstellen, wie es in ihr unsere wackeren Geistlichen sind. Wenn irgendwo, so beschränkt sich bei uns der Einfluß der Kirche nicht nur auf das Kirchenschiff und die Sakristei, sondern er greift, wie ihm gebührt, in alle Gebiete der öffentlichen Tätigkeit ein. Wenn dieser Einfluß doch recht groß wäre, wenn die große katholische Armee, in der wir Gläubigen die Gemeinen, die Geistlichen die Offiziere, die Diözesanbischöfe die Feldherren sind und der hl. Vater der oberste Heerführer ist, doch recht gut und recht diszipliniert organisiert wäre!

Die katholische Kirche stellt diese Harmonie, diese Ordnung der katholischen Gemeinschaft dar, in der alles vorgesehen ist, alles mit der katholischen Weltanschauung harmonisiert. Es gibt in ihr, was die Grundsätze und das Kommando anbetrifft, keine Zweifel. Diese Grundsätze und dieses Kommando sind die Lehre

Christi, die katholische Hierarchie. Ihr Weg ist sicher, ihr Einfluß immer erwünscht. Sie führt einen Weg, der nicht immer lockend, aber immer sicher ist durch das Labyrinth der menschlichen Selbstsucht, der entfesselten Leidenschaften und des Hasses. Sie lehrt uns für andere arbeiten, den Nächsten lieben, sogar da, wo es recht schwer ist; sie mildert die Gegensätze, einigt die Entzweiten und stellt das hohe Ideal der Religion über die engen und verbissenen menschlichen Streitigkeiten.

Ihr sichtbarer Vertreter ist der Priester. Ihm gebühren also Ehre und Achtung; ihm gebührt die getreue Mitarbeit von seiten der Gläubigen.

Schauen wir auf unsere Diözese! Wieviel verdankt unser Volk seinen Seelenhirten nicht nur auf dem Gebiete des Glaubens, der Sittlichkeit und der kirchlichen Gebräuche, sondern auch auf allen anderen Gebieten! Wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken, so sehen wir auf allen Gebieten eine Reihe glänzender Gestalten, die, von priesterlicher Würde und Gewissenhaftigkeit, sowie von bürgerlichem Geiste durchdrungen, für die Allgemeinheit das Beispiel, die Leitung und der Wegweiser waren. Noch heute nach so vielen Jahren gedenken wir mit Dankbarkeit solcher öffentlichen Männer, wie es die Geistlichen Prusinowski, Stagracyński, Johann Rozmian, der Abgeordnete v. Jazdzewski und so viele andere waren.

Was wäre unser wirtschaftliches Leben, wenn es nicht solche Schöpfer und Führer gegeben hätte, wie den Geistlichen Wawrzyniak? Wir wissen, wie groß die Verdienste unserer Priester auf dem Gebiete der Genossenschaften und Vereinigungen aller Art sind. Ihre Namen sind mit goldenen Lettern in die Geschichte der sozialen Entwicklung eingetragen. Ihrer unermüdblichen Arbeit verdankt unser Landesteil den Wohlstand der breiten Volksschichten.

So bleibt denn auch jetzt, wo der Weltkrieg alles erschütterte, die traditionelle Grundlage des Einflusses unserer Geistlichkeit auf unser Volk und auf die Volksgemeinschaft unerschüttert, ja sie verstärkt und vertieft sich noch. Die Welterstütterung schafft neue Gedanken und Ansichten. Zu den alten Problemen kommen neue. Auf gesetzgeberischem Gebiete zeichnen sich in dem gegenseitigen Verhältnis der verschiedenen sozialen und politischen Kräfte im ganzen Staate neue Ansprüche und Anschauungen ab. In der menschlichen Gemeinschaft wird es nachher wie vorher an Streitigkeiten und an der Konkurrenz der Interessen nicht fehlen. Sie greifen alle auf die oder jene Weise in das Gebiet der Achtung oder der Überschreitung der göttlichen Gesetze ein. Es gibt keine öffentliche Tätigkeit, die diesem Gesetze, diesem Rechte gleichgültig wäre; man braucht nur an die gesellschaftliche Entwicklung vor dem Kriege und an die monumentalen Weisungen des Papstes Leo XIII. und Pius X. für diese Entwicklung zu erinnern. Wenn wir uns die Geschichte der letzten Jahre des verstorbenen Papstes ins Gedächtnis rufen, so stellen wir fest, daß Pius X. nicht nur als Initiator großer Gedanken auf dem Gebiete der inneren Organisation der Kirche, sondern auch in der sozialen Frage, in den brennenden Arbeiter- und wirtschaftlichen Angelegenheiten, der materialisierten und durch die Gegensätze widerstreitender Egoismen erbitterten Menschheit das Gesetz Christi in Erinnerung gebracht und die katholischen Massen des Volkes mit den Besitzenden durch den mildernenden Einfluß der religiösen Organisation verbunden hat. So wird auch weiterhin die auf ihre vom First bis zum Fundament vollendete hierarchische Organisation gestützte römisch-katholische Kirche in der unwandelbaren Entwicklung ihrer ständigen Grundsätze und Normen verfahren und entscheiden.

Wenngleich ihr Oberhaupt in diesem Augenblick mehr als je der Bedrückung und Gefahren ausgesetzt ist, so wird diese Ordnung, so Gott will, nicht gefährdet

werden; ihre Grundlagen werden durchhalten, und sie sind in unserer treuen Volksgemeinschaft so fest und sicher, wie sonst selten wo.

Schließen wir uns somit unseren Priestern an! Sie sind unsere Hirten. Ihre Führung ist nicht wie jener Hauch der Strömungen oder des Augenblicks. Für sie ist nicht der Wegweiser der Sanguinismus persönlicher oder kollektiver Gegenstände; sie bietet uns, indem sie von uns Achtung heischt, durch ihre hierarchische Organisation die Bürgschaft der Beständigkeit und der Vernunft im Handeln.

Als sich in dem vom Kriege heimgesuchten polnischen Nachbarlande alles umbildete, die Verhältnisse plötzlich die Grundlagen des öffentlichen Lebens änderten und erschüttert wurden, da blieb einzig die kirchliche Organisation unerschüttert. Die kirchliche Hierarchie ließ uns in den Augenblicken des größten Chaos nicht im Stiche. Der Warschauer Erzbischof stärkte durch seinen von unseren Blättern wiedergegebenen, also auch uns hier bekannten Hirtenbrief in dem Augenblicke des größten Chaos die Mädes seiner geistlichen Schar und brachte in Erinnerung, daß den Priestern die Zugehörigkeit zu irgend welchen Verbänden und Organisationen gestattet sei nach jedesmaliger vorhergehender ausdrücklicher Genehmigung der geistlichen Behörde, niemals aber ohne dieselbe. Er gab dadurch den Priestern seiner Diözese ein ständiges Regulativ und sichere Rahmen, in denen sie ihre Tätigkeit entfalten können, ohne ein Auseinandergehen und einen Mangel an Direktive befürchten zu brauchen. Dadurch verstärkte er das Vertrauen des gläubigen Volkes zu seinen natürlichen Führern. Er zeigte ihm von neuem, daß die hierarchische Ordnung in der Kirchenorganisation unerschütterlich ist, daß man ihr vertrauen dürfe und müsse. In allen Diözesen der katholischen Welt besteht sie im Prinzip. Aber in so schweren Augenblicken wie die, welche die Polen im Königreich durchgemacht haben, erfüllt ein solcher Beweis von lebenskräftiger Geschlossenheit und Disziplin in der Geistlichkeit die Schar der Gläubigen mit doppeltem Vertrauen.

In der polnischen Volksgemeinschaft diesseits der Grenze besteht ebenso volles Vertrauen zu der geistlichen Führung, und die Forderung, die gegenwärtig in unserer Presse mit dem ganzen traditionellen Vorrat der Dankbarkeit der Volksgemeinschaft gegenüber der Arbeit zum Ausdruck kommt, für welche die Geistlichkeit zum Nutzen dieser Volksgemeinschaft durch Generationen so herrliche Beweise und Beispiele gegeben hat. In diesen traurigen und schweren Zeiten gewährte uns die Vorsehung Gottes den großen Trost, die kirchliche Hierarchie unserer Erzdiözese in ihrer obersten Leitung wiederhergestellt zu sehen. Es wurde uns allerdings kurz nach dieser erfreulichen Tatsache der unvergeßliche Erzbischof Likoński durch den unerbittlichen Tod entzogen. Aber da hat der barmherzige Gott bewirkt, daß in kurzem wieder Freude in unsere Herzen einzog. Unsere Diözese erfreut sich wiederum einer sehr würdigen Person des geistlichen Führers. Ihm und die Empfindungen absoluten Gehorsams, beständiger Treue und heißer Liebe seitens unserer katholischen Volksgemeinschaft gesichert, und wir dürfen darauf vertrauen, daß unsere im Katholizismus erprobte Bevölkerung sich wird sein Vertrauen zu verdienen wissen, und daß sie ihm in seiner schweren und erhabenen Aufgabe ein wahrer und dankbarer Beistand sein wird.

In dem Augenblicke, wo die Geschichte Europas und die unrigen sich entscheiden, gestalten manche militärische Siege und Niederlagen die Zukunft.

Es wirken dabei andere Faktoren zusammen, welche bei uns besonders von erstklassiger Bedeutung sind: die Fähigkeit der Bevölkerung zur nutzbringenden Arbeit und entsprechendes Verhalten derselben gegenüber

den Ereignissen; mit einem Worte, die Ausbildung der Volksgemeinschaft. Aus dieser Feuerprobe geht unsere Volksgemeinschaft, besonders die ländliche, wie wir mit Freuden feststellen können, siegreich hervor, siegreich, denn sie bewahrt kaltes Blut, Überlegung und Vernunft.

Die Fähigkeit zur Ausbildung verdankt sie den angeborenen Vorzügen, dem gesunden Instinkt des Volkes, das die väterliche Scholle kennt, liebt und aus ihr das Beispiel schöpft, wie man die Kälte und die Stürme durchhalten kann. Die Ausbildung selbst verdankt es denjenigen, welche im Namen Gottes und seiner Gebote — die Fehler, wie das Unkraut ausrotten, die Vorzüge hingegen züchten, mit Gottes Wort kräftigen und selbst mit gutem Beispiel voranleuchten.

Es kommen auch Ausnahmen vor, da stürmische Elemente überall sich finden; denn das achtjährige Interregnum in der Erzdiözese Posen konnte nicht ohne schädliche Spuren vorübergehen. Aber im allgemeinen können wir mit Stolz sagen, daß es wenig Länder in der Welt gibt, wo sich die Geistlichkeit so viele Verdienste erworben hat, wie die unsere, indem sie selbst arbeitet und andere arbeiten lehrt.

Aus Nr. 13/14 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 1./2. Juni 1916.

Unter den nach Rußland verschickten Polen aus dem Posenschen, aus Ost- und Westpreußen, sowie aus Galizien.

(Wat.) Frau Maria Bentkowska sendet uns aus Warschau eine Zuschrift, in der sie mit fürchterlichen Worten die Lage unserer polnischen Brüder aus dem preussischen und österreichischen Teilgebiet schildert, die von den Russen bei Kriegsausbruch in das Innere deportiert worden sind.

„Im April des Jahres 1915 — schreibt Frau Bentkowska — wurde ich durch das polnische Komitee zur Hilfeleistung für die Kriegsoffer, das in Warschau, Hortensjestr. 7, seinen Sitz hat, nach Rußland und Sibirien delegiert, um mich mit dem Geschick der unglücklichen, aus allen Schichten der Volksgemeinschaft stammenden Flüchtlinge bekannt zu machen, die einzig deswegen vertrieben worden waren, weil sie von ihren Eltern her unglücklicher Weise österreichische oder deutsche Untertanen waren, obwohl sie zum größten Teile echte Polen sind. Da dieselben überwiegend in der Nacht überrascht und aus den Betten herausgeschleppt worden waren, so entbehrten sie mit wenigen Ausnahmen der notwendigsten und geradezu unentbehrlichsten Sachen. Sie waren nur mit Wäsche bekleidet und barfuß. Frauen und Kinder in einem unbeschreiblichen Zustande. Sie wurden alle sofort in Gefängnisse oder provisorische Arresthäuser gesteckt, darauf wie das Vieh in Wagen vierter Klasse hineingetrieben und wie die Verbrecher behandelt. Nach einer längeren oder kürzeren, jedoch immer qualvollen Reise kamen sie in eins der im Osten Rußlands (Ufa, Samara, Wiatka, Orenburg) oder im eigentlichen Sibirien gelegenen Gefängnisse. Während des Aufsuchens der Landsleute in den Gouvernements Niäzan, Penja und anderen habe ich nur wenig Personen von der Kategorie getroffen, die ich suchte. Jedoch während des Vordringens nach dem Osten in die Gegend des Urals stieg ich auf einigen Bahnstationen aus, nahm mir einen Postwagen (meistens ein scheußlicher, einspänniger Wagen) und gelangte so in das Innere des Landes, und zwar dorthin, wo ich in den riesigen Steppen in armseligen Hütten oder in großen Kasaken- und Russendörfern ganze Kolonien von Deutschen und Polen antraf. Sie waren dorthin ohne einen Pfennig Geld verschickt worden, Tausende von Kilometern von

ihren Familien entfernt, ohne Nachricht von ihren Teuersten und ohne die Möglichkeit, die Dialekte der sie umgebenden Bevölkerung (Kirgisen, Burjäten, Wotiaten, Tscheremissen) zu verstehen. Als die russische Regierung diese armen Leute deportierte, verpflichtete sie sich, sie zu unterhalten und außerdem ihnen täglich 5—7 Kopeken für die Person auszusahlen. Wie konnte man aber annehmen, daß die russischen Beamten die geringste sich ihnen bietende Gelegenheit zum Stehlen und zum Füllen ihrer Taschen nicht ausnützen würden? Und wirklich setzte man diese Unglücklichen nicht nur Mängeln, Unzuträglichkeiten, Unbequemlichkeiten und sogar Leiden aller Art aus, sondern man ließ sie sogar überwiegend ohne einen Pfennig Geld zurück.

In jeder größeren Stadt, wo sich ein amerikanischer Konsul befindet (Petersburg, Moskau) haben die österreichische und deutsche Regierung diesem eine größere Summe Geldes zur Unterstützung der deportierten Untertanen dieser Staaten zur Verfügung gestellt. Diese oft sehr bedeutenden Summen, (das Gouvernement Niznej-Nowgorod erhielt 53 000 Rubel monatlich) wurden immer durch die Konsulate der russischen Ortspolizeibehörde überwiesen, die ihrerseits ihnen nur die Zahl der Deportierten mitteilte. Die Polizei war also die einzige Behörde über die Flüchtlinge, sowie auch der einzige Besitzer der für die Flüchtlinge überwiesenen Geldmittel, und sie verfuhr auch demgemäß.

Nur in einigen Provinzen, wo man diese Ordnung der Dinge hinlänglich kannte, fand sich ein katholischer oder evangelischer Geistlicher oder eine andere mitleidige Person, welche die Aufgabe übernahm, die für diese Unglücklichen bestimmten Beihilfen zu reklamieren und anzufordern. Aber in entlegeneren Winkeln stellte sich die Situation anders dar, und man mußte sogar der Polizei aus dem Wege gehen und mit großer Vorsicht handeln, um nicht der Spionage beschuldigt zu werden und der Verhaftung zu entgehen. Wünsche, sich die Verbannten in der Nähe zu besehen, wurden sehr ungern gehört, da man befürchtete, dieselben könnten auf diese Weise von den zu ihrer Verfügung stehenden Geldmitteln erfahren und zu Reklamationen veranlaßt werden. Diese Erfahrung habe ich selbst gemacht, als ich mich in Nowowozat (Gouvernement Pensa) einer bedeutenden Zahl Deportierter näherte, von denen ich von vornherein wußte. Die Polizei nahm mir den Paß ab und hielt mich einen ganzen Tag im Arrest. Da ich im Verdacht stand, deutsche Spionin zu sein, entging ich nur mit großer Mühe der Verhaftung.

Zuerst habe ich das Gouvernement Nižan, wo die in die Gefangenschaft genommenen Türken sich befanden, besucht. Sie wurden doppelt mißhandelt, da sie Freunde der Deutschen und außerdem „Heiden“ waren, wie man sie in Rußland gern bezeichnete. Alsdann begab ich mich in das Gouvernement Pensa und von dort nach Boleboj im Gouvernement Ufa. Dort sah ich zum erstenmale menschliche Wesen im wahren Sinne des Wortes vor Hunger sterben. Das Städtchen, von dem ich jetzt spreche, zählt ungefähr 30 000 Einwohner, und es war dort eine Gruppe Masuren aus Ostpreußen untergebracht. Es waren dies meistens ältere Männer und alte Frauen. Insgesamt waren es einige Duzend — vielleicht 50. Als Wohnung dienten ihnen zwei im Bau begriffene, noch nicht fertige Strohhütten, ohne Fenster, ohne Dielen, ohne irgendwelche Möbel und ohne Strohsäcke. Drei oder vier von diesen Unglücklichen waren am Typhus erkrankt — überliechend — mit trockenen und schwarz angelaufenen Lippen, mit gedankenlosen und starren Augen. Eine überaus abgemagerte, mit Lumpen bedeckte Frau, mit großen offenen, aber mit einem weißen Schleier überzogenen Augen war soeben gestorben. Ihre Unglücksgefährten zogen die Leiche bis zur Beerdigung in den Hausflur hinaus. Die Beerdigung

der Leichen war wegen des in der Nähe befindlichen Friedhofs sehr erleichtert. — Ich erblickte auf ihm eine große Menge ganz neuer Kreuze, welche die Gräber dieser Unglücklichen bezeichneten, von denen jeden Tag mehrere gestorben waren. Man hat seine Toten selbst beerdigt, ohne jeden religiösen oder sonstigen Beistand. Es waren dies alles Lutheraner. Als ich die im Verschleiden befindlichen fragte, was ihnen fehle, antworteten mir die mich umgebenden Hinterbliebenen der Unglücklichen: „Sie sterben vor Hunger, da wir seit 2 Wochen nichts im Munde hatten. Von Zeit zu Zeit trinken wir nur Abwaschwasser, daß uns die russischen Soldaten von ihren Tellern geben.“

Ich habe selbst in einem Gefäß eine weißliche Flüssigkeit gesehen, die eben diese Speise bildete. Die Milch, die ich den Unglücklichen in den Mund goß, konnten sie nicht mehr annehmen, da ich gerade in den letzten Augenblicken angekommen war. Eine von diesen armen Greisinnen, der ich ein Stückchen Brot reichte, ergriff es hastig, küßte es, spielte mit ihm und drückte es an die Brust. Niemals habe ich eine solche Magerkeit gesehen. Ihre Knochen gaben während der Bewegung einen dumpfen, trockenen Ton, die Hände waren vollständig ohne Fleisch, und es war auch nicht eine Spur von Muskeln zurückgeblieben, nichts — als Knochen und gelbe, herabhängende Haut.

Man hat mir später erzählt, und ich habe mich selbst davon überzeugt, daß die Masuren überall am schlechtesten behandelt werden und zu einem langsamen Tode verurteilt sind. Auf meine Frage, warum dies geschehe, wurde mir geantwortet: Das sind richtige Deutsche, da sie nicht nur deutsch sprechen, sondern auch Lutheraner sind.

Nachdem ich einer sehr sicheren und sehr wohlthätigen Person (einer Polin) eine ziemlich bedeutende Summe Geldes zur Gründung einer Küche und zur Beschaffung der allernotwendigsten Kleidung hinterlassen hatte, fuhr ich nach Ufa, wo ich unter den aus Litauen, der Gegend von Suwalki, Wilna und dem Königreiche vertriebenen Polen sehr viel Unglück vorfand. Aber die katholischen Geistlichen waren schon auf dem Posten und arbeiteten Tag und Nacht, um die Leiden ihrer Nächsten zu lindern. Sie nahmen sich auch der Kriegsgefangenen an, die in widerlichen hygienischen Verhältnissen lebten und zu Duzenden starben. Überall konnte man Mangel, Hunger und die größte Not sehen, und was mich am meisten wunderte, das war der Gegensatz: auf der einen Seite der Reichtum des Landes, märchenhafte Ernten, lächerlich niedrige Preise für alle Bodenfrüchte und Nahrungsmittel (besonders in Sibirien: 1 Pfund Fleisch 3 Kop., eine Pute 50 Kop., ein Scheffel Hafer 30 Kop., ein Ferkel 75 Kop.) und auf der anderen Seite vor Hunger sterbende, zu Skeletten abgemagerte Menschen. Die Geistlichen und andere Persönlichkeiten polnischer Herkunft sorgten nicht nur für die Einrichtung von Küchen und Krippen für die Kinder, für die Zurichtung von Häusern für die unfreiwilligen Emigranten, sondern sie bemühten sich auch um das Auffuchen von Arbeit für diejenigen, die noch zu arbeiten im Stande waren.

Auf den Rat dieser Persönlichkeiten hin begab ich mich auf die weitere Reise auf der Kama und kam in die an diesem Flusse gelegene Stadt Birsik. Dort ging ich auf die Weisung von Einwohnern auf ein großes, unsauberes Strohhäus zu, in welchem 75 Masuren versammelt waren. Sie waren fast alle alt, gleichgiltig und ratlos. Sie empfingen mich mit Tränen in den Augen und erzählten mir, daß sie mit der Bahn nach Ufa gekommen seien, natürlich vierter Klasse, und daß die Reise mehrere Wochen lang gedauert habe. Darauf seien sie 150 Werst bis nach Birsik zu Fuß gegangen, wodurch sie so schwach geworden seien, daß sie unterwegs umfielen. Gegenwärtig lebten sie nur von Almosen, indem sie abwechselnd nach der Reihe

betteln gingen. Aber das, was sie erhielten, reichte niemals zum Sattessen für 75 Personen täglich aus, weshalb sie auch immer hungrig seien. Einige von ihnen seien jüngere Leute. Diese hätten sich Arbeit gesucht und seien in den benachbarten Wäldern mit Holzfällen beschäftigt worden. Sie hätten jedoch kein Schuhwerk und keine warme Kleidung, trotzdem sie in der Winterzeit manchmal bei 40–45 Grad hätten arbeiten müssen. Der Lohn sei für eine so qualvolle Arbeit sehr niedrig (30–50 Kopfen auf den Tag). Sie seien selten beschäftigt, da die Einwohner Russen seien und den Ausländern nicht trauten. Sie würden ohne Ausnahme „Deutsche“ genannt, da man in Rußland im allgemeinen jeden Zivilgefangenen einen Deutschen nenne, sobald er ein österreichischer oder preussischer Untertan sei. Ich verteilte Geld unter sie, sprach mit ihnen, tröstete sie und sprach ihnen soviel Hoffnung zu, wie ich konnte. Mit ihrem Segen und mit guten Worten mußte ich sie verlassen, um die Tränen zu verbergen, da der Anblick der betäubten Greise, die ohne Hoffnung, ohne Nachricht von ihren Familien, ohne Kenntnis der russischen Sprache, ohne Stroh zum Ausruhen ihrer armen, abgemagerten Leiber, ohne Geld zum Kaufen von Brot um den Hunger zu stillen, ohne ein Wesen waren, das sich ihrer angenommen hätte, schwer zu ertragen war.

Ich besuchte dort auch einige tschechische und slowakische Familien, die gleichfalls vertrieben waren und in sehr traurigen Verhältnissen lebten. Alle erzählten mir einstimmig, wie man mit ihnen brutal umgegangen sei, als man sie in der Nacht verhaftet hatte, wie man ihnen nicht gestattet habe, auch nur das kleinste Gepäck mitzunehmen, wie man ihnen sogar nicht gestattet habe, sich warm anzuziehen.

Ich stellte noch einige Nachforschungen in der Umgegend und an den Ufern des Flusses Biala an, ohne jedoch neue Kolonien zu finden. Dann fuhr ich nach Samara. Dort wurde mir erzählt, daß man im vergangenen Winter 2 Wochen lang bei 40 Grad Frost auf einem Nebengleis der Bahnstrecke habe zwei Wagen mit typhuskranken Türken stehen lassen. Nach der Öffnung des Wagens habe man die Türken nur als eine zusammengefrorene Masse gefunden, die man so schnell wie möglich verbrennen ließ, um die Sache nicht laut werden zu lassen. Es gibt jedoch überall indiskrete Leute...

In Samara fand ich eine große Menge Vertriebener aus der Gegend von Wilna, Suwalki und anderen Gegenden des Königreichs Polen. Gleichzeitig nahm ich wahr, daß alle früher in Samara wohnhaften Polen mit dem Geistlichen an der Spitze ein Komitee zum Zwecke der Unterstützung dieser unglücklichen Flüchtlinge gebildet hatten. Da aber die Geldbedürfnisse sehr groß waren und man nur private Mittel zur Verfügung hatte — so konnte die Hilfe niemals ausreichend sein.

Auf den Rat dieses Geistlichen hin begab ich mich nach Bougeourslan, einem kleinen tartarischen Städtchen im Gouvernement Samara. Dort fand ich nur wenig Flüchtlinge, aber dafür eine große Anzahl Kriegsgefangener. Sie hatten dort zwar ein Dach über dem Kopf und eine schlechte Kost, die sie vor dem Verhungern schützte, aber es fehlten ihnen die aller-
notwendigsten Sachen. Mit Genehmigung des Militärchefs besuchte ich das Spital, wo ich an die Typhus- und Ruhrkranken Wäsche verteilte, die ihnen vollständig fehlte. In diesem Spital war die Unreinlichkeit und das Ungeziefer, besonders Flöhe, eine große Plage. Ebenso verteilte ich unter die schwer Typhuskranken Geld. Von dort fuhr ich nach dem eigentlichen Sibirien, jenseits des Uralgebirges. Auch dort erblickte ich auf der Fahrt mit der Post viele dieser Unglücklichen.

Es waren dies meistens Arbeiter und Handwerker, aber auch einige Persönlichkeiten aus der Gesellschaft, einige Ingenieure, Rechtsanwälte, Lehrer und Professoren. Sie alle litten infolge des Unglücks, des örtlichen Klimas und des Hungers. (Hier kommen auch Fälle von Selbstmord vor.) An vielen von ihnen hingen in Fetzen zerrissene Kleider herab; das Schuhwerk ist gleichfalls zerrissen. Alle dachten mit Schrecken an den Winter. Die Temperatur beträgt dann dort oft 45 Grad unter Null. Die Nächte sind lang, die Abende ohne Licht, ohne Schriften, ohne Bücher, ohne Nachrichten aus der Heimat. Überall hörte ich dieselben Klagen über die Regierung, die ihnen keine Hilfe gewährt. Die Auswanderer hatten besonders großen Abscheu vor den Kosatendörfern, da sie dort den größten Hunger ertragen mußten und der Gefahr ausgesetzt waren, von den brutalen und der Trunkenheit ergebenen Menschen schlecht behandelt zu werden.

Ich besuchte auch einige Goldbergwerke, in denen Kriegsgefangene arbeiten. Es waren dies Ungarn und Österreicher. Zivilgefangene wurden dort nicht beschäftigt. Die Arbeit ist sehr beschwerlich.

Nachdem ich zwei und einen halben Monat unterwegs gewesen war, kam ich zurück nach Warschau, und trotz aller seither vorgefallenen Ereignisse kann ich das bis heute nicht vergessen, was ich gesehen und gehört habe. Mit dem Gefühl des aufrichtigen Schmerzes denke ich an die Unglücklichen, deren Zahl sich jetzt noch vergrößert hat. Sie sterben dort vor Hunger infolge des Einbüßens jeder Hoffnung. So werde ich denn die auf der traurigen Pilgerfahrt erlebten Episoden niemals vergessen.

Maria de Bentkowska.

Warschau, 14. 4. 1916.

Aus Nr. 126 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. Juni 1916.

Der Ausfall der Spendenaktion zur Ehrung Sienkiewicz'.

Insgesamt flossen zur Ehrung Sienkiewicz' 224 577,30 Mark ein. Wir haben diese Summe im Sinne unseres Aufrufs dem Komitee zur Hilfeleistung im Königreich Polen überwiesen.

Der Vorstand
des Nationalrats als Komitee für die Obdachlosen.

Dr. Ludwig v. Mysielski, Vorsitzender.
Geistlicher Dr. Anton v. Wolzlegier, stellv. Vorsitzender.
Dr. Boleslaus Krysiwicz, Schriftführer.
Wladislaus v. Grabski, stellv. Schriftführer.
Dr. Felix v. Niegolewski, Schatzmeister.

Aus Nr. 23 des Robotnik (Posen)
vom 4. Juni 1916.

Die XVI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen.

(Fortsetzung.)

Es sprach sodann der geistliche Generalsekretär, um den Bericht für die beiden verflossenen Jahre, 1914 und 1915, zu erstatten.

Der Bericht für das Jahr 1914 ist im „Robotnik“ abgedruckt worden, deshalb ließ sich der Rechner nicht eingehender über ihn aus. — Der Bericht für das Jahr 1915 habe nicht gedruckt werden können, weil die Vereine es leider unterlassen hatten, die ausgefüllten Formulare einzusenden. Man habe Nachricht nur von 185 Vereinen, der Rest, also beinahe 100 Vereine, habe bis jetzt kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Infolge des Krieges herrsche im Organisationsleben Stillstand, über dessen Beseitigung man insbesondere zu beraten haben werde.

In jenen 185 Vereinen befanden sich 21821 Mitglieder. Nach dem Rechenschaftsberichte gehörten allen Verbandsvereinen 30352 Mitglieder an. Aus 185 Vereinen seien 499 Mitglieder von Vorständen und 8899 gewöhnliche Mitglieder, zusammen also 9388 Personen, zum Heeresdienste einberufen worden. Es befänden sich also schätzungsweise 13821 Mitglieder, d. i. 45 Prozent, beim Militär. Aus 185 Vereinen seien 671 Mitglieder gefallen, vom Verbande wohl 1084, d. i. 3½ Prozent. Das seien sehr große Verluste.

Infolge dieser Verluste sei vor allen Dingen die Zahl der Abonnenten des „Robotnik“ zurückgegangen, weil die Vereine den „Robotnik“ für diejenigen Mitglieder nicht hielten, die sich im Kriege befänden. Es müsse entsprechend den Verbandsangaben aus der Kasse des Vereins die Zeitung für sie gehalten und ihnen ins Feld zugeschickt werden.

Schlimmer noch verfahren die Vereine, welche den „Robotnik“ gar nicht mehr abonnierten. Das bedeute für den Verband, für die Vereine und für die Mitglieder selbst einen unermesslichen Schaden. Der gegenwärtige Stand des Abonnements des „Robotnik“ gebe ein trauriges Zeugnis für das Pflichtgefühl in den Vereinen.

Das allgemeine Abonnement hätten völlig aufgegeben . .	75 Vereine
Das allgemeine Abonnement hätten eingeschränkt	130 „
Das allgemeine Abonnement hielten aufrecht	63 „
Das allgemeine Abonnement hätten noch nicht eingeführt	5 „
zusammen . .	273 Vereine.

In dieser Beziehung sei eine sofortige Besserung notwendig, anders sonst werde man das zunichte machen, was bis jetzt mit großer Mühe aufgebaut worden sei. — Der Generalsekretär äußerte sich sodann in umfangreicher Weise über die Notwendigkeit der Verbandszeitung.

Die innere Arbeit in den Vereinen habe ebenfalls nicht genügende Fortschritte gemacht. In jenen 185 Vereinen, welche die Berichte eingeschickt hätten, stelle sie sich wie folgt dar:

Versammlungen seien nur in 131 Vereinen abgehalten worden und zwar sehr unregelmäßig. Nur 91 Vereine hätten im verflossenen Jahre 5 und mehr Versammlungen abgehalten, der Rest weniger. In 20 Vereinen habe nur je eine Sitzung stattgefunden.

In 131 Vereinen seien insgesamt 965 Versammlungen abgehalten und 824 Vorträge gehalten worden.

Es gebe im Verbande leider auch Vereine, die seit Beginn des Krieges noch kein Lebenszeichen von sich gegeben hätten. In manchen dieser Vereine könne die Arbeit wohl fortschreiten, weil es in ihnen keine wesentlicheren Hindernisse gebe. Auf die an diese Vereine gerichteten Briefe erhalte man keine Antwort. Sie hätten bis jetzt nicht eine unserer Bitten erfüllt; auch hätten sie keinen ihnen erteilten Ratsschlag befolgt.

Ein ungeheurer Verlust für den Verband bedeute die Schließung der unentgeltlichen Rechtsschutzbureaus. Es sei hiermit die Tätigkeit dieser Bureaus im verflossenen Jahre bekanntgegeben:

Die einzelnen Bureaus hätten die nachstehenden Ratsschläge erteilt: Bromberg 408, Czarnikau 436, Gnesen 2071, Gostyn 208, Hohenjalza 679, Jarotschin 116, Kosten 182, Gorchon 528, Birnbaum 421, Rakel 273, Schneidemühlchen 1006, Posen 1692, Samter 1015, Schroda 1205, Wöngrowitz 305,

Zilehne 169, Bentischen 316, zusammen 11022 Ratsschläge.

Die Bureaus in Lissa und Ostrowo seien im Jahre 1915 geschlossen gewesen, weil man ihre Leiter zum Heeresdienste einberufen habe und entsprechende Vertreter nicht vorhanden gewesen wären.

Redner wandte sich mit der herzlichen Bitte an die geistlichen Patrone und Vizopatrone, sie möchten den Mitgliedern ihrer Vereine jetzt selbst mit Rat und Tat beistehen und sich in zweifelhaften und schwierigen Fällen an das Posener Bureau wenden, das nicht geschlossen werden würde.

Traurig wie nie stelle sich die Übersicht über die Vereinsarbeit dar. Man dürfe aber deshalb den Mut nicht verlieren, sondern müsse vielmehr energisch an die Arbeit gehen, um das zu erhalten, was mit so vieler Mühe geschaffen worden sei. Am Schlusse seines Referats legte Redner der Delegiertenversammlung die nachstehende Resolution zur Annahme vor:

I.

Die XVI. Versammlung der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter erkennt, ebenso wie die letzte Versammlung der geistlichen Patrone und Vizopatrone, an, daß trotz der ungeheuer schwierigen Verhältnisse in der Kriegszeit die bisherige Arbeit unermüdlich weiter geführt werden muß, und zwar sowohl im Verbande wie in den einzelnen Vereinen.

Angesichts dessen, daß der „Robotnik“, obgleich sein Format verkleinert worden ist, gegenwärtig für die Mitglieder, die Vereine und den Verband umso notwendiger ist, fordert die Zusammenkunft den Hauptvorstand auf, weiterhin die Verbandszeitung wöchentlich herauszugeben. Die Vereine dagegen fordert sie auf, den „Robotnik“ aus der eigenen Kasse für alle ihre Mitglieder ohne Ausnahme zu abonnieren.

In Anbetracht dessen, daß wegen Mangel der erforderlichen Einnahmen die Tätigkeit der Rechtsschutzbureaus eingestellt werden muß, ermächtigt die Zusammenkunft den Hauptvorstand, diese Bureaus sofort wieder zu eröffnen, sobald die Mittel das gestatten werden. Die geistlichen Patrone und Vizopatrone bittet die Versammlung inständigst, sie möchten sich in dieser Zeit gütigst der Erteilung von Ratsschlägen im Bereiche ihrer Vereine unterziehen.

Die Zusammenkunft fordert schließlich die Vorstände aller Verbandsvereine auf, unverzüglich an die Organisation der ständigen und systematischen Arbeit heranzugehen — ebenso wie im Frieden; sie möchten:

1. Versammlungen einberufen und abhalten. Wo das nicht möglich ist, möchten sie die geistlichen Patrone bitten, ständige Arbeiter-Gottesdienste abzuhalten;
2. die Verbandszeitung für alle Mitglieder auf Kosten der eigenen Kasse halten, wie es die Verbandsangaben und die Resolutionen unserer vorhergehenden Zusammenkünfte vorschreiben;
3. regelmäßig die Beiträge einzahlen, die Bibliotheken offen halten usw.

II.

Die XVI. Zusammenkunft des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter beschließt:

1. Der „Robotnik“ erscheint als Verbandsorgan vom 1. Januar 1916 ab, und zwar wie bisher wöchentlich, doch in verkleinertem Formate. Der bisherige Abonnementspreis, 10 Pfg. für den Monat aus der Vereinskasse, verbleibt.

2. Zur Deckung der Fehlbeträge in der Verbandskasse zahlen die Vereine aus ihren eigenen Kassen an den Verband 50 Pfg. für jeden, den Mitgliedern durch das Bureau erteilten Ratsschlag für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1914.

III.

Die XVI. Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes katholischer Vereine polnischer Arbeiter gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Vereine, die seit Beginn des Krieges kein Lebenszeichen von sich gegeben haben, ihre Pflicht gegenüber dem Verbands und gegen sich selbst nicht erfüllen und fordert sie auf, sich unverzüglich an das Generalsekretariat zu wenden und diesem über ihr Verhalten Aufschluß zu geben.

Wenn wir — so schließt der Redner — diese Resolutionen befolgen, dann werden wir durchhalten; wir werden, wenn der Kriegsturm wieder nachgelassen hat, wieder in vollem Umfange für die weitere Entwicklung unserer Organisation sorgen können.

(Schluß folgt.)

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 65 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Juni 1916.

Mit der Angelegenheit betreffend die Beseitigung des Maulkorb-Paragrafen beschäftigt sich neuerdings die „Kölnische Volkszeitung“, die seit Jahrzehnten dem polnischen Volke und der Verteidigung seiner Rechte viel Wohlwollen entgegenbringt.

In einer unserer letzten Nummern brachten wir den Bericht über die Beratungen der Reichstagskommission über die Novelle zum Vereinsgesetz. Zu diesen Beratungen nimmt die „Kölnische Volkszeitung“ Stellung und meint, daß die Polen den Antrag um Aufhebung des Sprachenparagrafen gestellt und mit Recht auf die versprochene neue Orientierung hingewiesen hätten.

Die „Kölnische Volkszeitung“ tritt auch gegen die Behauptung der Regierung auf, daß solche Sachen im Interesse des Burgfriedens für die Zeit nach dem Kriege zurückgelegt werden müßten und meint, daß gerade die Zeit des Burgfriedens für die Lösung solcher Fragen geeignet sei.

Die „Kölnische Volkszeitung“ ist auch der Meinung, daß das Auftreten gewisser polnischer Politiker der Regierung die Umkehr erschwere. Gleichzeitig aber hebt das Blatt hervor, daß die Zahl der polnischen Politiker, die eine vernünftige Politik zu führen wünschten, immer mehr wachse. Die Regierung, so sagt das katholische Blatt, würde klug tun, wenn sie mit Rücksicht auf diese vernünftigen Politiker schon während des Krieges rücksichtsvoller wäre und im Plenum des Reichstages einen anderen Ton anschlagen wollte, als dies ihre Vertreter in der Kommission getan hätten.

So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“, die ausdrücklich anerkennt, daß das Auftreten des Abgeordneten von Laschewski, des Vertreters der Fraktion, in dem über die Novelle zum Reichsvereinsgesetze beratenden Ausschusse vollständig richtig gewesen sei, und daß auch die polnischen Anträge voll und ganz berechtigt gewesen seien. Wir sind froh, daß so eine einflußreiche deutsche Zeitung schreibt, denn einem polnischen Blatte würden die Gegner der Polen sicherlich den Vorwurf machen, daß es auf die Zeit des Krieges keine Rücksicht nehme.

Wenn die Regierung am Anfange des Krieges die Erklärung abgegeben hat, daß die neue Orientierung in der polnischen Politik nach dem Kriege beginnen werde, so konnten, als jeder annehmen mußte, daß der Krieg nicht länger dauern würde, als nur ein halbes Jahr, das sogar die Polen begreifen. Heute aber, wo die Regierung nach 2 Jahren immer noch sagt, die neue Orientierung werde nach dem Kriege eintreten, kann man das trotz des besten Willens nicht verstehen. Denn die „Kölnische Volkszeitung“ hat vollständig recht, wenn sie behauptet, daß gerade die gegenwärtige Zeit

des inneren Friedens zur Inangriffnahme dieser neuen Orientierung in der polnischen Politik die geeignetste sei.

Unter anderem sollte auch der Umstand, daß gerade die russische Regierung den Polen ebenfalls eine neue Orientierung nach dem Kriege verspricht, auf die deutsche und preussische Regierung Einfluß ausüben.

Aus Nr. 126 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 1. Juni 1916.

Ein Prozeß in Sachen der Entschädigung für das enteignete Gut Vippinken

(im Kreise Schwes) fand vor dem Landgericht in Graudenz statt. Die ehemalige Besitzerin, Frau Parczewska aus Belno, forderte eine Entschädigung von 100,000 M. von der Ansiedelungskommission für Aufwendungen, die sie bei der Anlegung von Korbeidenpflanzungen gemacht hat. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 6 der Wzajemna Pomoc (Königshütte)
vom 1. Juni 1916.

An die Mitglieder und Nichtmitglieder.

Wie wir schon in der vorigen Nummer erwähnt haben, sind wir gezwungen, die Aufnahmebedingungen vom 1. Juli d. J. ab zu ändern. Was uns zu diesem Schritt veranlaßt hat, ist in der vorigen Nummer genügend klargestellt worden. Der Krieg hat die Polnische Berufsvereinigung vor große und schwierige Aufgaben gestellt. Nach Beendigung des Krieges werden diese Aufgaben, vor allen Dingen auf finanziellem Gebiet, ins Unendliche anwachsen. Wir umgehen die großen Ausgaben, die der Organisation durch die Unterstützung der aus den Schützengräben heimkehrenden Soldaten entstehen, unter denen, wegen der veränderten Lebensweise, sicher Erkrankungen auftreten werden, befürchten aber das Eintreten von großer Arbeitslosigkeit, denn die Industrie wird den Übergang von den Kriegsverhältnissen in Friedensverhältnisse nicht ohne Schwierigkeiten vollziehen. Was für Arbeiterbewegungen in der Zukunft durchgeführt werden müssen, kann man heute schwer voraussagen.

In solcher Lage müssen rechtzeitig entsprechende Schritte getan werden, um der Organisation die Möglichkeit zu geben, ihre Aufgaben gegenüber ihren Mitgliedern und dem Arbeiterstande erfüllen zu können. Da in den gegenwärtigen kritischen Zeiten viele Unvernünftige die Organisation verlassen haben, was naturgemäß die Organisation in finanzieller Hinsicht geschwächt hat, kann man in Zukunft den neueintretenden Mitgliedern nicht dieselben günstigen materiellen Bedingungen gewähren wie sie die bisherigen Statuten vorschreiben. Für neueintretende Mitglieder und solche, die durch Nichtbezahlung der Beiträge ihre Mitgliedschaft unterbrochen haben, sind folgende Bedingungen festgesetzt:

I. Unterstützung während der Krankheit.

Die Krankenunterstützung beträgt täglich soviel, als das Mitglied wöchentlich an Beiträgen eingezahlt hat. Die Unterstützung wird gewährt nach einjähriger Mitgliedschaft acht Wochen, nach zweijähriger zehn Wochen, nach dreijähriger zwölf Wochen ufm., für jedes weitere Jahr um zwei Wochen länger, am längsten für 24 Wochen.

II. Unterstützung infolge Arbeitsmangels.

Die Unterstützung infolge Arbeitsmangels beträgt: bei einem Betrage von 30 Pfennig 70, bei 40 Pfennig

90, bei 50 Pfennig 1,10 Mark, bei 60 Pfennig 1,30 Mk., bei 70 Pfennig 1,50 Mark, bei 80 Pfennig 1,70 Mk., bei 90 Pfennig 1,90 Mark täglich. Die Unterstützung erhöht sich nach jedem weiteren Jahre der Mitgliedschaft in jeder Klasse um 10 Pfennige täglich. Nach 10 Jahren erhält man die höchste Unterstützung, und zwar, 1,60 — 1,80 — 2,00 — 2,20 — 2,40 — 2,60 — 2,80 Mark täglich.

III. Streifunterstützung.

Diese beträgt bei einhalbjähriger Mitgliedschaft bei einem Betrage von 30 Pfennig 1,50 Mark, 40 Pfg. 1,90 Mark, 50 Pfennig 2,30 Mark, 60 Pfennig 2,70 Mk., 70 Pfennig 3,10 Mark, 80 Pfennig 3,50 Mark, 90 Pfg. 3,90 Mark täglich. Die Unterstützung erhöht sich nach einer einjährigen Mitgliedschaft und dann für jedes weitere Jahr in jeder Klasse um 10 Pfennig und erreicht die höchste Summe (nach fünfjähriger Mitgliedschaft): 2,00 Mark, 2,40 Mark, 2,80 Mark, 3,20 Mark, 3,60 Mark, 4,00 Mark und 4,40 Mark.

IV. Begräbnisunterstützung.

Die Begräbnisunterstützung beträgt nach einem Jahre der Mitgliedschaft bei einem Betrage von 30 Pfennig 10 Mark, 40 Pfennig 15 Mark, 50 Pfennig 20 Mark, 60 Pfennig 25 Mark, 70 Pfennig 30 Mark, 80 Pfennig 35 Mark, 90 Pfennig 40 Mark. Die Unterstützung erhöht sich nach jedem weiteren Jahre der Mitgliedschaft bei einem Betrage von 30 Pfennig um 2 Mark, 40 Pfennig um 3 Mark, 50 Pfennig um 4 Mark, 60 Pfennig um 5 Mark, 70 Pfennig um 6 Mark, 80 Pfennig um 7 Mark, 90 Pfennig um 8 Mark und erreicht nach 20 Jahren der Mitgliedschaft die höchste Summe von 48 Mark, 72 Mark, 96 Mark, 120 Mark, 144 Mark, 168 Mark und 192 Mark.

Invaliden, die jetzt 10 Pfennig wöchentlich an Beitrag gezahlt haben, zahlen nach dem 1. Juli 15 Pfennig. Diejenigen, die erst nach dem 1. Juli Invaliden geworden sind, zahlen 20 Pfennig. Die 20-Pfennig-Klasse ist in Zukunft nur für Invaliden bestimmt, und es werden alle Unterstützungen, die bis jetzt statutenmäßig in dieser Klasse gewährt wurden, aufgehoben, mit Ausnahme der Begräbnisunterstützung. Außerdem behalten die Invaliden das Recht auf das Vereinsorgan und die Rechtshilfe.

Wie wir erwähnt haben, treten diese Vorschriften für die Neueintretenden und diejenigen, die das Anrecht auf die Mitgliedschaft verloren haben, am 1. Juli d. J. in Kraft. Die Mitglieder, die ihre Beiträge regelmäßig bezahlt haben, behalten ihre durch das Statut vorgesehenen Rechte, ebenso diejenigen, die aus dem Kriege zurückkehren und in der vorschrittmäßigen Zeit sich als Mitglieder anmelden, soweit sie ihre Mitgliedschaft vor dem Kriege nicht verloren haben.

Wir bitten die Mitglieder, diejenigen, die das Zahlen von Beiträgen eingestellt haben und auch solche, die der Organisation noch nicht angehören, darauf aufmerksam zu machen. Wer sich bis zum 1. Juli als Mitglied anmeldet, kann noch nach den alten günstigen Bedingungen aufgenommen werden. Nach dem 1. Juli ist das Schloß zugefallen — und die Schuld haben sich die Säumigen selbst zuzuschreiben. Sie können sich nicht beklagen, denn die neugeregelten Unterstützungen werden ungefähr denen der deutschen Vereine gleich sein. Wollen und können sie für immer — unorganisiert bleiben? Mögen sie sich das gut überlegen.

Der Vorstand.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 124 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 28. Mai 1916.

Das Lied.

Die Eltern und besonders die Mütter des polnischen Volkes in der Fremde klagen darüber, daß ihre eigenen Kinder immer mehr entfremden und immer weniger zugänglich sind. Vergebens bemüht sich die Mutter zu dem Gemüt des Kindes den Weg zu finden, um ihm ihre Anschauungen, Lieblingsideen und Wünsche einzupflanzen. Die Worte gehen in einem tiefen Abgrund verloren, ohne verstanden zu werden und ohne dankbaren Widerhall gefunden zu haben. Und mitunter ist Spott die Antwort, die die Mutter erhält, die ihr Herz verletzt.

Viele Umstände sind hier schuld daran. Den Abgrund, der die Mutter von dem Kinde trennt, halfen sehr oft sogar Leute graben, die sich in ihrer Verblendung Richter und Beschützer des Familienlebens nennen. Ein schwerer Kampf muß deshalb um die Seele des Kindes geführt werden. Siegen kann die Mutter nur dann, wenn sie alles daransetzt, um die Seele des Kindes von klein auf zu edeln und zu läutern. Ein edles Kind ehrt die Mutter und alles, was ihrem Herzen teuer ist.

Nichts trägt zur Veredelung der menschlichen Seelen so sehr bei, als gerade das Schöne in Kunst und Natur. In der Kunst übt aber der Gesang den größten Einfluß aus. Und deshalb ist die Pflege des Gesangs eine Arbeit für die Mütter, Arbeit, die die Herzen ihrer lieben Kinder schült. Der Dichter sagt, daß böse Menschen keine Lieder haben. Man kann aber auch umgekehrt sagen, daß das Lied niedrige Gedanken zerstreut und unedle Taten verschleucht. Besonders unsere polnischen Lieder atmen eine große Anhänglichkeit zum Elternhaus, zur Mutter, zur Familie. Durch den Gesang lernt das Kind die Mutter achten und schätzen, es vergißt ihre menschlichen Schwächen und sieht sie vom Zauber umgeben, den das polnische Lied bei den Müttern besingt. Möge deshalb in unsern Häusern der Gesang erklingen, möge er ertönen in Wald und Flur und bei Ausflügen. Singe, du Mutter, dem Säugling ein Lied, ob traurig oder heiter, je nach dem, wie es dir zu Mute ist; die Stimme der Mutter wird sich in dem Gedächtnis des Kindes für sein ganzes Leben lang einprägen und ihm eine angenehme Erinnerung bleiben. Sobald das Kind zu sprechen beginnt, lehre es die alten und doch ewig jungen Lieder von der Kake, von der Maus usw. singen. Stimme mit den heranwachsenden Kindern das Lied „Wer sich unter den Schutz“, „Herzliche Mutter“, „In der Krippe“ und andere religiöse, nationale und gesellige Lieder an. Es gibt selbst unter den einfachsten Leuten nicht eine Mutter, die nicht in der Lage wäre, ihren Kindern einige Lieder beizubringen. Kann aber eine Polin aus irgend einem Grunde nicht singen, dann wird sie immer noch eine Verwandte, Nachbarin oder Bekannte finden, die gern zu ihr kommt, um mit den Kindern ein Lied anzustimmen. Daß sich die Gelegenheitslehrerin auf diese Weise die Anhänglichkeit der Kleinen erwirbt, braucht nicht hinzugefügt werden. So oft irgendwo mehrere Kinder zusammen kommen, sollte sich eine bereitwillige Person finden, die mit ihnen singt.

Sobald aber das Kind die Schule verläßt, möge es die Mutter dem Gesangsverein zuführen, damit es dort unter sachkundiger Leitung sich im polnischen Gesang vervollkomme, ganz gleich, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Dies ist besser als das Lichtspielhaus, sicherer als das Umhertreiben in der Straße oder das Stehen im Hausflur

oder in der Toreinfahrt. Wenn es noch Mütter gibt, die sich um den Kindergefang nicht bekümmern, dann sagen wir ihnen, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen, daß sie die Kinder und sich selbst schädigen. Gesangvereine müßten und könnten in jeder Gemeinde, in der ein halbes Duzend Polen wohnt, bestehen. Freiwillige Chöre sind besonders in den Arbeiterkasernen und Massenquartieren zu gründen. In Ermangelung eines geschulten Viedermeisters übernehme derjenige die Leitung, der am besten singen kann und die meisten polnischen Melodien kennt. Selbstredend liegt uns nur das einstimmige Lied am Herzen, wünschen wir doch, daß die Kinder unsere alten, allgemein bekannten, angenehmen und klangvollen polnischen Volkslieder kennen lernen, denn gerade sie sind jene „Arche des Bundes zwischen alten und neuen Zeiten“, sie gerade sprechen den Geist unserer Urväter und überliefern uns ihre Gedanken und Gefühle.

Der einstimmige Gesang ermuntert die Jugend am besten zur Beteiligung an den Übungen, er ist am nützlichsten, weil jedermann zu Haus oder in Gesellschaft das singen kann, was er im Gesangverein gelernt hat.

Sobald die einstimmigen Lieder bei den jungen Leuten Anklang gefunden haben, werden sie sich auch für den mehrstimmigen Gesang interessieren, um in Vereinsfestlichkeiten auftreten zu können. Wo ein geeigneter Viedermeister vorhanden ist, verdient der mehrstimmige Gesang Unterstützung. Aber auch dort muß man auf die Einübung der wunderbaren Melodien Chopins, Moniuszko, Moszkowskis, Galls, Paderewskis und anderer älterer und neuerer Tonkünstler Wert legen, damit auch diese Lieder in den geistigen Schatz unseres Volkes übernommen werden. Von unseren Vorfahren ist uns als Erzeugnis einer Jahrhunderte langen Kultur ein unschätzbares Kleinod erhalten geblieben, und zwar das Lied und die Sangeslust. Möge das polnische Lied mitten in den weltgeschichtlichen Wirren unser Herz erquickend!

Aus Nr. 128 des Narodowiec (Herne)
vom 3. Juni 1916.

In Gelsenkirchen-Bismarck-Horst-Haverkamp ist ein Wahlverein gegründet worden, dem in der ersten Sitzung 21 Teilnehmer als Mitglieder beigetreten sind. In den Vorstand des neuen Vereins wurden gewählt:

Johann Sieracki, Vorsitzender.
St. Bestzerda, Schriftführer.
St. Szymanski, Kassierer.
Anton Skowronski, Vertrauensmann.

Die Versammlungen werden in Gelsenkirchen-Horst-Haverkamp im Steffensen Saale in der Wilhelmstraße abgehalten werden. Es ist zu wünschen, daß sich der neugegründete Verein so gut wie möglich entwickelt und daß ihm die Landsleute recht zahlreich beitreten.

Aus den besetzten Gebieten.

Aus Nr. 133 der Iskra (Sosnowice)
vom 1. Juni 1916.

Wer wird siegen?

Unter dieser Überschrift schreibt das Sosnowicer Blatt u. a. folgendes:

Der Ausdruck und das Spiegelbild der individuellen deutschen Rasseigenschaften im Verein mit den zivilisatorischen Errungenschaften des zeitgenössischen Geschlechts ist General Hindenburg, welcher die ritterlichen Tugenden und die wissenschaftlichen strategischen Errungenschaften repräsentiert, und Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, welcher die deutsche Staatsraison und das deutsche Recht vertritt. Fragen wir, ob zwischen dem General Hindenburg und einem einfachen deutschen Soldaten grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung der elementarsten Aufgaben eines Kitters, eines Verteidigers seines Vaterlandes bestehen?

Es wird sich zeigen, daß Hindenburg oder Mackensen nur das Symbol ganzer Millionen von Soldaten sind. Das selbe läßt sich v. Bethmann-Hollweg sagen. Der Reichskanzler ist der Ausdruck aller rassigen und erworbenen Eigenschaften, welche ihre höchste Pflicht, ihren höchsten moralischen Kanon in der Pflicht gegen den Staat und die Nation sehen. Es ist weniger von Belang, ob dies übertrieben aufgefaßt wird.

Ein solcher Geist überragt mit seinen Fähigkeiten die ganze große Menge der Emporkömmlinge und Philister, welche den selben Zielen dienen, wenn plötzlich die Notwendigkeit hierzu eintritt. Natürlich steht bei den Deutschen die patriotische Pflicht mit dem Staats- und mit dem Einzelinteresse auf einer Stufe.

Nehmen wir an, daß der Ausdruck der deutschen öffentlichen Meinung heute v. Bethmann-Hollweg ist. Er ist das Symbol des politischen Empirismus der Deutschen, er ist der Ausdruck des nationalen Genius und des deutschen Rassenzusammenschlusses. Ob die Person des heutigen Reichskanzlers ein anderer Staatswürdenträger ersetzt wird, so wird sich dieser von seinem Vorgänger wenig unterscheiden, wenn er der wirkliche Ausdruck der kristallisierten öffentlichen Meinung und nicht ein augenblicklicher Meteor sein wird. Trotzdem wird ein etwaiger Personenwechsel die grundsätzlichen Forderungen der Deutschen in nichts ändern.

Auf dem entgegengesetzten Pol der allweltlichen Bestrebungen steht Albion mit der ganzen Fülle seiner tausendjährigen Kultur. Das Inselvolk, infolge der Natur, seiner geographischen Lage selbstständig, das Volk, welches „ein Recht, aber keine Pflicht hat“ und seit Jahrhunderten in dem Bewußtsein der Hegemonie über die anderen Völker erzogen ist, lebt wie fast alle staatlichen Völker in dem Gedanken an den eigenen philisterhaften Wohlstand.

Das Symbol, der Ausdruck der englischen Psyche in allen Elementen, welche sich in den Engländern regen, ist gegenwärtig Grey.

Die eine wie die andere Seite hat einen ganzen Hilfsapparat zu ihrer Verfügung, welcher häufig durch die Einwirkung auf die Faktoren in einer für sie vorteilhaften Weise geregelt wird.

Über der Welt schwebt gegenwärtig die bedrohliche Frage — wer wird siegen?!

Bethmann-Hollweg oder Grey?

Eine völlige Übereinstimmung und Ausgleichung der Unterschiede zwischen den kämpfenden Parteien zu hoffen, wäre vergeblich. Es kann ein Kompromiß eintreten, aber dieses wird der Welt den absoluten Frieden nicht gewährleisten.

Eine Seite muß den neuen Mächten weichen, die wiederum den Weg der Rivalisierung mit dem morgigen Sieger betreten werden.

Wenn wir beide Kräfte, welche auf dem Weltturnier mit einander ringen, einschätzen, so kann man unmöglich über die bedrohliche sphinxartige und drückende Frage der nächsten Zukunft „Wer wird siegen?“ zur Tagesordnung übergehen.

A. J.

Aus Nr. 270 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 31. Mai 1916.

„Untertanen des Königreichs Polen“.

Seine Excellenz General-Waffenmeister Ruff, General-Gouverneur des von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Teils des Königreichs Polen, empfing in diesen Tagen von einem Kreis von Bürgern im Lubliner Gouvernement folgende Denkschrift:

Die Beamten des k. u. k. Bezirkskommandos bedienen sich in den den polnischen Untertanen des Königreichs Polen ausgestellten Urkunden der Bezeichnung „russischer Untertan“, wobei sie sich häufig auf die von den höheren Behörden erlassenen Anweisung berufen, daß gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebiets die Haager internationale Konvention vom 18. Oktober 1907 streng zu beachten sei.

Sich mit dieser Anweisung zu decken, ist unbegründet, denn das Beamtenamt des k. u. k. Bezirkskommandos müßte gerade im Sinne dieser Anweisung gemäß § 43 und 45 der Haager Konvention diejenigen Gesetze anwenden, welche im Okkupationsgebiet bestehen.

Sowohl vom Gesichtspunkt des Völkerrechts, als auch des bis jetzt im Königreich Polen bestehenden bürgerlichen Rechts sind wir nicht „russische Untertanen“, sondern Untertanen des Königreichs Polen.

Dies beweisen folgende Rechtsätze:

1. Der am 3. Mai 1815 zwischen dem Kaiser Ausruflands und dem Kaiser von Österreich, König von Ungarn, geschlossene Vertrag erkannte im Artikel 5 denjenigen Teil des Herzogtums Warschau, welcher unter die Herrschaft Alexanders I. gelangte, ganz ausdrücklich als Staat (im französischen Original „Etat“) an.

2. Ebenso enthält der internationale „Schlußakt“ des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 das selbe im Artikel 1 (das Original dieser Urkunde wird bis jetzt im Hofarchiv Seiner Kaiserlichen und Königlischen Majestät, des Kaisers von Österreich und des Apostolischen Königs von Ungarn, aufbewahrt).

3. Nach Unterdrückung des Novemberaufstands hob Nikolaus II. nur die Verfassung des Königreichs Polen, aber nicht die „Untertanschaft des Königreichs Polen“ auf. Dieser selbe gesetzgeberische Akt Nikolaus I. vom 4. Februar a. St. 1832, welcher die bisherige Verfassung des Königreichs Polen aufhob, enthält die völlige Anerkennung der „Untertanen des Königreichs Polen“, und zwar in den beiden Artikeln 11 und 21.

Artikel 11 sagt folgendes: „Jedem Untertan des Königreichs Polen steht es völlig frei, sich anzusiedeln und seinen Besitz zu verlegen, wohin er will, sofern er nur die einschlägigen Vorschriften beachtet.“ Artikel 21 aber unterscheidet ganz ausdrücklich die „Untertanen des Königreichs Polen“ von den Untertanen des russischen Kaiserreichs.

4. Das Manifest Alexanders II. vom 26. März 1861 beginnt mit den Worten: „In beständiger Sorge um das Wohl Unserer Untertanen des Königreichs Polen“ . . .

5. Nach dem Ausbruch des Januar-Aufstandes erließ Alexander der II. in Livadia am 31. Oktober 1863 ein Reskript, welches den Großfürsten Konstantin von seinem Statthalterposten abberuft; dieses Reskript enthält folgende Worte: „Ich hatte das Recht, von den Untertanen meines Königreichs Polen zu erwarten“ . . .

6. Sogar in dem allerhöchsten Ukas vom 19. Februar a. St. 1875, welcher vom Senat am 6. März a. St. des selben Jahres bekannt gemacht worden ist und welcher eine Reform der Gerichtsverfassung nach russischem Muster enthält, befindet sich der Absatz: „Wir finden, daß die gesetzgeberischen Entwürfe

unserem Wunsch entsprechen, unseren Untertanen des Königreichs Polen ein Gerichtswesen zu geben, welches den gegenwärtigen Bedürfnissen entspricht.“

7. Bis heute hat das bürgerliche Gesetzbuch des Königreichs Polen, das von den Polen, welche Untertanen des Königreichs sind, spricht, in den Artikeln 8, 9, 11, 14, 17, 18, 19, 20 Gesetzeskraft behalten.

Kein gesetzgeberischer Akt hat bisher diese Artikel des bürgerlichen Gesetzbuches aufgehoben, und so müßten sie auch für das k. u. k. Bezirkskommando im Sinne des Artikels 43 der Haager Konvention Gültigkeit haben.

Wir bemerken, daß die deutschen Okkupationsbehörden den Grundsatz der Staatsangehörigkeit zum Königreich Polen als Bedingung des Wahlrechts in der städtischen Selbstverwaltung in Warschau anerkennen haben.

Wir verlangen von Euer Excellenz nicht den Ersatz irgend eines neuen gesetzgeberischen Aktes. Wir bitten nur Euer Excellenz, den k. u. k. Bezirkskommandos die Anweisung zu geben, daß sie sich bei der Ausstellung persönlicher Urkunden für Polen, welche Untertanen des Königreichs Polen sind, streng an das bestehende Recht halten sollen.“

Die vorstehende Denkschrift, welche von dem juristischen Verein in Lublin ausgearbeitet wurde, ist von einer Anzahl hervorragender Vertreter der Volksgesamtheit unterzeichnet. Gleichzeitig sind Denkschriften, welche die selbe Bitte enthalten, dem Generalgouvernement und dem Bezirkskommando in Lublin von zahlreichen Instituten, sowie städtischen und ländlichen Gemeinden überreicht worden.

Aus Nr. 149 des Naprzód (Kraſau)
vom 29. Mai 1916.

Wie groß ist die Zahl der weissenfähigen Bevölkerung im Königreich Polen?

In der Warschauer „Mysl Polska“ stellt Titus Filipowicz folgende Berechnungen an:

Die Erwiderung auf vorstehende Frage erleichtern uns folgende Zahlen: Die Gesamtzahl der Bevölkerung im Königreich Polen betrug im Jahre 1912 12 776 000. Wenn man die Bevölkerungszunahme in den letzten 3 Jahren jährlich auf nur 205 000 veranschlagt, (d. i. wenn man den Durchschnitt der jährlichen Zunahme zwischen dem Jahre 1890 und 1912 nimmt), erhalten wir, daß die Bevölkerungszahl im Jahre 1915 13 391 000 beträgt. Von dieser Gesamtzahl ziehe man die Zahl der nach Rußland evakuierten Bevölkerung, die seit Kriegsbeginn in der Fremde zurückgehalten wird, die Zahl der Emigranten ab usw. Diese Zahl kann man nicht höher als auf 2 Millionen veranschlagen. Auf diese Weise kann man die tatsächliche Bevölkerungszahl im Königreich Polen am Ende des laufenden Jahres auf 11 391 000 festsetzen.

Nach den Angaben des „Statistischen Jahrbuchs des Königreichs Polens 1914“ stellt sich die Einteilung der Bevölkerung nach dem Alter wie folgt dar:

Lebensalter	Prozent
17—19	4,0
20—29	17,4
30—39	12,9
40—45	4,0
	38,3 %

der Bevölkerung zwischen dem
17. und 45. Lebensjahr.

In den Gemeinden des Königreichs Polen entfallen nach diesem Jahrbuch (Seite 38) auf 100 Männer 99,2 Frauen, wobei die Zahl der Männer für das Königreich Polen mit den im Lande stehenden Truppen zusammen genommen wird, jedoch ohne die Einwohner des Königreichs Polen, welche sich im russischen Heere

befinden (A). Wenn wir dieses Verhältnis auf 100 % veranschlagen, erhalten wir, daß im Jahre 1915 die Zahl der Männer im Alter von 17—44 Jahren 2 181 000 betrug. Wenn wir von der letzten Zahl abziehen:

1. Die im Königreich Polen stehenden Truppen	280 000
2. Die zum Heeresdienst über die gewöhnliche Norm aus der Reserve und unter 21 Jahren Eingezogenen (die gewöhnliche Zahl der Rekruten, welche nach Rußland abgeschoben worden sind, deckt sich mit dem Punkt A)	560 000
3. Die zum Heeresdienst Untauglichen 15 %	285 000
4. Zu den Legionen sind gegangen	30 000
zusammen ...	1 155 000

so erhalten wir, daß 1 026 000 Wehrfähige geblieben sind.

Eine ebensolche Zahl erhalten wir, wenn wir die Berechnung auf andere Weise anstellen. Aus den uns vom Zentralverbeureau freundlich erteilten Informationen erhellt, daß die Zahl der wehrfähigen Männer im Kreise Petrikau zwischen 22 000—25 000 schwankt. Da die Zahl der Bevölkerung im Kreise Petrikau 187 000 beträgt, schwankt das prozentuale Verhältnis der (wehrfähigen) Männer zur Gesamtbevölkerung des Kreises zwischen 12 % und 14 %. In Anbetracht dessen, daß der von der russischen Herrschaft früher befreite Kreis Petrikau von den Ersatz-Rekrutierungen nicht so betroffen wurde, ist das prozentuale Verhältnis der wehrfähigen Männer in den anderen Teilen des Königreichs Polen geringer. Wenn wir dieses Verhältnis nicht auf 12 %, sondern auf 9 % veranschlagen, so erhalten wir, daß die Zahl der wehrfähigen Männer im Königreich Polen 1 045 000 beträgt.

Diese letzte Zahl stimmt fast ganz mit der Zahl überein, die wir auf Grund der im ersten Teil angeführten Berechnung erhalten haben.

Aus Nr. 123 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 1. Juni 1916.

Betrifft die Grundlagen der Organisation unserer Städte.

Die Verleihung einer provisorischen Selbstverwaltung an die Stadt Warschau ist nicht als Gnadengeschenk seitens der Deutschen zu betrachten. Man kann höchstens sagen, daß dies ein Vertrauensvotum für die administrative und organisatorische Tätigkeit unserer Volksgesamtheit ist. Die imposante Feier des 3. Mai in Warschau hat gezeigt, welche Neigungen zum Organisieren unsere Hauptstadt hat, wie hoch die polnische Volksgesamtheit trotz der vieljährigen Bedrückung in organisatorischer Beziehung dasteht. Es kann auch sein, daß diese Erscheinung unserer sozialen Werte über die Frage der Selbstverwaltung entschieden hat. Zweifellos haben dazu auch andere Faktoren beigetragen. Vor allem aber das richtige Verständnis für das Interesse in unseren leitenden Kreisen. Suchen wir hier keine Sentimentalität. Niemand von den Polen verlangt diese auch von Nebestehenden. Wir hatten eine harte Lebensschule, und sie heilte uns radikal von den Illusionen. Wir verstehen und schätzen die Vorteile, welche aus den selbstverwaltenden Körperschaften für uns fließen. Wir wünschen jedoch, daß diese Vorteile allseitig beurteilt würden. In Anbetracht unserer klaren Haltung gegenüber den Okkupationsbehörden und der Loyalität in erster Reihe gegenüber unserer eigenen Nation sollte es auch allen klar werden, daß wir verstehen, auf welcher Linie unser nationales Interesse geht.

Daher wird die breiteste Einführung selbstverwaltender Körperschaften sicherlich auch den Okkupationsbehörden zu großem Vorteil gereichen.

Sie wird diesen Behörden die Sorge um viele Angelegenheiten abnehmen, welche die Regierungs-Funktionäre überflüssig belasten, und sie wird überdies gestatten, daß viele Angelegenheiten, welche eine genauere, längere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse und Gebräuche erfordern, einfacher und zur beiderseitigen völligen Zufriedenheit erledigt werden. Wir ermaßen die Sorge und den guten Willen der Okkupationsbehörden in dem Verhältnis zur örtlichen Bevölkerung, wir glauben jedoch, daß auch sie uns recht gehen werden. Die lange Dauer des Krieges fordert den Übergang von provisorischen Verwaltungsformen zu mehr befestigten.

Schon ein Jahr ist vorüber, als die Lande des Königreichs Polen vom russischen Joch glücklich befreit wurden, die vorübergehenden Verhältnisse und Bedingungen betreten normale Bahnen oder haben sie schon betreten. Wir glauben fest, daß von einer Rückkehr des russischen Regimes keine Rede sein kann. Es ist also Zeit, die ganze Volksgesamtheit vor die Arbeit an einer Besserung der durch den Kriegsturm geschädigten Dinge und an einer dauernden Gestaltung der neuen Existenz zu spannen.

In Anbetracht des uns von den Okkupationsbehörden bewiesenen Wohlwollens zweifeln wir auch nicht, daß die Zeit schon naht, wo alle in der Volksgesamtheit an die Werkstätten der öffentlichen Arbeit herangehen werden.

Unsererseits wollen wir nur darauf hinweisen, wie wichtig diese Angelegenheit ist.

Die Arbeit aller für alle richtet das bürgerliche Gefühl im Lande ungeheuer empor, indem sie Einrichtungen schafft, in denen sich die Konsolidation der nationalen Meinung rasch vollziehen muß und wird. Sie beseitigt ferner die Gärung der unfruchtbaren Unzufriedenheit, die Gärung, die wohl von niemandem, ausgenommen vom Feinde, gewünscht wird. Sie bringt ferner auf offene Bahnen und in reale Verhältnisse diejenige Tatkraft, welche in konspiratorischen Schlupfwinkeln zugrunde geht und verzerrt wird. Die einfache Tatsache des Bestehens bürgerlicher Einrichtungen zwingt die Allgemeinheit, auf jedem Gebiet die bürgerlichen Merkmale zu erfassen und anzuwenden, und gibt — der Kritik freien Lauf lassend — zugleich die eigentlichen zielbewußten Formen. Heute kann sich die Kritik kaum offen aussprechen, da die Anordnungen, welche von oben kommen, keine Veranlassung haben, ihre Beweggründe aufzuklären. Auch die einzelnen Forderungen können sich heute kaum kundgeben. In der offenen Erörterung, welche in den dazu gehörigen Einrichtungen geführt wird, werden sie die gewünschte Form annehmen können, die Form, welche den allseitigen Anschauungen und Bedürfnissen angepaßt sein wird. Alle diese Angelegenheiten liegen im Interesse unserer Volksgesamtheit und unserer Zukunft, und mit Rücksicht auf alles ist die Organisation der polnischen Volksgesamtheit nicht nur für uns, sondern auch für die kriegsführenden Großmächte eine wichtige Sache. Wird es sich doch zweifellos lohnen, die Stimme der organisierten polnischen Nation zu hören, und wäre es nur zu dem Zwecke, die Unterschiede auszugleichen und die Polen in ein auf einer rechtlichen Grundlage fußendes gegenseitiges Verhältnis zu den Mittelmächten zu bringen.

Das ist es, warum immer zahlreichere Stimmen in den Städten der deutschen, aber auch der österreichisch-ungarischen Okkupation laut werden hinsichtlich der Einführung der städtischen Selbstverwaltung, auf daß sie ähnliche Bedingungen der Arbeit und der bürgerlichen Entwicklung hätten, wie die Hauptstadt des Landes.

Dies sind nicht Stimmen des Protestes, sondern — namentlich unter der österreichisch-ungarischen Okkupation — Meinungen, welche an die Beschleunigung eines solchen Zustandes appellieren, wie wir ihn vom Beginn der Übernahme der militärischen Verwaltung des Landes durch die Monarchie erwarten durften und von der Haltung der Okkupationsbehörden und der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber unseren nationalen Bestrebungen und Bedürfnissen immer mehr erwarten dürfen.

Peřikau hat in dieser Beziehung bei der Bekanntmachung des provisorischen Entwurfs der städtischen Selbstverwaltung keine Hindernisse gehabt, und gegenwärtig handelt es sich nur darum, daß dieses Projekt geprüft und bestätigt würde. In diesen Hoffnungen steht — dies zu glauben haben wir ein Recht — unsere Stadt nicht vereinzelt da. —

Aus Nr. 134 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 15. Mai 1916.

Der Polnische Volksschulverein. (Polska Macierz Szkolna.)

Ich beschwöre die Lebenden, daß sie die
Hoffnung nicht aufgeben,
Und dem Volke die Fadel der Aufklärung
vorantragen.

Von diesen unsterblichen Worten des Dichters ließ sich die Gruppe von Leuten guten Willens leiten, die sich um die Erneuerung der Tätigkeit des Polnischen Schulvereins bemühten. Heute wird der Warschauer Erzbischof-Metropolit in der Kathedrale einen feierlichen Gottesdienst für eine günstige Entwicklung der wiederhergestellten sozial-aufklärenden Institution abhalten.

Die Nachricht von der Erneuerung der Tätigkeit des Schulvereins hat die polnische Gesellschaft mit großer Anerkennung und Befriedigung aufgenommen. Man sieht zwar jetzt nicht diese Begeisterung, mit welcher die Gesellschaft den vor zehn Jahren begründeten Schulverein begrüßte, aber das ist kein Wunder: zehn lange Jahre der Prüfungen und Schicksalschläge, zehn Jahre eines fast beständigen Kampfes um die wesentlichen Rechte des Volkes haben unsere Nerven etwas abgestumpft, und bei der gewaltigen Menge von Sorgen und Aufgaben politischer und wirtschaftlicher Natur, die über dem Lande schweben, ist die Aufklärungsangelegenheit gewissermaßen in die zweite Reihe verjagt worden. Das wird jedoch den wiederhergestellten Polnischen Schulverein an seiner Entwicklung und an in der Erfüllung der in den Satzungen vorgesehenen Aufgaben nicht hindern. Zu gute Erinnerungen hinterließ er nach seiner 1½ jährigen Tätigkeit, als daß das Volk nicht nach seiner Wiederherstellung streben würde.

Obwohl der Schulverein erst am 11. Juni 1906 bestätigt wurde, hat er seine Tätigkeit bereits einige Monate vorher begonnen, von der Gesamtheit, welche für die Zwecke der Aufklärung kein Geld scheute, mit Begeisterung begrüßt. Am 8. Juli 1906 fand in Warschau die erste Zusammenkunft der Delegierten des Schulvereins statt. Es verfloß kein Monat nach der Genehmigung, und schon fanden sich auf der Zusammenkunft 215 Delegierte ein, welche 77 Abteilungen der Provinz und 21 Abteilungen Warschaus vertraten. Der große Saal im Technikerverein war gefüllt. Es herrschte eine gehobene, feierliche Stimmung. Es vermochte diese das Auftreten einiger sogenannter „Liberalen“, die danach strebten, die kulturelle, nationale Gründung im Keime zu ersticken, nicht zu stören. Der Rechenschaftsbericht wies bis zum 1. Juli 55 386 Kb. 67 Kop. Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden auf; dieser Betrag wurde

benutzt zum Unterhalt von vier Anfangsschulen und eines Arbeitszimmers in Warschau, zur Unterstützung der Organisation, die 2000 Kinder unterrichtete, und für ähnliche Aufklärungszwecke.

Die damals vollzogenen Wahlen hatten folgendes Ergebnis: in die Verwaltung wurden berufen: Mieczysław Brzezinski, Ignacy Chrzanowski, Geistlicher Jan Gralewski, Maria Dzierzanowska, Dr. Kazimierz Chelchowski, Dr. Ruzbaum, Antoni Dmuchowski, Konstanty Paprocki, Stanisław Libicki und Alexander Zawadzki. Als Stellvertreter wurden in die Verwaltung gewählt: Kazimierz Lazarowicz, Mieczysław Pfeiffer, Dr. Kopczyński und Helene Ceylinger. In den Aufsichtsrat sind eingetreten: Roman Dmowski, Piotr Drzewiecki, Stanisław Arzemiński, Graf Adam Krasinski, Marjan Lutoslawski, Jozef Natansohn, Henryk Sienkiewicz, Wladysław Smolenski und Julian Adolf Swiecki.

Fast alle Neugewählten waren keine Anfänger auf dem Gebiete der sozialen Arbeit, sondern überwiegend Leute, die trotz Widerwärtigkeiten und Verfolgungen in der vorkonstitutionellen Zeit im Volke gesunde polnische Aufklärung verbreiteten und das Vertrauen der Gesamtheit verdienten. Diese Wahl hat auch keine Enttäuschung gebracht. Auf der zweiten Zusammenkunft, die am 26. und 27. November 1907 in Gegenwart von ungefähr 900 Delegierten und zahlreichen Gästen stattfand, überzeugte man sich von der Ausbreitung der Tätigkeit des Schulvereins und von ihren guten Früchten. Damals hatte der Verein ungefähr 800 Zweigstellen im Lande, welche über 400 Anfangsschulen begründeten, einige Mittelschulen, mehr als 200 Kinderheime, „eine nicht geringe Anzahl von Kursen für Analphabeten, viele Volkshäuser. Er veranstaltete Tausende von Vorträgen, begründete drei Lehrerseminare, ein Schulmuseum in Warschau, eine Volksuniversität usw. Außerdem sind unter Leitung der Hauptverwaltung Schulprogramme, ein Bücherverzeichnis für Bibliotheken, Pläne für Schulgebäude und Ähnliches ausgearbeitet worden. Eine gewaltige, die Kräfte einer Generation übersteigende Arbeit wurde im Laufe von 1½ Jahren ausgeführt! Wenn wir heute aus gewisser Ferne auf sie schauen, müssen wir sie bewundern und die opferwilligen Arbeiter auf dem Gebiete der nationalen Aufklärung verehren. Der unerbittliche und vorzeitige Tod hat schon viele von ihnen hinweggerafft; wir erwähnen nur: Mieczysław Brzezinski, Maria Dzierzanowska, Graf Adam Krasinski, Stanisław Arzemiński, Kazimierz Lazarowicz, Konstanty Paprocki. Ehre ihrem Andenken!

Die zweite Zusammenkunft des Polnischen Schulvereins öffnete uns die Augen für unsere Lebensfähigkeit und unser Organisationstalent. Wir überzeugten uns, daß bei gutem Willen mit verhältnismäßig kleinen Mitteln Großes erreicht werden kann. Sie ist jedoch der Aufmerksamkeit der russischen Behörden nicht entgangen, die bisher mit ohnmächtiger Wut auf unsere kulturelle Arbeit schauten. Sie begannen einen Vorwand zu suchen, um wenigstens scheinbar zur Schließung des Schulvereins berechtigt zu sein. Sie suchten ihn nicht lange, und nach nicht ganzen drei Wochen ist die Entscheidung getroffen worden, durch welche die Tätigkeit des Schulvereins und seiner Anstalten eingestellt wurde. Das war ein schrecklicher Schlag für die polnische Gesamtheit. Die Empörung über die russische Regierung kannte keine Grenzen. Wir mußten auch diesen Schlag ertragen, wie wir mehr als einen vordem und nachher ertrugen.

Aus dem reichen Nachlaß des Schulvereins hat sich kaum ein Teil bis zur Gegenwart erhalten. Die Arbeit einzelner unorganisierter Personen war nicht imstande das Ganze zusammenzuhalten. Von heute an sollen in ihrer Arbeit die Einzelpersonen von der

Organisation abgelöst werden, die den selben Namen trägt und die selben Ziele hat, wie die vor 8½ Jahren von böswilligen Händen vernichtete. An ihrer Spitze stehen überwiegend neue Leute. Wir glauben jedoch, daß sie von dem selben Geist, der selben Begeisterung, den selben Zielen durchdrungen sind, wie ihre Vorgänger. Wir hoffen, daß trotz Ermattung und Ohnmacht, die sich der Gesamtheit bemächtigt hat, die unterbrochene Arbeit mit ganzer Energie wieder aufgenommen werden wird, daß die Zweigstellen des Schulvereins sich wieder über das ganze Land ausbreiten und den Kleinen das Licht des polnischen Unterrichts bringen werden. Diese Arbeit aber — ist die Zukunft des Volkes, deren Grundlage die Aufklärung und das nationale Bewußtsein der Volksmassen ist.

Aus Nr. 277 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 3. Juni 1916.

Das Leben in Ruſawien.

Unter dieſer Ueberschrift erhält das Kraſauer Blatt eine Zuſchrift aus Wloclawek, in welcher die auf einer Reiſe in Ruſawien gewonnenen Eindrücke geſchildert werden. Dieſer Schilderung ſeien folgende Stellen entnommen:

Im Königreich Polen (deutſche Okkupation) habe ich bemerkt, daß unter dem neuen Regime die hieſigen Einwohner wenig reiſen, obgleich Waſchau in der nächſten Nähe liegt. Statt deſſen begegnet man in den Eiſenbahnwagen ſehr vielen Deutſchen aus dem Poſeniſchen und aus Schleſien ſowie Juden aus der Gegend von Katowiz und Breslau, welche in verſchiedenen Teilen des Landes umherreiſen, Erzeugniſſe aufkaufen und ſie ins Innere Deutſchlands ſenden, oder aber Beziehungen zu örtlichen Firmen im Königreich Polen anknüpfen. Agenten verſchiedener deutſcher im Königreich Polen arbeitender Firmen erfahren ſeitens der Okkupationsbehörden auf Schritt und Tritt Unterſtützung und können ſich nach den verſchiedenen Richtungen hin frei bewegen. Dagegen haben die „Einheimiſchen“ keine große Luſt zum Reiſen mit der Eiſenbahn, was vor allem ungeheuer koſtſpielig iſt, — und außerdem fordern die Behörden von den Zivilreiſenden ſo viele verſchiedene Urkunden, wie Paßkarten, Entlaſſungſcheine uſw., daß mancher Bürger es vorzieht, auf eine Reiſe zu verzichten, und ſich des früheren Mittels der Wagenfahrt bedient, die hier etwas leichter geworden iſt, als früher. — Die deutſchen Okkupationsbehörden haben ſich nämlich tatkräftig an den Bau neuer Verkehrswege, an die Ausbeſſerung alter Wege, beſonders in dem Grenzgebiet des Königreichs Polens, herangemacht. . .

Über die Zuſtände in der Stadt Wloclawek heiſt es in der Zuſchrift u. a.:

Die geſundheitlichen Zuſtände ſind ſo fatal, daß ſich in der Kriegszeit Epidemien mit erſchreckender Schnelligkeit ausbreiten können und unter den Einwohnern nicht geringe Verwüſtungen anrichten.

Die allgemeine Stimmung unter den Einwohnern von Wloclawek iſt niedergedrückt. Die Ungewißheit des weiteren Schickſals, vor allem die Ungewißheit des Morgens drückt alle mit ihrer Laſt nieder (folgen 6 von der öſterreichiſchen Zensur geſtrichene Druckzeilen).

Die Fabriken und gewerblichen Anlagen ſind mit wenigen Ausnahmen bis jetzt nicht in Betrieb geſetzt worden, — und es iſt in dieſer Beziehung keineswegs eine Wandlung zum beſſeren zu erwarten. . . . Heut herrſcht überall Stillſtand. Die kritiſche Lage der Arbeiterklaſſe ſuchen Agenten verſchiedener preußiſcher Firmen auszunützen und entſalten hier mit Hilfe beſonderer Bureaus eine rührige Tätigkeit zu Gunſten der Auswanderung nach Deutſchland. . . . An den

Mauern der Stadt ſind rieſige Anſchläge ſichtbar, die zur Auswanderung nach Arbeit in verſchiedene deutſche Provinzen auffordern. Und in der Tat ſind dieſe Aufforderungen nicht ohne Ergebnis geblieben. Biſher ſind aus Wloclawek und Umgegend etwa 2000 Arbeiter abgereiſt.

Die Behörden bemühen ſich, der Stadt einen äußeren deutſchen Anſtrich zu geben. Alle Straßen der Stadt, die Ladenschilder und die Schilder der verſchiedenen Inſtitute müſſen in beiden Sprachen, deutſch und polniſch, angebracht werden. . . .

To m. Pl.

Aus Nr. 277 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 1. Juni 1916.

In Lodz.

Die Stadtverordneten in Lodz ſind vor einem Jahre von den deutſchen Okkupationsbehörden ernannt worden. Dieſe hatten angekündigt, daß die Mandate ein Jahr lang gültig ſein werden. Dieſe Friſt iſt gegenwärtig abgelaufen. Die polniſchen Stadtverordneten haben der Okkupationsbehörde zu Händen des Herrn v. Oppen erklärt, daß ſie ihre Mandate niederlegen und zwar deſwegen, weil dieſe nicht aus Wahlen, ſondern durch Ernennung hervorgegangen ſeien, und ſie betonen, daß in Lodz ebenſolche Wahlen zum Gemeinderat durchgeführt werden ſollten, wie ſie in Waſchau ſtattfinden werden.

Dieſe Denkschrift haben die polniſchen und einige jüdiſche Stadtverordneten unterſchrieben. Die deutſchen Stadtverordneten haben ſie nicht unterzeichnet. Biſher waren auf 36 Stadtverordnete 10 chriſtliche Polen, während die polniſche Bevölkerung der Stadt 55 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Der Oberbürgermeiſter und der Bürgermeiſter ſind Deutſche; die deutſche Bevölkerung macht 15 % der Gesamtbevölkerung von Lodz aus.

Aus Nr. 120 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 28. Mai 1916.

Der Lubliner Gemeinderat und die Legionen.

Die „Gazeta Ludowa“ teilt mit: In Lublin beſteht ſeit dem Neujahr ein Heim der Legionäre, welches durch die Opferwilligkeit guter Patrioten erhalten wird, denen es am Herzen liegt, daß unſere an die Front gehenden oder von der Front kommenden Soldaten in der polniſchen Stadt irgendeine freundliche Zufluchtsſtätte hätten und fühlten, daß ſie ſich in einer alten polniſchen Stadt befinden. Um die Mittel zu vergrößern, wollte das Heim der Legionäre verfloſſenen Sonntag ein Vergnügen im Stadtgarten veranſtalten. Die öſterreichiſchen Behörden gaben dazu ihre Genehmigung, das öſterreichiſche Kommando ſtellte ſogar die Militärmuſik unentgeltlich, wodurch der Erfolg des Vergnügens geſichert war. Indes gab der polniſche Gemeinderat in Lublin den Garten zu dem Vergnügen nicht her, weſhalb das Vergnügen widerrufen werden mußte. Solange die Ruſſen in Polen waren, erhielten ſie ſtets den Stadtgarten zu Einnahmen für ihre Vereine. Den jüdiſchen Vereinen in Lublin wurde ebenſalls erlaubt, in dieſem Jahre ein Vergnügen für ihre Einnahmen im Stadtgarten zu veranſtalten. Zu dem Zweck, welcher mit der Sache des Nationalheeres — der polniſchen Legionen — verknüpft iſt, wollte der Gemeinderat in Lublin den Garten nicht hergeben.

Aus Nr. 511 des Wiener Kurjer Polski
vom 3. Juni 1916.

Die Auflösung des Gemeinderats in Petrikau.

Die früheren Mitglieder des Gemeinderats in Petrikau übersandten in verflossener Woche dem k. u. k. Gouvernement in Lublin folgendes Schreiben:

Mit der Auflösung des Bürgerkomitees durch die Behörden im Mai 1915 ging die ganze wirtschaftliche Verwaltung der Stadt Petrikau in die Hände des k. u. k. Regierungskommissars und des Gemeinderats über, der sich aus 10 Mitgliedern zusammensetzte.

Der Gemeinderat war in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit nach seiner Ansicht nicht nur ein beratendes Organ der Stadtverwaltung, sondern er glaubte auch zur gleichberechtigten Mitwirkung mit dieser Verwaltung berufen zu sein. Von dieser Voraussetzung ausgehend, scheuten die Mitglieder des Gemeinderats keine Arbeit zum Wohle der Stadt und entsfalteten ihre Tätigkeit in der Richtung der allseitigsten bürgerlichen Arbeit.

In diesen kritischen Zeiten, in welchen sich die Stadt befand, war dies ohne Zweifel vielleicht nicht eine vorzügliche, aber die einzige zielbewusste Art und Weise, die städtische Wirtschaft zum Nutzen aller Bürger zu führen.

Trotzdem aber entstand auf Grund der Auffassung dieses Nutzens aller Bürger zwischen dem Gemeinderat und den vollziehenden Organen eine ganze Reihe mannigfacher Mißverständnisse. Dieser Gegensatz trat mit besonderer Schärfe anlässlich der Aufstellung des Haushaltsplans der Stadt Petrikau für das Jahr 1916 in die Erscheinung. Der von dem Haushaltsausschuß aufgestellte und einstimmig vom Gemeinderat bestätigte Haushaltsplan führte die inneren Verhältnisse des Magistrats einer normalen Entwicklung entgegen.

Diese Tätigkeit des Gemeinderats, welche bei der Aufstellung des Haushaltsplans nur die Gesundung der inneren Verhältnisse des Magistrats im Auge hatte, fand keine wohlwollende Aufnahme. Zum Haushaltsplan wurden eine ganze Reihe von Verbesserungen vorgeschlagen, die ihn ziemlich radikal änderten, und der Gemeinderat hatte keine Anhaltspunkte, daß seine Meinung und sein Wille — ohne Rücksicht auf die Unterstützung seitens der Volksgesamtheit — gehört und berücksichtigt werde. Da er sich der Möglichkeit beraubt sieht, auf dieses wichtigste Moment in der städtischen Wirtschaft einzuwirken, da der Gemeinderat sieht, daß alle seine Bemühungen paralytisch werden, und da er seine Verantwortung gegenüber der Volksgesamtheit, welche eine selbstständige, von ihren Vertretern ausgeübte Wirtschaft wünscht, versteht, hat er beschlossen, seine Mandate niederzulegen, und am 13. Mai folgende Erklärung zu Händen des Regierungskommissars überreicht:

„Mit Rücksicht darauf, daß der Haushaltsplan der Stadt, in welchem der ganze Grundsatz der städtischen Wirtschaft zum Ausdruck kommt, dessen Aufstellung die wichtigste Rundgebung der Tätigkeit des von der Volksgesamtheit gewählten Gemeinderats ist, bis heute trotz des einstimmigen Beschlusses in der Sitzung vom 29. April 1916 nicht ausgeführt wurde;

daß die Beschlüsse des Gemeinderats dauernd ignoriert, geändert und nicht ausgeführt werden, die Volksgesamtheit aber die ganze Verantwortung auf den Gemeinderat überträgt;

daß sich die städtische Wirtschaft nur bei der Einführung der städtischen Selbstverwaltung regelrecht entwickeln kann;

hält der Gemeinderat seine weitere Tätigkeit für unmöglich und unfruchtbar und legt seine Mandate nieder.“

Wir sind weit entfernt zu glauben, daß das in der städtischen Wirtschaft Petrikas eingeführte Verwaltungssystem auch nur im geringen Maße befriedigend sein könnte. Wir wissen wohl, daß nur eine völlige Selbstverwaltung in der Lage ist, der grundsätzlich regelwidrigen städtischen Wirtschaft ein Ende zu machen, und wir glauben, daß der gegenwärtige für die Stadt beschwerliche Zustand, welcher durch die Erfordernisse der Zeit gerechtfertigt war und für andere Städte nicht als genügend erachtet wurde, — wir nennen nur Warschau mit seinem hundert Mal mehr verwickelten Leben der Hauptstadt des Landes und des Mittelpunktes des industriellen Lebens — nicht länger dauern und an seine Stelle eine wirkliche, auf einem Wahlsystem beruhende Selbstverwaltung nach europäischem Muster, eine städtische Selbstverwaltung eingeführt werden würde, deren Entwurf wir vor mehr als zwei Monaten Seiner Excellenz dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt haben.“

Folgen die Unterschriften aller Mitglieder des Gemeinderats.

Aus Nr. 147 der Gazeta Poranna (Warschau)
vom 28. Mai 1916.

Betrifft die „Godzina Polski“.

Mit der ganzen Volksgesamtheit sind wir über die Entstehung und Tätigkeit des — auch der Stadt Warschau auferlegten — Lodzer Blattes „Godzina Polski“ schon längst zur Tagesordnung übergegangen. Niemand interessiert sich für dieses Blatt, und niemand spricht von ihm, das Schicksal dieser Eintagsfliege der Zeit überlassend.

Die Gleichgültigkeit benimmt der „Godzina Polski“ keineswegs die Lust, sich mit dem Schicksal aller, insbesondere unseres Blattes zu befassen. Fast in jeder Nummer findet sich eine über unser Los vergossene Träne.

„Wir haben angeblich schon alle Leser verloren.“
Um, dagegen ist nichts zu machen. Als Trost genügt uns, daß die Redaktion der „Godzina Polski“ uns fleißig liest, so fleißig, daß sie sogar jüdische Inserate bemerkt hat, die sich ein- oder zweimal verstoßen in die Spalten der „Gazeta Poranna“ eingeschlichen haben, so wie sich die „Godzina Polski“ heimlich in die polnische Volksgesamtheit einschleichen will. Aber das Schicksal beider Eindringlinge ist gleich. Wir haben uns der unerwünschten Inserate entledigt; die Volksgesamtheit hat schon verschiedene Beschützer beiseite geschoben, die im Trüben fischen wollen.

Aus Nr. 145 des Kurjer Lodzki (Lodz)
vom 29. Mai 1916.

In Sachen der Versorgung des Königreichs Polen mit Lebensmitteln.

Der „Dziennik Piotrogrodzki“ veröffentlicht in seiner Ausgabe vom 10. ds. Mts. einen aus dem Monatsblatt „Nowy Ekonomist“ entnommenen und von dem bekannten russischen Wirtschaftspolitiker Professor Migulin verfaßten Artikel. In diesem Artikel warnt der Verfasser die Koalitionsmächte und rät ihnen, die Einfuhr von Lebensmitteln nach dem Königreich Polen nicht zu gestatten. Nach Ansicht des Professors hat der „verständige und Rußland gegenüber wohlwollend gesinnte Teil der Bevölkerung das Land verlassen. Zurückgeblieben sind im Lande nur noch Reste auf einen von Rom aus ergangenen päpstlichen Befehl. Es liegt auch kein Grund vor, sich um die zurückgebliebene Bevölkerung zu kümmern“. Professor Migulin behauptet, daß, wenn Rußland und England die Zufuhr von Lebensmitteln nach dem Königreich

Polen gestatten, die Koalition den Krieg verlieren wird. Dagegen wird das deutsche Heer, wenn England die Zufuhr von Lebensmitteln nach Polen nicht gestattet, schon in diesem Monat gezwungen sein, das besetzte Gebiet aus Furcht vor Seuchen, die die Truppen nicht verschonen würden, und aus Furcht vor Hungerrevolten im Lande zu räumen.

In derselben Nummer veröffentlicht der „Dziennik Piotrogrodzki“ nach dem in Chicago erscheinenden „Dzienniki Zwiazkowy Zgoda“ nachstehenden Depeschenwechsel: Das polnische Hilfskomitee in Chicago bittet den Vorsitzenden des polnischen Komitees in Bevey, Heinrich Sienkiewicz, um Mitteilung darüber, ob die nach dem Königreich Polen entsandten Lebensmittel und Kleider ohne Hindernisse ihren Bestimmungsort erreicht haben. Sienkiewicz antwortete: Die Sendungen erreichen stets ihren Bestimmungsort. Die deutschen und österreichischen Behörden beschlagnahmen sie nicht und befreien sie von den Zollabgaben. (Wat.)

Aus Nr. 129 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 6. Juni 1916.

In einer Wochenübersicht

heißt es u. a.:

Aktuell wird gegenwärtig wieder die Frage der Zufuhr von Lebensmitteln aus Amerika für die leidende Bevölkerung im Königreich Polen leider im negativen Sinne. Wir haben schon über die Denkschrift der amerikanischen Regierung berichtet und den Inhalt der englischen Erklärung wiedergegeben, in welcher sich England im Einverständnis mit Rußland mit der Zufuhr von Lebensmitteln nach dem Königreich Polen unter gewissen Bedingungen und Vorbehalten einverstanden erklärte. Gegenwärtig veröffentlicht das halbamtliche Wolffsche Telegraphenbureau eine längere Erklärung, aus welcher hervorgeht, daß sich die deutsche Regierung mit den englischen Bedingungen nicht einverstanden erklären kann.

Belehrend ist für den aufmerksamen Beobachter der Verlauf gerade dieser Angelegenheit, in welcher die Initiative von unseren amerikanischen Landsleuten ausgegangen ist. Er charakterisiert nämlich die Aufrichtigkeit der seit Beginn des Krieges für Polen so schwülstig verkündeten Sympathien durch seine Beschützer, die sich an die Existenz der Polen erst während der Kriegszeit erinnern haben. Daraus ist zu schließen, daß weder England und Rußland noch irgend ein anderer Staat für Polen etwas tun werden, was ihnen nicht selbst zum Nutzen gereichen würde.

Die Polen sind auf sich selbst angewiesen, und von ihnen selbst, von ihrer Lebenskraft, Energie, Ausdauer, Opferwilligkeit, Hingabe für die eigene Sache und von ihrem politischen Verstande hängt es ab, wie sich die Verhältnisse ihres nationalen Lebens nach dem Kriege gestalten werden.

Dieselbe Bemerkung knüpft der in Bromberg erscheinende Dziennik Bydgoski in seiner Ausgabe vom 7. Juni d. J. an den Wortlaut der im vorstehenden Artikel erwähnten Erklärung des Wolffschen Telegraphenbureaus.

Aus Nr. 123 der Gazeta Czesłochowska (Czenstochau)
vom 30. Mai 1916.

Betrifft die Rückkehr der Auswanderer.

Längere Zeit beschäftigte breite Kreise der polnischen Volksgesamtheit in Nordamerika der Gedanke der Rückkehr nach der Heimat, bis er schließlich konkrete Formen in Gestalt des vor einiger Zeit veröffentlichten Aufrufs, der zur Rückwanderung aufforderte, annahm.

Dieser Aufruf fand ein lebhaftes Echo im Königreich Polen und weckte anfangs hier und dort Hoffnungen, die bis zu einem gewissen Grade übertrieben waren. Aber schon nach näherer Prüfung der Frage gelangte die polnische Presse zu dem Schluß, daß mit einer Massenrückkehr der amerikanischen Polen nach der Heimat nicht gerechnet werden könne und daß die Zahl der Zurückkehrenden höchstens 1% der gesamten polnischen Bevölkerung in Amerika betragen dürfte.

Zu dem obigen Schluß müssen wir in der Tat gelangen, wenn wir die Lage auf Grund nachstehender Tatsachen prüfen:

Die polnische Bevölkerung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zählt ungefähr 3½ Millionen Köpfe (eine genaue Statistik fehlt). Ungefähr die Hälfte davon ist auf amerikanischem Boden geboren und mit der dortigen Umgebung und Ordnung vertraut. Außerdem verlieren viele Polen, die sich längere Zeit in den Vereinigten Staaten aufhalten, die engere Fühlung mit der Heimat und werden von einem spezifischen panamerikanischen Patriotismus durchdrungen.

Übrigens können — wenn von der Rückkehr der Auswanderer die Rede ist — nicht nur die obigen Elemente allein nicht ernstlich in Frage kommen. Sogar unter demjenigen Teil der polnischen Kolonie in Amerika, der nicht nur polnisch spricht, sondern auch polnisch fühlt und denkt, wird die Rückwanderungsbewegung wahrscheinlich ziemlich schwach sein. Es muß nämlich berücksichtigt werden, daß die polnischen Auswanderer, die sich in den Vereinigten Staaten längere Zeit aufhalten, durch unzählige Fäden mit dem neuangenommenen Vaterlande vereinigt sind.

Außerdem besitzen die polnischen Auswanderer riesige Mittelpunkte ihres eigenen kulturellen und nationalen Lebens, was zur Folge hat, daß sie sich dort wie im eigenen Hause fühlen. Es genügt anzuführen, daß z. B. Chicago 350 000 Polen zählt, die einen besonderen Stadtteil bewohnen, und daß ferner in Newyork über 250 000 Polen, in Buffalo, Milwaukee und Detroit 100 000 Polen und in Philadelphia und Pittsburg je 60 000 Polen ansässig sind.

Eine große Anzahl nationaler, religiöser und kultureller Vereine, eine vorzüglich entwickelte polnische Presse und ähnliche Faktoren tragen dazu bei, daß die ideale Sehnsucht nach der alten Heimat nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der polnischen Auswanderer zur Rückkehr nach der Heimat bewegen wird.

Nichtdestoweniger ist der Zufluß dieser Kräfte nach dem abgeplagten Organismus sehr erwünscht und nützlich, und man muß schon heute ernstlich über die Lage nachdenken, die die Rückkehr der auf einige Zehntausend berechneten Massen des polnischen Volks nach der Heimat (von der Massenrückkehr der Flüchtlinge in Rußland erst gar nicht zu reden) schaffen wird.

Dieser Frage widmete der Warschauer „Kurjer Polski“ unlängst nachstehende Bemerkungen:

„Die veränderten Existenzbedingungen und die neue wirtschaftliche Struktur des Landes werden nach dem Kriege in Polen eine neue Erscheinung, die Rückwanderung, hervorrufen. Unser Zwanzigmillionenvolk gab den Vereinigten Staaten 3—4 Millionen, Brasilien bis 200 000 und Rußland bis über 500 000 Auswanderer. Noch jetzt irren in Rußland ungefähr eine Million Flüchtlinge umher, die gezwungen ihre Scholle haben verlassen müssen und die selbstverständlich nach dem Kriege gleich nach der Heimat zurückkehren werden. Während den Aus siedlern ihr elementares Interesse eine rasche Rückkehr gebietet, kann die Rückwanderung nach Polen aus Nordamerika nur eine freiwillige und bewußte sein. Die amerikanischen Polen jenseits des Ozeans sind zu gut akklimatisiert,

um von dort nach der Heimat in Massen zurückzufahren. Es werden von ihnen nur einige Tausend solcher Leute zurückkehren, die sich nach der alten Heimat von Herzen sehnen und denen die materiellen Mittel dies gestatten. Die Rückkehr dieser Leute ist sehr erwünscht, denn es handelt sich um ein aufgestärktes, an Disziplin und Ordnung gewöhntes und mit der modernen Technik des Lebens vertrautes Element, das schöpferische Fähigkeiten besitzt.

Aus den Stimmen der polnisch-amerikanischen Presse ist zu entnehmen, daß der größte Teil der Rückwanderer bei uns Boden aufkaufen wird, um ihn zu kultivieren und daran zu verdienen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Rückwanderer wird sich dem Handel und der Industrie widmen. Man kann — ohne zu übertreiben — sagen, daß diese Leute aus Polen die nationale und Wirtschaftspolitik der russischen Regierung verbannt hat und daß sie der Abzug der Russen aus der Heimat zur Rückkehr anregen wird. Oft war sich der Bauer hierzulande nicht ganz klar darüber, was er ist. Erst, als er sich auf amerikanischem Boden einfand und seine Kleidung wechselte, erfuhr er, daß er niemand anders als ein Pole ist.

Ein solcher Rückwanderer wird in unserem Lande ein kultureller Faktor sein. Er wird auf unsere Bauernmassen, die bisher von den russischen Kommissaren in politischer Unkenntnis gehalten wurden, günstig einwirken. Wir sind der Ansicht, daß man die entsprechenden wirtschaftlichen Verhältnisse beizeiten prüfen muß, um den Rückwanderern die Rückkehr zu erleichtern, und sie vor Enttäuschung zu schützen. Sich genau mit der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Gegenden vertraut machen, die Verhältnisse der Volks-, Ackerbau- und Fabrikindustrie prüfen, die Bodenpreise verfolgen, usw. alles das sind dringende und wichtige Angelegenheiten. Man kann annehmen, daß auch unter der eine halbe Million zählenden polnischen Intelligenz, unter den Handwerkern und Bauern, die seit langer Zeit in Rußland zerstreut sind, sich sehr viele finden werden, die nach der Heimat zurückkehren werden. Diese Leute werden nicht nur wissen, sondern auch gewisse Kapitalien mitbringen. Auch sie werden verlangen, daß man sie über das wirtschaftliche Leben in der Heimat auf dem Laufenden erhält, damit sie die nicht immer gastfreundlichen Gebiete Rußlands endlich verlassen und unter günstigen Existenzbedingungen in der Heimat frei aufatmen können. Unsere wirtschaftlichen und sozialen Vereine sollten sich für die Zeit, in welcher die Rückwanderung nach der Heimat beginnen wird, vorbereiten“.

Aus Nr. 151 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 1. Juni 1916.

Eine polnische landwirtschaftliche Akademie in Bulawy.

Krakau. (Eigenes Telegram.) Die österreichische Regierung hat beschlossen, das Institut in Bulawy als landwirtschaftliche Akademie mit polnischer Unterrichtssprache wiederherzustellen. Zur Organisation der neuen Lehranstalt und zur Bearbeitung des Lehrplans wurde Dr. Stefan Surzycki, Professor des landwirtschaftlichen Studiums an der Jagiellonischen Universität, berufen. Professor Surzycki begibt sich zu diesem Zweck als Vertreter des österreichischen Unterrichtsministeriums nach Lublin und Bulawy. Die Akademie in Bulawy wird den Betrieb schon im Oktober d. Js. aufnehmen.

Der Petrifaner „Dziennik Narodowy“ bemerkt in seiner Nummer vom 4. Juni d. Js. zu der vorstehenden Meldung folgendes:

Unter den fünf höheren staatlichen Lehranstalten, welche die siegreichen Heere der Mittelmächte im König-

reich Polen angetroffen haben, ist das Institut in Bulawy hierarchisch die höchste Lehranstalt auf dem Gebiet, welches sich unter österreichisch-ungarischer Verwaltung befindet. Alle anderen Schulen sind in diesem Okkupationsgebiet entweder mittlere oder niedere Schulen.

Aus Nr. 124 des Dziennik Narodowy (Petrifan)
vom 2. Juni 1916.

In einer Zuschrift aus Lublin an den Petrifauer „Dziennik Narodowy“ heißt es u. a.:

Die Vereinigung der polnischen Lehrerschaft in Lublin hat ihre Sitzungen erweitert und von der obersten Okkupationsbehörde die Genehmigung zur Tätigkeit im ganzen Königreich Polen erhalten. Auf diese Weise wird man in der Provinz einzelne Vereine gründen können, welche die Grundlage einer Lehrerorganisation nach dem Muster des pädagogischen Vereins und anderer ähnlicher Vereinigungen in Galizien werden wird.

Aus Nr. 128 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 6. Juni 1916.

Ein Verband der Landwirte

ist im Rahmen des landwirtschaftlichen Zentralvereins in Warschau ins Leben gerufen worden.

Dieser Verband bezweckt, den mittleren und größeren Landbesitz durch Unterstützung der Entwicklung der wirtschaftlichen und pekuniären Interessen seiner Mitglieder zu heben. Zur Erreichung dieses Zweckes wird beabsichtigt, in den Besitzungen der Mitglieder eine rationelle Buchführung, Kontrolle und Verwaltung einzuführen, Entwässerungen zu erleichtern und durchzuführen und neue Einnahmequellen zu schaffen, bei der Aufführung von Wirtschaftsgebäuden, Arbeiterhäusern und gewerblich-wirtschaftlichen Anlagen zu helfen, bei der Anstellung von landwirtschaftlichen Beamten, Dienstpersonal und Saisonarbeitern zu vermitteln.

Außerdem wird der Verband Darlehen aus eigenen Geldern gewähren und im Falle des Bedarfs von Geldern aus Geldinstituten vermitteln. Zu den wichtigen Aufgaben des Verbandes wird auch die Verwaltung derjenigen Besitztümer gehören, die von ihren Eigentümern verlassen worden sind.

Aus Nr. 11 des Kupiec (Posen)
vom 1. Juni 1916.

Wechselseitige Handelsbeziehungen zwischen dem Großherzogtum Posen, dem Königreich Polen und Galizien.

Die Anknüpfung von Handelsbeziehungen zwischen den Fabriken und Handelsinstituten in dem früheren Polen erachten wir seit Anbeginn des Krieges für die Zukunft des polnischen Handels und Gewerbes für unbedingt notwendig. Deshalb informieren wir uns mit aller Energie und durch materielle Opfer, was reiche Früchte tragen muß, wenn die Zeit dazu gekommen sein wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dem Kriege — ohne Rücksicht darauf, welches politische Gesicht Polen haben wird — in den polnischen Landen eine lebhafteste Bewegung auf dem Gebiete des Handels entstehen wird. Das vernichtete Land wird auf dem Gebiete der Land- und Hauswirtschaft und des Gewerbes große Bedürfnisse haben.

Die politische Freiheit, denn auf eine solche hoffen wir, wenn auch in der Form einer Autonomie, wird auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes einen ungeheuren Einfluß ausüben. Alle zu gemein-

samer Arbeit berufenen sozialen Kreise werden sich um die Hebung des polnischen Gewerbes und Handels bemühen, sie werden danach trachten, das ganze Land zu industrialisieren, denn das ist eine der hauptsächlichsten Unterlagen für den nationalen Wohlstand.

Das wird nicht leicht sein, denn es werden fremde Fabriken, gewerbliche Unternehmungen großen Stils mit uns in Konkurrenz treten, die durch ihre Regierung Unterstützung finden. Das kann man ihnen nicht verwehren, denn die Welt steht für den freien Handel allen offen. Wir müssen aber mit der drohenden Konkurrenz rechnen und alle Kräfte anspannen, um uns wirtschaftlich unabhängig zu machen.

Und wo fangen wir damit an?

Auf die an uns gerichteten Fragen beeilen wir uns, folgendes zu antworten:

1. Wir müssen die Fabriken, Werkstätten und Großhandlungen im ganzen polnischen Lande feststellen.

2. Wir müssen bekannt geben, welche Art von Waren diese Unternehmungen herstellen.

3. Wir müssen wissen, was für Fabriken nötig sind und ob sie die Möglichkeit zur Existenz haben.

4. Es muß ferner festgestellt werden, was für wirtschaftliche Institute, Vereinigungen und Verbände zu gründen sein werden, um die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens zu fördern.

5. Wir müssen durch unaufhörliche Reklame in Zeitungen und Broschüren das Publikum mit allem dem bekannt machen, das wir produzieren und liefern.

Das zu tun, hat sich der Verlag des Kupiec entschlossen.

Zu diesem Zwecke wird er ein außer gewöhnliches Heft herausgeben, das dem Handel, der Landwirtschaft und dem Gewerbe in den polnischen Landen gewidmet sein wird.

Es haben sich bereits zwei deutsche Reklamesachen gezeigt, die den Zweck verfolgen, dem deutschen Handel und Gewerbe die Wege nach dem Königreich Polen zu weisen. Wir sehen also, daß der deutsche Handel und das deutsche Gewerbe aus der neuen politischen Situation Nutzen ziehen und alle Kräfte anspannen will, um mit dem Königreich Polen Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Von unserer Seite ist bis jetzt nach dieser Richtung hin nur wenig geschehen. Das außergewöhnliche Heft (Kupiec) wird die erste polnische Herausgebung sein, welche den Gewerbetreibenden und Kaufleuten Gelegenheit gibt, ihre Unternehmungen in ganz Polen zu empfehlen.

Der polnische Kaufmann und Gewerbetreibende schätzen immer noch zu wenig die Reklame. Wenn jemand etwas produziert, bezieht und verkauft, so sollte er dafür sorgen, daß das allgemein bekannt wird und daß ihn alle unterstützen. Umsonst gibt es keine Reklame. Man muß durchaus einen gewissen Betrag für die Empfehlung seines Unternehmens, Erzeugnisses, oder seiner Ware opfern. Die geistreichen und rührigen Fremdländer sichern sich immer mehr neue Abnehmer und kommen zu Vermögen — alles dank des Verständnisses für die Wichtigkeit der Reklame. Die hauptsächlichste Form der Reklame sind Inserate in den Zeitungen und in speziellen Drucksachen, die von Hand zu Hand gehen und in die entlegensten Winkel gelangen. Eine solche Drucksache wird auch das außergewöhnliche Heft des „Kupiec“ sein, das dem Handel und Gewerbe in ganz Polen, insbesondere aber der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit dem Königreich Polen gewidmet sein wird.

Wir hoffen, daß unsere Handels- und Gewerbewelt dieser außergewöhnlichen Druckschrift besondere

Aufmerksamkeit schenken und Gelegenheit nehmen wird, erfolgreiche Reklame zu machen. —

Aus Nr. 11 des Kupiec (Posen)
vom 1. Juni 1916.

Die Vereinigung polnischer Kaufleute in Warschau.

Die wichtigste kaufmännische Organisation in den polnischen Landesteilen ist unzweifelhaft die Vereinigung der polnischen Kaufleute in Warschau. Was die Zahl der Mitglieder, den Stand des Vermögens, die inneren Einrichtungen anbelangt, so steht sie auf der Höhe und dient uns als Muster dafür, wie man sich organisieren und wie man arbeiten muß.

Die Vereinigung zählt 886 Mitglieder, davon wohnen 753 in Warschau und 133 in der Provinz. Die letzteren bilden die Sosnowicer Abteilung mit 34 Mitgliedern und die Czenstochauer Abteilung mit 86 Mitgliedern. Das Vermögen betrug am 31. Dezember 1915 rund 30 000 Mark.

Die Jahres-Gewinn- und Verlustrechnung weist die ansehnliche Summe von 45 000 Mark auf.

Eine genaue Übersicht über die Tätigkeit der Vereinigung gewinnen wir, wenn wir den Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1915 durchsehen. Die Vereinigung besteht aus 16 kaufmännischen Zweigen, nämlich:

1. Die Abteilung der Detaillisten,
2. Die Abteilung der Kaufleute für Wäsche und Konfektionsbranche,
3. Die Abteilung der Fabrikanten und Kaufleute für Möbel aus Metall und Holz und ähnlichen Artikeln,
4. Die Abteilung der Kaufleute für Galanteriewaren.
5. Die Abteilung der Kaufleute für Kolonialwaren und die Sektion der Drogisten.
6. Der Ausschuß für Kurse für Warenkunde für Drogisten.
7. Die Station für Warenkunde.
8. Die Abteilung für Papierhändler.
9. Die Abteilung für Spediteure.
10. Die Sektion für Keramik.
11. Die Abteilung der Antwerpener.
12. Die Abteilung der Sanft Gallener,
12. Die Abteilung der Leipziger.
14. Die Abteilung der Zöglinge der Zieliński'schen Handelskurse.
15. Die Abteilung für Großhandel.
16. Die Sektion für Handelsagenturen.

Es ist selbstverständlich, daß jeder der obigen Zweige sein besonderes Statut und seinen eigenen Vorstand besitzt; über allen steht der aus 50 Mitgliedern zusammengesetzte Rat.

Trotz der unerhörten wirtschaftlichen Spannung ist das Leben der Vereinigung nicht schwächer geworden, ihre Tätigkeit auf sozialem und humanitärem Gebiete hat sich sogar erweitert.

Es mag daran erinnert sein, daß die „Vereinigung der polnischen Kaufleute“ im Oktober 1914 eine billige Küche für die Intelligenz gegründet hat, die den Zweck verfolgt, verarmten Kaufleuten, Handelsangestellten und der Berufszintelligenz durch unentgeltliche Abgabe von Mahlzeiten oder durch den Verkauf solcher für einen geringen Preis zu Hilfe zu kommen. Im Jahre 1915 sind insgesamt 160 568 Mahlzeiten verabfolgt worden.

Dieses lobenswerte und in der Tat erhabene Werk straft den Vorwurf Lügen, daß der Kaufmann Egoist sei, nach dem Gewinn trachte und die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht sehe.

Die einzelnen Sektionen und Abteilungen waren bemüht, neue Einkaufsquellen für Waren ausfindig

zu machen, sie wirkten gegen die Spekulation, übten Einfluß aus auf die Regulierung der Preise, befaßten sich mit der Erläuterung der Requisitionsvorschriften, erledigten Anträge in Steuer- und Rechtsfachen und unterhielten schließlich Berufsschulen.

Der obige Nachweis der Arbeiten wird ein Fingerzeig für unsere kaufmännischen Vereine und die Antwort auf die Frage sein, womit sich unsere Vereine in der Kriegszeit in den kaufmännischen Versammlungen befassen sollen.

Außerhalb des Rahmens der heimischen Arbeit entfaltete die Vereinigung eine ausgedehnte allgemeine Handelstätigkeit; sie bemühte sich insbesondere mit solchen Ländern in nähere Beziehungen zu treten, die entsprechende Einkaufsquellen für Waren haben, oder die ein Absatzgebiet sind für die heimischen Erzeugnisse.

Im ersten Halbjahre unterhielt die Vereinigung rege Handelsbeziehungen mit Amerika, England, Frankreich, Japan und der Schweiz, im zweiten Halbjahre solche mit Österreich-Ungarn und Deutschland.

Diese Bemühungen waren nicht ohne Ergebnis. Die ausländischen Fabriken und Großhandlungen offerierten folgende Waren: Fensterbehänge, Galanteriewaren, Papier, Parfümartikel, Glas und Porzellan, Tapeten, Waffen, Heizkörper, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Industrie- und Hausgeräte, Fahrräder, Automobile, Seide, Leder, Wolle, Samereien, Ole, Kolonialwaren, Anilinfarben, Lacke usw.

Es wurde ferner der Bedarf an folgenden Waren angemeldet: Erbsen, Bohnen, Kartoffelmehl, Rübensamen, Porsten, Speisefette usw.

Nach der deutschen Invasion findet der Austausch der einzelnen Waren durch Vermittelung der deutschen Handelskammern und deren Vertretung in Warschau statt.

Die Beteiligung der „Vereinigung polnischer Kaufleute“ war bei der Anknüpfung von Handelsbeziehungen zwischen dem Königreich Polen und dem Auslande sehr umfangreich. Zu diesem Zwecke wurde in dem Sekretariate der Vereinigung ein besonderes Informations-Büro für Einkaufsquellen und Absatzgebiete eingerichtet, ferner ein Auskunftsbüro für die Kreditfähigkeit solcher Firmen, die an den Handels-Transaktionen durch Vermittelung der Vereinigung „polnischer Kaufleute“ teilnehmen wollen.

Wir machen die Kaufleute und Organisationen im Großherzogtum auf die Tätigkeit der Vereinigung polnischer Kaufleute in der Richtung des Austausch-Handels, des Einkaufs- und Verkaufs von Waren aufmerksam. Wir raten, auf unmittelbarem Wege in nähere Beziehungen zu dem Informationsbüro zu treten, um gemeinsam mit ihm zu arbeiten und durch seine Vermittelung unseren Kaufleuten und Gewerbetreibenden die Anknüpfung von Handelsbeziehungen zu erleichtern.

Handel und Gewerbe des Königreich Polen vorher, jetzt und später.

III.

Bierbrauereien.

Nach der Statistik bestanden vor dem Kriege im Königreich Polen 196 Brauereien, die über 3000 Arbeiter beschäftigten und jährlich 1 440 000 Hektoliter Bier produzierten. Der Wert dieser Produktion wird auf 30 000 000 Mark geschätzt.

$\frac{1}{10}$ dieser Produktion stellte die beste Sorte des Bieres dar, welches die Güte unseres Aulmbacher, Münchener und Würzburger Bieres übertrifft.

Das Brauereigewerbe erfreute sich im Königreich großer Freiheiten, trotzdem entwickelte es sich nur

schwach, hauptsächlich deshalb, weil der Genuß des Bieres in unserer Volksgesamtheit nur geringe Fortschritte macht, leider geringere als der des Schnapfes. Wir hoffen, daß nach dem Kriege in dieser Beziehung eine Änderung zum Besseren eintreten wird. Die strengen Vorschriften der Behörde, die den Genuß des Schnapfes einschränken, werden dem Biere neue Liebhaber zuführen.

Pappfabriken.

Die erste polnische Pappfabrik wurde im Jahre 1911 in Dole im Gouvernement Radomsk gegründet. Vorher gab es im Königreich keine polnische Pappfabrik. Pappen wurden vorwiegend aus dem Auslande bezogen. Die Fabrik beschäftigte in der Zeit vor dem Kriege 60 Arbeiter; ihre Jahresproduktion betrug einige zehntausend Pud Pappe (ein Pud = 16 Kilogramm). Ob und unter welchen Verhältnissen die Fabrik heute im Gange ist, konnten wir nicht feststellen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß dieses Unternehmen ein wichtiger Gewerbeplatz ist und gute Aussichten für die Zukunft hat.

Porzellanfabrikation.

Die einzige polnische Porzellanfabrik befindet sich in Emielow. Sie fertigte Tischgeschirr, Garnituren für Tee und Kaffee, Waschküßeln usw. Über ihr Schicksal ist uns Näheres nicht bekannt.

Bürstenfabrikation.

Es ist bekannt, daß die Herstellung von Bürstenwaren in Polen wenig betrieben wurde. Erst im Jahre 1843 wurde in Warschau eine Innung der Bürstenmacher für das ganze Königreich Polen gegründet. Dieser Innung gehörten 16 Meister an, 12 von ihnen wohnten in Warschau und 6 in der Provinz. Die Bürstenmacherei weist bis jetzt nur kleinere Vertreter auf, obgleich dieses Gewerbe eine große Zukunft hat. Nach dem Kriege muß man unbedingt an die Gründung einer Bürstenfabrik denken.

Das chemische Gewerbe.

Das chemische Gewerbe befindet sich in Polen auch heute noch im ersten Stadium seiner Entwicklung. Wir müssen für seinen Fortschritt sorgen, um in naher Zukunft die vorhandene Lücke auszumachen. Polen, als vorwiegend landwirtschaftliches Land, braucht zunächst Produkte aus dem chemischen Gewerbe für die Landwirtschaft, also künstliche Düngemittel.

Die erste Fabrik von Superphosphaten entstand in Strzemieszycze, die im Jahre 1902 = 70 000 M. Einnahmen hatte. An zweiter Stelle stand die Aktiengesellschaft für künstliche Düngemittel in Kielce, an dritter Stelle die in Taganorog gegründete Fabrik zur Bearbeitung von Thomaschlacke.

Farbstofffabriken entstanden in Polen vor mehreren Jahren und zwar in Pabjanice und Pruszkowo. Außerdem sind uns 2 Fabriken für pharmazeutische und kosmetische Artikel bekannt.

Wir brauchen nicht hervorzuheben, daß das chemische Gewerbe eine große Zukunft hat und daß es deshalb unsere Aufmerksamkeit auf sich lenken sollte.

Aus Nr. 11 des Kupiec (Posen)
vom 1. Juni 1916.

Organisierung der Kleinkaufleute in Lodz.

Im Rahmen der Vereinigung polnischer Händler besteht seit Mai 1915 eine Organisation von Eigentümern der kleinen Kolonialwarengeschäfte unter der Bezeichnung „Sektion des Kleinhandels“.

In der letzten allgemeinen Sitzung der Händler erstattete der Vorsitzende der Sektion Bericht über deren Tätigkeit. Bei der Gründung gehörten der

Sektion 34 Mitglieder an. Es wurden a) ein Büro für Warenbestellung errichtet und b) Versammlungen veranstaltet zum Zwecke des allgemeinen Einkaufs. Infolge des Krieges fehlt es an Zufuhr von Kolonialwaren, und so ist denn auch ein allgemeiner Stillstand im Kleinhandel zu verzeichnen, so daß sich diese Unternehmungen nicht gut entwickelt konnten. Trotzdem kauften mehrere Mitglieder gemeinsam manche Waren ein und erlangten sie für niedrigere Preise. Im November wurde ein Vortrag über die Geschichte des Handels gehalten.

Gegenwärtig beträgt die Zahl der Mitglieder 84. In dem Berichte wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Sektion die Gewißheit haben könne, daß sie, obgleich sie klein sei, nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse im Handel alle polnischen Eigentümer kleiner Geschäfte in sich vereinigen und sich so zu einer starken Korporation entwickeln werde.

Aus Nr. 152 der Godzina Polski (Lodz)
vom 1. Juli 1916.

Eine Deklaration der Litauer.

Die in Wilna erscheinende weißrussische Zeitung „Goman“ brachte in ihrer Nummer 30 vom 26. d. Mts. einen Artikel, der in wörtlicher Übersetzung wie folgt lautet:

„Wir erhielten mit der Bitte um Veröffentlichung das nachstehende Schreiben:

Beschluß der Vertreter der Litauer, versammelt in Haag vom 20. bis 25. April!

Die in Haag vom 20. bis 25. April versammelten Vertreter der Litauer beschäftigten sich unter anderem mit der Erklärung des deutschen Reichskanzlers, daß Litauen nicht wieder unter die Herrschaft des reaktionären Rußland kommen werde. Indem wir diese Erklärung des Reichskanzlers in Erwägung ziehen, erachten wir es für unsere heilige Pflicht, im Namen unseres Vaterlandes der ganzen zivilisierten Welt, die da anfängt, den Nationalitäten-Grundsatz anzuerkennen, bekannt zu geben, daß das litauische Volk nicht länger mehr die russische Knechtschaft ertragen kann, weil:

1. Rußland Litauen vom Jahre 1796 ab über 120 Jahre lang bedrückt, sogar seinen Namen aufgehoben und unserem Lande die Bezeichnung „Nordwestliches Land“ gegeben hat,

2. der nationale Vorstand Litauens und seine Gesetzgebung (das berühmte litauische Statut) durch das russische Gesetz und die russische Regierung ersetzt worden sind, die dem litauischen Volke stets fremd waren und bleiben werden,

3. die Wilnaer Universität (im Jahre 1832) geschlossen und auch andere Schulen geschlossen oder als Werkzeug für die Russifizierung gebraucht wurden, weil man in ihnen streng verboten hatte, die litauische Sprache, Literatur und Geschichte zu lehren,

4. die russische Regierung mit Gewalt versucht hat, dem litauischen Volke die griechische Religion aufzudrängen, dem Volke, das katholisch ist und katholisch zu bleiben wünscht, und weil zahlreiche Kirchen durch militärische Gewalt geschlossen wurden — selbst durch Blutvergießen (Kroze im Jahre 1894) oder in griechische Gotteshäuser umgewandelt, mehrere Tausend Uniten dem Katholizismus entzogen und mit blutiger Gewalt genötigt worden sind, zum griechischen Glauben überzugehen,

5. man Litauen den Händen wilder Satrapen (wie Murawiew — der Henker) überliefert hat, die das Volk gequält und die kulturelle Entwicklung des Landes auf 100 Jahre hinaus gehemmt haben,

6. das völlige Verbot des Druckens litauischer Bücher und Zeitungen, das 40 Jahre lang anhielt (von 1864—1904), dem litauischen Volke den schwersten Schlag zugefügt hat, — trotz eines solchen wilden Verfahrens steht das litauische Volk in geistiger Beziehung viel höher als die Russen (in Litauen gibt es 52,1 % des Lesens kundige Personen, in Rußland nur 29,38%), —

7. die russische Regierung, welche die kulturellen Institutionen des Landes vernichtet hat, beschlossen hat, daß Land zu nehmen, das im Laufe von Jahrhunderten durch den Schweiß und das Blut des litauischen Volkes getränkt wurde und zu diesem Zwecke systematisch russische Kolonisten nach Litauen gesandt hat.

8. Von der Zeit des Ausbruchs des Krieges ab hat Litauen gewissenhaft seine Pflichten Rußland gegenüber erfüllt, es gab unter die russischen Fahnen hunderttausende seiner Söhne, die gekämpft und gelitten haben und auch jetzt noch in den Reihen der russischen Armee kämpfen. Trotzdem hat die russische Regierung ihre Pflichten verabsäumt und es unterlassen, den litauischen nationalen Forderungen Zugeständnisse zu machen.

9. Die durch alle Opfer des litauischen Volkes während des Krieges nicht befriedigte russische Regierung gab ihrer Armee den Befehl, beim Rückzuge in Litauen alles zu vernichten. Bei dieser Gelegenheit wurden Tausende von Litauern mit Gewalt nach Sibirien geschickt.

Aus Nr. 279 des Głos Narodu (Krakau)
vom 2. Juni 1916.

Ein litauischer Tag der polnischen Jugend in Krakau.

Die polnische Jugend in Krakau beschloß, in den Krakauer Schulen einen litauischen Tag zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wurde die nachstehende Resolution herausgegeben:

„In den polnischen Landen wütet ein furchtbarer Krieg, der das Leben und die Habe der Einwohner verschlingt. Hunger und Krankheiten vernichten die Bevölkerung, die zum größten Teile ihrer Heimstätten beraubt ist. Bedenken wir, daß die, die da leiden, unsere Brüder sind. Ihr trauriges Schicksal sollte vor allen Dingen zu unserem Herzen sprechen. Beeilen wir uns alle, die wir dazu imstande sind, Hilfe zu bringen. In schlimmster Lage befindet sich Litauen, Jedes, auch das kleinste Opfer wird, wenn es schnell gebracht wird, von großer Bedeutung sein. Folgen wir also der Aufforderung des uns allen so teuren Heinrich Sienkiewicz. Bringen wir, dem Beispiele Großpolens folgend, wenn auch die aller kleinste Geldspende für Litauen dar. Jeder von uns wird ein Scherflein übrig haben, daß er ohne Nachteil für sich den Brüdern in Litauen bringen kann. Möge jeder Pole, möge jede Polin am 3. Juni 1916 dem Vaterlande ein Opfer darbringen. Es wird das eine bürgerliche Tat der polnischen Jugend in Krakau sein!“

Wir sind der Ansicht, daß die polnische Gesamtheit die guten Absichten der Jugend mit Anerkennung begrüßen wird, der Jugend, welche mit ganzer Seele die schweren Verhältnisse unserer Brüder in Litauen empfindet, und daß alle Schulen die Anstrengungen der Jugend unterstützen werden, das umsomehr, als den Vertretern der Jugend der Professor der Jagellonischen Universität, Ignac Charzynski, unter Beteiligung von Professoren der Mittelschulen seine Unterstützung zugesagt hat.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 272 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 29. Mai 1916.

Das Unterkomitee der Neun.

Demnächst soll sich das Unterkomitee des politischen Ausschusses des polnischen Klubs versammeln und die Beschlüsse, welche in der letzten in Krakau abgehaltenen Versammlung gefaßt worden sind, ausführen. Da dieses Unterkomitee als Organ des politischen Ausschusses des Klubs die ganze politische Tätigkeit des Klubs und des Obersten Nationalkomitees konzentrieren wird, stellt sich seine Zusammenfassung als wichtiger Moment dar.

Das Unterkomitee setzt sich zusammen aus dem Obmann Dr. Bilinski und aus den Mitgliedern: Abrahamowicz (Konf.), Daszynski (Soz.), German (poln. Dem.), Glabinski (ntldem.), Goluchowski (Herrenhaus), Redzior (poln. Volksp.), Jaworski, Leo (Wirtlisten).

Das Unterkomitee der Neun ist der ausgeprägteste Ausdruck der politischen Funktion des österreichischen Teilgebiet.

Aus Nr. 282 des Czas (Krakau)
vom 5. Juni 1916.

Eine Denkschrift in der polnischen Frage.

Wien, den 4. Juni 1916.

Sonnabend, den 3. d. Mts., fand um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Obmanns des polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees Dr. Bilinski eine zweistündige Sitzung des Unterkomitees des politischen Ausschusses des Klubs statt. Anwesend waren die Abgeordneten: Daszynski, Glabinski, Graf Goluchowski, Jaworski und Leo. Ihre Abwesenheit haben entschuldigt die Abgeordneten Abrahamowicz, German und Redzior. Gegenstand der Beratungen war eine von dem Obmann Bilinski verfaßte Denkschrift über das Thema der durch den Verlauf des Krieges hervorgerufenen polnischen Angelegenheiten. Es ist dies ein umfangreiches und ausführliches geschichtliches Bild der Verhältnisse, in welche Galizien und die besetzten Lande des Königreichs Polen geraten sind, unter Berücksichtigung des politischen Einflusses dieser Verhältnisse. Die auf dem Boden der Denkschrift durchgeführte Erörterung führte zu einmütigen Ergebnissen. Die Denkschrift wird dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und dem Präsidium des Ministerrats überreicht werden.

Aus Nr. 508 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien)
vom 29. Mai 1916.

Mit oder ohne uns.

Wien, den 29. Mai 1916.

Es gibt Dinge, an die man tagtäglich erinnern mußte.

Die politische Passivität der Mehrheit unserer Volksgesamtheit, welche durch den bisherigen Mangel an einer politischen Arbeitsstätte im Lande unter dem russischen Regime begründet wird, das Mißtrauen gegen die Möglichkeit einer tätigen Einwirkung auf die Gestaltung des zukünftigen Geschicks Polen — das ist die größte Gefahr der gegenwärtigen entscheidenden Zeit.

Es ist klar! Je ruhiger und passiver sich die polnische Volksgesamtheit verhält, je mehr sie zu der Rolle eines Objekts herabsinkt, über welches man nach Belieben verfügen kann, anstatt das Subjekt zu sein, welches sich seiner Rechte und Aspirationen bewußt ist und den festen Willen besitzt, seine Aspirationen zu stützen, desto bequemer wird dieser unser Standpunkt für die äußeren Faktoren sein.

Bei den westlichen Völkern ist der Kollektivwille, „communis opinio“, ein mächtiger und wohl der hauptsächlichste Faktor sogar in den Angelegenheiten, welche von den diplomatischen Kabinetten insgeheim erledigt werden. In den Rechtsstaaten ist die öffentliche Meinung, welche den Kollektivwillen der Volksgesamtheit ausdrückt, geachtet, ist das Hauptkriterium für die am Ruder der Regierung Stehenden. Andere Faktoren der Stärke, wie das Heer, der Staatsschatz usw. müssen sich dem Kollektivwillen der Nation anpassen.

Die Überzeugung, daß unser Wille keinen Einfluß auf die Zukunft Polens habe, ist grundfalsch und sollte tatkräftig bekämpft werden. Es ist geradezu unglaublich, daß ein 25 Millionen-Volk, welches 1000jährige ruhmvolle staatliche Traditionen besitzt, welches auf Schritt und Tritt Beweise staatschöpferischer Fähigkeiten liefert, daß ein Volk und nicht eine lose zusammengepackte ethnische Masse keinen Einfluß auf seine Zukunft hätte. Diese fatalistische Verzichtleistung auf den eigenen Willen, welche von gewissen Elementen verbreitet wird, ist von unserem nationalen Standpunkt verderblich und schädlich.

Wenn man schon heute mit der Stimme halbwilder, fast halb im Urzustand lebender albanischer Volksstämme rechnet, wie sollte man da nicht mit dem Willen eines mächtigen Volkes mit einer hohen europäischen Kultur, dem Mitschöpfer dieser Kultur und ihrer Vormauer, rechnen. Nur unter dem Einfluß des russischen Regimes, welches mit Hilfe der brutalen materiellen Kraft alle Kundgebungen der neuzeitigen politischen Bewegung unterdrückte, den Kollektivwillen zunichte machte, konnte ein Mißtrauen in die Möglichkeit und in den Erfolg einer politischen Aktion der Volksgesamtheit entstehen, dagegen aber der Glaube an die Macht der materiellen Elemente schwinden.

Bei der Lösung der polnischen Frage wird der Wille der polnischen Nation berücksichtigt werden, und darum verfolgt die europäische Presse schon heute aufmerksam die polnische Stimme und lauscht ihr. Davon, in welchem Maße und mit welcher Kraft sich der Kollektivwille der Polen zu organisieren und zu offenbaren imstande sein wird, welche Kraft er vertreten wird, hängt sein Einfluß auf unser Schicksal ab. Braucht man zu beweisen, daß diese unsere Kraft möglichst groß und einheitlich sein sollte?

Aus Nr. 270 des Kurjer Lwowski (Lemberg)
vom 28. Mai 1916.

Die Polen und der mitteleuropäische Wirtschaftsbund.

Unter dieser Überschrift gibt der Lemberger Kurjer Lwowski einen in Lemberg gehaltenen Vortrag des früheren österreichischen Eisenbahnministers Prof. Glabinski inhaltsweise wieder. Dieser Inhaltsangabe sei folgender Schlußteil der Rede entnommen:

Der mitteleuropäische Bund kann sich absolut nicht allein genügen; man kann zwar den Getreideanbau und die Viehzucht in diesen Ländern heben, man kann den Wohlstand und den Verbrauch heben, aber gleichzeitig wird jedes Land nach einer Industrialisierung streben, für sich Rohstoffe und Absatzgebiete im Auslande suchen. Wenn sich aber die Mittelstaaten Europas nicht selbst genügen, so folgt daraus der klare und einfache Schluß: Es muß an eine solche Gestaltung des Bundes gedacht werden, daß sie einer erneuerten Anbahnung der Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt und mit dem heute feindlichen Lager nicht hinderlich wäre. Die heutigen Gegenstände dürfen nicht vertieft werden, es darf dem Bunde kein kriegerischer Charakter verliehen werden, sondern es muß im Gegenteil in friedlichen Tendenzen danach gestrebt werden, sich

allen Völkern zu nähern und die friedlichen Verhältnisse in der Welt zu vertiefen.

Wenn die Vertreter der Interessen der Mittelmächte nach reiflicher Überlegung zu einem solchen Schluß kommen müssen, so können die Polen schon nur ganz auf einem solchen und nicht auf einem anderen Standpunkt stehen. Polen erzeugte schon vor dem Kriege, vor der Verwüstung seiner Produktion, vor der Vernichtung seiner Viehzucht und seiner Jahrhunderte alten Kulturdenkmäler kein Getreide und keine Rohstoffe zur Ausfuhr, es machte äußerst rasch den Prozeß der Industrialisierung des Landes durch. Zwar wird ein freies Polen zweifellos planmäßig daran gehen, wirklich europäische Verhältnisse der wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen, und es wird sich einer systematischen Arbeit an der Melioration und Kommajisation der Grundstücke unterziehen, es wird die beschwerlichen Servitute beseitigen, den Fluß-, Kanal-, Wege- und Eisenbahnverkehr verbessern und erweitern, es wird die Viehzucht und die Schwarzbviehzucht heben. Alles das wird die Landesproduktion in hohem Maße vermehren. Aber gleichzeitig wird Polen — Gott gebe es — aufhören, Menschen auszuführen, wird die massenhafte Auswanderung nachlassen, es werden im Gegenteil die früheren Auswanderer aus den überseeischen und europäischen Ländern in das alte Vaterland zurückkehren: Also wird Polen an Bevölkerung und an zur industriellen Arbeit fähigen Händen zunehmen, es wird aber nicht anderen Ländern ständig und massenhaft seine Rohstoffe liefern können. Die polnische Landwirtschaft, die Viehzucht, die Forstwirtschaft werden ohne Zweifel aus der Verührung mit der hochstehenden bösemer Landwirtschaft und aus der Möglichkeit des Absatzes ihrer Produkte auf den deutschen Märkten ohne die bisherigen Hindernisse und Schikanen Vorteile ziehen. Auch für die Petroleumindustrie und für manche Zweige der landwirtschaftlichen Industrie in Polen würden sich neue glänzende Verhältnisse der Entwicklung erschließen. Andererseits wird die heut mächtige Textilindustrie, die Baumwoll- und Wollindustrie, nicht minder die Metallindustrie und die Kleinindustrie wirksameren Schutz erfordern, sowohl infolge der Konkurrenz der stärkeren deutschen Industrie, als auch infolge des Verlusts der bisherigen Absatzmärkte im Osten. (Folgen fünf von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen).

Polen war lange Jahrhunderte hindurch die Vor-mauer des Christentums und der europäischen Gesittung, und es ist bereit und wird stets bereit sein, die höchsten Güter der Menschheit in Schutz zu nehmen. Aber gerade bei der Verteidigung dieser Güter hat Polen im Laufe der Jahrhunderte sich eine den Polen eigene Idee und Kultur geschaffen, die polnische Kultur, die Idee des Friedens, der Freiheit und des Zusammenschlusses der Menschen. Ich gestehe, daß ich diejenigen nicht ganz verstehe, die da heute allgemein predigen, daß Polen zur „westeuropäischen“ Kultur gehöre, als ob die Polen nicht ihre eigene christliche Kultur erzeugt hätten. Gerade diese unsere polnische Kultur gestattet uns nicht, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß nach diesem furchtbaren Kriege, in welchem wir im Interesse des Weltfriedens, im Namen der Gerechtigkeit und Gesittung ein freies Vaterland wiedererlangen sollen, eine neue Zeit eines bewaffneten Friedens, eine endlose Kette kriegerischer, wirtschaftlicher Organisationen folgen sollte. (Folgen fünf von der österreichischen Zensur gestrichene Druckzeilen). Polen sollte im Verbande mit den Staaten, welche ihm das Recht auf eine selbstständige staatliche Existenz und auf eine selbstständige wirtschaftliche Arbeit einräumen und dieses Recht achten werden, in den wirtschaftlichen Beziehungen die alte geschichtliche Sendung aufnehmen, die darin besteht, daß sie sich in der Jagellonischen Idee, in seiner

friedlichen und zivilisatorischen Sendung verkörpert hat. Ahmen wir die siegreichen Völker in allem dem nach, was in ihnen eine unverwundliche Kraft erzeugt hat; in der Disziplin und Solidarität, in der organisatorischen Unternehmungslust, in der Arbeitsamkeit und Ausdauer, aber bewahren und achten wir in uns das, was die Zierde und der Stolz des polnischen Geistes war und ist: Bewahren wir in uns die reine Vaterlandsliebe ohne Haß gegen andere Völker und ohne die verborgene Absicht, sie gegen ihren Willen glücklich zu machen. So werden wir nicht nur unserem eigenen Vaterlande, sondern auch der Idee der Freiheit der Völker und der christlichen Gesittung, zugleich aber auch der Idee eines dauernden Weltfriedens den besten Dienst erweisen.

Aus Nr. 148 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 29. Mai 1916.

Ein Buch aus dem Jahre 1882. Ist ein Kompromiß mit Rußland möglich?

Im Jahre 1882 ist in Lemberg aus der Feder Anton Wrotnowski's ein Buch erschienen, welches die Aufmerksamkeit der ersten Kritik sofort erregt hat und noch heute nach dreißig Jahren die Aufmerksamkeit unserer Politiker verdient. Sein Titel lautet: „Die politischen Aspirationen des polnischen Volks in der Zeit nach den Teilungen“ (Porozbiorowe aspiracye polityczne narodu polskiego.). Der Autor wollte, daß dies ein „geschichtliches Handbuch für die die russischen Schulen verlassende polnische Jugend“ wäre. Sich auf mühsam gesammelte Tatsachen stützend, zieht Wrotnowski aus ihnen Schlüsse für die Zukunft. In diesem gefährlichen Spiel hat er sich wiederholt geirrt, aber bisweilen sah er die Ereignisse treffend voraus. Zwei Dinge fallen uns heute beim Lesen dieses Buches besonders auf: Die Gewißheit, daß ein Krieg zwischen Deutschland, Österreich und Rußland eintreten und die Verhältnisse ändern werde, unter welchen wir seit dem Jahre 1815 leben, und die Besorgnis, daß die öffentliche Meinung unserer intelligenten Kreise in diesem Moment nicht harmonisieren und nicht konsolidiert sein werde. Die Hauptidee Wrotnowski's ist die Änderung der polnischen Aspirationen nach der Frankreich von Deutschland im Jahre 1870 zugefügten Niederlage. Als das polnische Zentrum in Paris, welches das Maximum unserer Aspirationen schürte, erlosch, betrat der polnisch-politische Gedanke den Weg des Kompromisses. Dies geschah unter dem Einfluß geschichtlicher Notwendigkeiten, welche für Wrotnowski ein großer politischer Faktor sind. Wie weit reicht aber diese polnische auf Kompromisse gerichtete Stimmung? Und läßt sich namentlich ein Kompromiß der Polen mit Rußland durchführen? Wrotnowski hat eine große Menge von Daten gesammelt, um zu zeigen, daß dieses Kompromiß sozusagen außerhalb der Kategorie der geschichtlichen Notwendigkeiten stehe.

Nach dieser Richtung wurden verschiedene Versuche im Laufe des Jahrhunderts unternommen, die wichtigsten von ihnen aber sind die polnische Politik Alexander I. und die Reformen Wielopolski's. Da Wrotnowski sein Werk im Jahre 1882 schloß, ist in ihm über die weiteren Versuche der Versöhnungsparteier im Jahre 1897 und der Realisten im Jahre 1905 nichts enthalten. Was jedoch interessant und wenig bekannt ist, erwähnt der Verfasser, nämlich den Versuch eines Kompromisses, welcher auf Anregung Nikolaus I. gemacht wurde. Dies ist eine kurze Episode unserer Geschichte in der Zeit nach den Teilungen, aber sie ist auch dadurch bezeichnend, daß sich der Wall der geschichtlichen Notwendigkeiten, welche Polen von Ruß-

land scheiden, auch hier dem Auge des Geschichtsschreibers enthüllt.

Es war ganz kurz vor dem Ende des Krieges 1831, einige Tage vor der Einnahme Warschaus. General Krusowiecki, der Kriegsgouverneur der Hauptstadt, stimmte im Kriegsrat am 19. August für eine Hauptschlacht.

Nicht weil ich in ihr die Hoffnung auf einen günstigen Erfolg hatte, sondern weil ich sie für den edelsten Todeskampf unserer Sache halte.

In dieser Zeit erhielt Krusowiecki eine unerwartete Nachricht: Bei der Vorhut traf ein Brief ein, in welchem General Dannenberg im Auftrage Paszkiewicz die Festsetzung eines Tages und Ortes zum Zwecke einer mündlichen Mitteilung verlangte. Der Brief wurde im Ministerrat am 3. September geöffnet und General Pradzyński zur Übernahme des Auftrages bestimmt. Am 4. September äußerte Dannenberg bei Raszyn die Absicht, „in Verhandlungen einzutreten, welche die Kämpfe aufhalten und den Weg zu einer völligen Versöhnung anbahnen würden.“ Die Bedingung, welche Paszkiewicz stellte, waren ein Ausgleich, der sich auf die Erhaltung des vor dem 29. November 1830 bestehenden Zustands in Kongreßpolen stützte. Man versprach sogar, diese Lage unter der einzigen Bedingung zu verbessern, daß Polen auch weiterhin unter einem Zepher mit Rußland bliebe und bei den Unterhandlungen von Litauen und Ruthenien nicht die Rede wäre.

Was wirkte auf diese versöhnliche Neigung der russischen Regierung in einem Zeitpunkt ein, als sie schon des gewonnenen Krieges sicher sein konnte?

Es war die Besorgnis, welche Nikolaus I. hatte, die fremden Großmächte könnten sich in diese Angelegenheit einmischen. Er stand auf dem Standpunkt, daß der Krieg von 1830/31 ein einfacher Konflikt zwischen dem Monarchen und seinen Untertanen sei, und er wollte in keinem Falle eine auch nur diplomatische Intervention zulassen. Er wollte daher eiligst eine jede solche Aktion dadurch vereiteln, daß er ihr vollzogene Tatsachen entgegensetzte. Er fürchtete namentlich, daß hinter dem Wiener Kabinett, welches zur Intervention am geneigtesten war, auch noch andere ständen.

Doch mußten vollzogene Tatsachen auf einem anderen Wege geschaffen werden. Die Polen nahmen den Ausgleich nicht an. Der Ministerrat, zu welchem der Präsident des Senats und der Präsident des Abgeordnetenhauses eingeladen wurde, lehnte alle Unterhandlungen ab, welche zu dem Manifest des Landtages vom 20. Dezember 1830 im Gegensatz stehen würden, und dies bedeutete, daß „die Regierung mit der Vertretung der Nation kein Kompromiß mit Rußland wolle, wenn man vernünftigerweise nicht verlangen konnte, daß dieses einer besonderen staatlichen Existenz zustimme.“ Wrotnowski kannte nicht den Text dieser Antwort. Aber er läßt sich leicht erraten aus dem in ausländischen Blättern veröffentlichten Bericht Paszkiewicz über die Einnahme Warschaus, in welchem er schreibt: „Krusowiecki übersandte mir ein Schreiben, in welchem er sich gegen das Blutvergießen erklärte und äußerte, daß die Polen die Waffen für eine nationale Unabhängigkeit in den Grenzen erhoben hätten, welche sie früher von Rußland getrennt hätten.“

Aus den Briefen Krusowieckis, welche er in dieser Zeit an seine Gattin gerichtet hatte, ersieht man, daß er für eine Vereinbarung gewesen sei, welche den „status quo ante bellum“ retten würde; er hegte sogar die Hoffnung, außer einer allgemeinen Amnestie für Kongreßpolen auch die Bialostoker Lande zu gewinnen. Was konnten wir in unserer verzweifeltsten Lage, ohne Geld, ohne Lebensmittelmagazine, ohne Uniformen, an der Reize der Munition, mit einem durch so viele Monate währenden Mißerfolg abgespenst gemachten

Soldaten machen.“ Die Bewohner von Kalisch und der patriotische Verein hatten einen größeren Einfluß auf die Gemüter.

Wie verhielt sich zu dieser Angelegenheit Adam Fürst Czartoryski, der frühere Freund Alexander I., der Schöpfer der Idee „Polen durch Rußland und Rußland durch Polen glücklich zu machen?“ Er war nicht mehr Präsident der Regierung, sondern ein einfacher Freiwilliger im Heere. Krusowiecki holte jedoch seine Meinung ein. Diese Meinung fiel nicht nach dem Sinne Krusowieckis aus. Czartoryski antwortete, daß „wenn Kaiser Nikolaus noch polnischer König sein sollte, in einem solchen Falle die völlige Unabhängigkeit Polens von Rußland erwirkt werden müsse und eine Vereinigung des ersten mit dem zweiten nicht zugelassen werden dürfe.“

Der Sturm Warschaus hatte das von Nikolaus I. so ersehnte „fait accompli“ geschaffen, welches die im Entstehen begriffene internationale Aktion in der polnischen Frage unterbrach und diesem Versuch eines mit den Aspirationen des polnischen Volks im Widerspruch stehenden Kompromisses ein Ende machte. Alle anderen Versuche sind übrigens ebenso wenig geglückt, wie dieser.

Aus Nr. 15 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 4. Juni 1916.

Die russischen Literaten und Publizisten für die Aufhebung der Kriegszensur.

Berlin.

Einige interessante Einzelheiten, welche die im gegenwärtigen Augenblicke unter den russischen Literaten und Publizisten herrschenden Stimmungen grell beleuchten, veröffentlichen die Petersburger „Wizewoja Wiedomosti“ in einem Leitartikel. Es ist davon die Rede, daß die Kriegszensur die Hauptschuld daran trage, daß das russische Volk nicht die geringste Information über den gegenwärtigen tatsächlichen Stand der Ereignisse auf den einzelnen Kriegsschauplätzen besitze. Wenn die Bevölkerung gut informiert wäre, so würde das Publikum in Rußland ganz bestimmt eine feindliche Stellung der Kriegspartei gegenüber einnehmen und letztere zu einer grundsätzlichen Änderung der Front zwingen. Dann würde die kriegslüsterne Partei im Lande den letzten Rest des Vertrauens und den letzten Boden unter den Füßen verlieren. Gerade danach müßten jetzt alle kultivierteren Elemente in Rußland streben, indem sie die Fortsetzung des Krieges als für Rußland überaus gewagt und sogar im höchsten Grade verhängnisvoll ansähen. Die Literaten und Publizisten bereiten eine Aktion gegen den Krieg im größeren Maßstabe vor.

Aus Nr. 14 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 2. Juni 1916.

Das Verhältnis der Engländer und Franzosen zur polnischen Sache.

Das in Moskau erscheinende „Echo Polskie“ zitierte unlängst dank der Freundlichkeit des Publizisten Anton Zwan Briefe, welche es durch letzteren von drei hervorragenden französischen Persönlichkeiten erhalten hatte: von Andreas Lichtenberger, René Pion und Louis Leger. Die bezeichneten Briefe charakterisieren sich durch aufrichtige Sympathie und theoretisches Wohlwollen für die Polen, sie enthalten aber außer Gemeinplätzen nichts. — Das bedeutet ganz und gar nicht, als ob wir von Privatbriefen ausführlich und eingehend begründete diplomatische Abhandlungen verlangten. Es besteht aber eine charakteristische Tatsache, welche ebenso in diesen Briefen

Hervortritt, wie von Kriegsbeginn an hinsichtlich des ganzen Standpunktes der französischen Presse gegenüber der polnischen Sache.

Frankreich betrachtet die polnische Sache ausschließlich von dem Gesichtswinkel des französisch-russischen Bündnisses aus und verzichtet auf ein selbständiges Eintreten für die polnische Frage und auf ein selbständiges Verhältnis zu ihr. Seit Anfang des Krieges widmete die französische Presse viel Raum Erwägungen darüber, wie die Karte Europas im Falle des „Sieges“ der Koalition aussehen würde; sie brachte der Reihe nach die Frage der Unabhängigkeit aller europäischen Völker in Anregung, selbst der kleinsten, wie Dalmatiens und Slavoniens, und nur die polnische Frage behandelte sie immer mit der größten Zurückhaltung. Über Polen schrieben die größten französischen Tageszeitungen dasselbe, was auch Andreas Vichtenberger in seinem Briefe sagt, daß nämlich die Zukunft Polens mit dem schließlichen Ausgange des Krieges verknüpft sei; aber über den Gemeinplatz, daß diese Zukunft „groß, glücklich“ usw. sein werde, sind sie nicht ein einziges Mal hinausgekommen.

Deshalb haben sie auch garnicht darüber nachgedacht, wie sie sich diese „Glückseligkeit“ vorstellen. Jüngst wiederum sprach Briand in seiner Erklärung über die Genugtuung für Belgien, über die Sicherung einer gewissen Unabhängigkeit Serbiens, aber er gedachte mit keinem Worte konkret Polens. Und in ähnlicher Weise benehmen sich auch andere französische Gelehrte und Publizisten (Andre Gide, Anatol France usw.) gegen Polen.

Aus Nr. 125 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 31. Mai 1916.

Betrifft die polnische Frage.

Ausländische Blätter veröffentlichen dem „Dziennik Berlinski“ zufolge einen Aufruf hervorragender Vertreter der französischen Volksgesamtheit an das polnische Volk. Aus seinem Wortlaut geht hervor, daß sich in Frankreich eine Liga für die Wiederherstellung Polens gebildet hat, deren Aufgabe es ist, die berechtigten polnischen Forderungen zu unterstützen und die Notwendigkeit der Wiederherstellung Polens als eines unabhängigen Staates zu predigen. Ferner werden in dem Aufruf Mitgefühl und Bewunderung für die Polen, die während ihrer ganzen Geschichte unererschütterliche Treue für ihre Ideale bewahrt haben, und gegenwärtig mit heldenhaftem Mut das neue Unglück ertragen, zum Ausdruck gebracht.

Folgt der Wortlaut des Aufrufs (siehe Übersetzung aus Nr. 124 des „Dziennik Berlinski“ vom 30. Mai 1916, Gesamtüberblick Nr. 22 Seite 554.) Sodann heißt es weiter:

Soweit der Aufruf, den man zweifellos mit großem Interesse liest. Man darf aber nicht vergessen, daß er einen ausschließlich privaten Charakter hat. Die Verfasser selbst lenken nämlich die Aufmerksamkeit darauf, daß sie nichts unternehmen möchten, was der Aktion der französischen Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen hinderlich sein könnte. Und das ist das Bemerkenswerteste in dem Aufruf, der dadurch natürlich keinen bindenden Charakter hat. Man könnte ihm höchstens die Bedeutung zuschreiben, daß die französische öffentliche Meinung, die sich mit Rücksicht auf Rußland jahrelang der polnischen Frage gegenüber passiv verhielt, zu erwachen beginne. Noch während des Krieges wurden in Frankreich Stimmen laut, welche behaupteten, daß die polnische Frage eigentlich eine innere russische Angelegenheit sei. Heute, da die Kriegereignisse diese „innere russische Angelegenheit“ zu einer äußeren, d. h. zu einer internationalen, gemacht haben, scheint man auch in Frankreich die Wichtigkeit dieser Frage als eines

Problems der allgemeinen europäischen Politik zu begreifen. Es ist daher kein Wunder, daß der Aufruf unter solchen Verhältnissen noch einen allgemeinen Charakter hat. Dies folgt wahrscheinlich aus der ungenauen Kenntnis der polnischen Frage, wofür als Beweis auch der Umstand dient, daß man sich in dem Aufruf auf das Manifest des Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch beruft, das doch heute schon geschichtlich veraltet ist.

Seinerzeit wurde berichtet, daß die französische Regierung bzw. die französische Zensur es den französischen Blättern anscheinend unter dem Einfluß des russischen Botschafters in Paris Iswolski verbiete, über die polnische Frage zu schreiben. Ob diese Nachrichten auf Wahrheit beruhten, können wir nicht beurteilen. Anscheinend haben sich aber heute die Verhältnisse geändert. Ob der Einfluß des Herrn Iswolski gesunken ist, oder ob sich Herr Iswolski selbst geändert hat, das lassen wir dahingestellt sein. Es ist auch schwer vorher zu sagen, welchen Eindruck die neue Aktion in Petersburg, wo man bisher die polnische Frage ausschließlich mit Versprechungen abgetan hat, hervorrufen wird. Nicht ohne Recht sagte jemand, daß je weniger Rußland über Polen zu sagen habe, d. h. je mehr polnisches Land den Händen der Russen entgleite, sie umso freigebiger in ihren Versprechungen seien. Dies beweist auch ein Auszug aus der „Nowoje Wremja“, der lezhin durch die Petersburger Telegraphen-Agentur zur Kenntnis der öffentlichen Meinung des Auslandes gelangte. In diesem Auszug lesen wir:

„Die „Nowoje Wremja“ ist der Meinung, daß nach der siegreichen Beendigung des Krieges Polen als ein ethnographisches und politisches Ganze auf der Grundlage einer Autonomie, die die Gesetzgebung, Verwaltung, Religionsfreiheit, Aufklärung, Finanzen und die Verkehrsverhältnisse umfassen soll, wieder hergestellt werden muß. Alles das muß den Polen durch ein besonderes Gesetz garantiert werden. Ein auf diese Weise wiederhergestelltes und aus allen drei Teilkongressen zusammengesetztes Polen würde für immer mit der russischen Dynastie verbunden sein und mit Rußland, nur die Armee, die Zölle und die auswärtigen Angelegenheiten gemein haben.“

Sobiel die „Nowoje Wremja“ in ihrem Artikel über die Zukunft Polens. Wir ersehen aus ihm, daß ihre Träume nicht soweit gehen, wie die Wünsche der Franzosen. Die Wünsche der „Nowoje Wremja“ gehen nämlich nicht über den Rahmen eines autonomen und mit dem Zartum vereinigten Polen hinaus. Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Echo des französischen Aufrufs in der „Nowoje Wremja“ einen unangenehmen Eindruck hervorrufen sollte, was umso wahrscheinlicher ist, als die „Nowoje Wremia“ diejenigen russischen Kreise repräsentiert, für die das Königreich Polen eine Quelle des Wohlstandes war.

Mit dem vorstehenden Artikel im Zusammenhang steht das folgende Telegramm:

Anatole France erinnert die russischen Abgeordneten an die Frage der Selbstverwaltung für Polen. (Wat.).

Am vergangenen Sonnabend wurde zu Ehren der Abgeordneten der Duma und des Reichsrats ein Festessen von den französischen Auslandsfreunden gegeben. An diesem Festessen nahmen u. a. Deschanel, der russische Botschafter Iswolski, der serbische Abgeordnete Vesnicz, einige französische Minister und höhere Militärpersonen teil. Nach einigen Ansprachen, die die Minister und Abgeordneten hielten, ergriff das Wort im Namen der französischen Akademie auch Anatole France, indem er an die Aufgabe Rußlands anknüpfte, die Völker und namentlich die Polen, denen man eine vollständige Selbstverwaltung versprochen, bisher aber noch nicht gegeben habe, aus Joch und Bedrückung zu befreien.

Die Ausführungen Anatole Frances riefen, da sie mit einem gewissen Sarkasmus und Zynismus gesprochen wurden, unter den Anwesenden einen ziemlich unangenehmen Eindruck hervor. Um die Situation zu retten, ergriff das Wort der Abgeordnete Milukow und führte aus, daß Rußland seine Versprechung den Polen gegenüber auf jeden Fall einlösen wird. —

Aus Nr. 125 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 1. Juni 1916.

Zu dem von der französischen Liga für die Wiederherstellung Polens an die Polen erlassenen Aufruf (siehe Gej. = Überbl. Nr. 22 Seite 554) bemerkt das Blatt:

Was die Bedeutung dieses Aufrufs anbetrifft, so muß betont werden, daß er ein privates Werk ist, mit dem die französische Regierung selbstverständlich nichts gemein hat. An einer Stelle besagt sogar der Aufruf, daß die Liga im Gegenteil nichts unternehmen wolle, was die Politik der Regierung knebeln könnte. Den Standpunkt der französischen Regierung in der polnischen Frage aber charakterisiert die Abhängigkeit gegenüber Rußland. Weil die russische Regierung außer der platonischen Versprechung, Polen eine Selbstverwaltung zu geben, keine tatsächlichen Schritte in dieser Frage unternommen hat, so verhält sich auch Frankreich passiv. Eine praktische politische Bedeutung kann man somit dem französischen Aufruf trotz der darunter aufgeführten angesehenen Namen nicht beimesen.

Aus Nr. 2 der Listy Ulotno (Lausanne)
September/Oktobre 1915.

Jenseits des Ozeans.

Die beklagenswerten Folgen des Indifferentismus, mit dem die Heimat ihr Emigrantentum in den Vereinigten Staaten beschenkt hat, sind voll und ganz mit dem Augenblick des Ausbruchs des Krieges hervorgetreten. Das an seinem Vaterlande tief hängende polnische Volk lebte mächtig bei der Kunde vom Kriege und wartete — wie ausgetrockneter Boden auf belebenden Regen — auf eine Weisung, welche seine elementare Kraft nach der Richtung der Tat hin lenken würde.

Die Gestaltung der Kriegsverhältnisse war so beschaffen, daß lange Zeit hindurch aus Galizien keine Kunde einlief. Und das Drängen von allen Seiten her war mächtig. Die über den Einsall in Belgien empörte amerikanische Welt stand vom Beginn des Krieges an gegen die Deutschen und alle ihre Bundesgenossen wie eine Mauer. Dieser Geist teilte sich auch uns sehr stark mit. Die Geschichte der ersten Kriegsperiode auf dem östlichen Kriegsschauplatz war so beschaffen, daß von einem Siege der Mittelmächte nicht die Rede zu sein schien. Die „verständige und reale“ polnische Politik gebot, dem Manifest des Nikolaus Nikolajewicz die größte Bedeutung beizulegen. Kein Wunder also, daß einer unserer Musiker-Künstler bei der Durchreise durch London es für angebracht hielt, in einem in der Londoner „Times“ abgedruckten Artikel, der über die polnischen Strömungen und Aspirationen informierte, „Seine Majestät, den allerdurchlauchtigsten Herrn Nikolaus II.“ um Entschuldigung zu bitten, für die so unüberlegten und unverantwortlichen Handlungen der galizischen Polen.

Außer obigen Beweggründen, welche auf die Richtung der polnischen Presse in Amerika einwirkten, waren auch persönliche Rücksichten von Einfluß. Viele der Besitzer und Leiter dieser Blätter sind Emigranten aus dem Großherzogtum Posen, die sich lebhaft an die preußischen Erzeisse erinnern und nur aus Er-

zählungen die Paszkiewicz, Nowosilcow, Murawiew, Apuchtin, Hurko und das ganze gräßliche Golgatha des Königreichs kannten. Die Verleger, welche das Geschick mit einer glücklichen Bestellung von Stiefeln oder von anderen Artikeln für die russische Armee bedachte, wurden schon durch Rücksichten von sehr konkreter Natur geleitet. Außerdem „lächelten“ vielen Redakteuren, die aus Galizien und aus dem Posenischen ausgewandert sein sollen, weil sie zu diesem Schritte durch polizeiliche Nachstellungen gezwungen wurden, die Siege der „Feinde“ nicht. Man sagt, daß unter diesen Leuchten notorische Verbrecher sind: an einen von ihnen, der sich mit Adlerflügeln über die Ebene geringerer Vergehen hinwegsetzte, erinnern ich die Einwohner von Wien recht gut.

Ich kehre dahin zurück, wovon ich ausging. Die Heimat hat ihr amerikanisches Auswanderertum vergessen und Gestrüpp und Unkraut sich ausbreiten lassen auf der gesunden Scholle des polnischen Bauern, der wegen des Mangels an entsprechender Bildung und Aufklärung der Ausbeutung und der Führung durch moralisch entgleiste Leute zum Opfer fiel. Es fehlt an intelligenten, ehrlichen Leuten zur Leitung und Aufklärung dieser großen Massen, die infolge Mangels einer polnischen staatlichen Existenz alljährlich im rohen Zustande auf das amerikanische Land geworfen wurden, um als Dung für eine fremde Kultur zu dienen.

Die Scheußlichkeit der polnisch-amerikanischen Verhältnisse stieg soweit, daß vor einigen Jahren für das höchste Amt des polnischen Nationalbundes mit dem Zentralsitz in Chicago kandidierten: ein Bandit, der von den russischen Polizeibehörden gesucht wurde und ein Bestehler von Kirchen-Sammelbüchsen, der im Posenischen dreimal mit Gefängnis bestraft worden war. Es siegte der „preussische“ Kandidat. Und das hat auch zu einem nicht geringen Grade zur Entscheidung der politischen Orientierung des amerikanischen Polentums beigetragen. Herr Karabas war nämlich nicht lange vor dem Kriege in der Heimat, um in den Verhältnissen Umchau zu halten und später seine Wähler vor solchen Individuen, wie Wenzel Sieroszewski und anderen, zu warnen.

Als Zensor des amerikanischen polnischen Nationalbundes erhielt Herr Karabas einen Sitz im Schweizer Hilfskomitee für die Kriegsoffer, und er wurde ex officio Vorsitzender des zentralen Hilfskomitees in Chicago. Böswillige nennen dieses Komitee nach den drei ersten Buchstaben seines Namens „Kacap“ (verächtlich: russischer Kaufmann). Der Geist, der das Komitee belebt, und die Richtung des Blattes, welches es zu seiner Verfügung hat (der „Dziennik Zwionzkowy“) rechtfertigen diesen Namen voll und ganz. Auf diese Richtung des zentralen Hilfskomitees waren in bedeutendem Maße Weisungen von der Schweiz aus von Einfluß. Wenngleich die amerikanischen Polen mit ihrer Unabhängigkeit zu prahlen liebten, waren sie in diesem Falle nicht ohne sorgfältig erteilte und kräftig betonte Weisungen. Man schmeichelte ihrem Verstande und ihrem Edelmut und gab dem Wunsch Ausdruck, daß es so denkende und führende Polen, wie die Würdenträger des Chicagoer Komitees, recht viele geben möge, nicht nur in Amerika, sondern auch in der Heimat. Sie wurden angewiesen, zu dem Obersten Nationalkomitee in keine Beziehungen zu treten, da die Orientierung des Obersten Nationalkomitees deutsch-österreichisch und nicht polnisch sei, da die Politik des Obersten Nationalkomitees im Interesse gewisser Einzelpersonen betrieben werde und das Land ins Verderben bringe. Schließlich erklärten die Polen aus Beven, daß die persönliche Zusammensetzung des Obersten Nationalkomitees niemanden mit Vertrauen erfüllen könne. „Es sind das“ — so hieß es — „Fanatiker mit schwachen

Köpfen, Streber und verjudete Sozialisten, deren Hervortreten politischer Wahnwitz war“.

Kein Wunder, daß man angesichts solcher Instruktionen die Ausführungen der aus der Heimat erschienenen Delegierten des Obersten Nationalkomitees von vornherein mit Widerstreben aufnahm. Schwer war die Aufgabe der Herren Hausner und Mlynarski. Als durch die Organisation nichts zu erreichen war, beschloßen sie, sich mit dem lebendigen Wort direkt an das Volk zu wenden. Es folgte eine Periode von Versammlungen in allen polnischen Kolonien auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten. Solche Volksversammlungen, Vorträge und Unterredungen hielten sie über 100 ab; sie durchpflügten die Scholle gründlich, ungeachtet dessen, daß man ihnen überall hindernd in den Weg trat und in manchen Ortschaften, wo das unaufgeklärte Element überwog, die Versammlungen zu sprengen suchte, so daß es manchmal zu Schlägereien und zum Blutvergießen kam. In der Presse wurde ein Orkan der Gemeinheit entfesselt. Man schleuderte gegen die Delegierten Infamationen, belegte sie mit Schimpfnamen, wie „bezahlte preußische Agenten und Juden“, drohte mit Anzeigen bei den Behörden wegen Vergehens gegen die Neutralität der Vereinigten Staaten, mit einem Worte, man sparte keine Mittel, wie sie Gemeinheit und Abtrünnigkeit ersinnen können. Aber ungeachtet dessen trat eine große Wendung in der Meinung der Allgemeinheit des Auswanderertums ein. Dank dieser beharrlichen Arbeit der Delegierten. Die Blätter, die zu dem Programm des Obersten Nationalkomitees standen, wuchsen wesentlich an Kraft und Bedeutung, was ihre gesteigerte Beliebtheit beweist.

Treu harrete bei der Standarte der Unabhängigkeit und bei den Legionen das „Komitee zur nationalen Verteidigung“ aus, das in den polnischen Siedelungen sechs Ortsgruppen und Zehntertausende von aktiven Mitgliedern hat. Seinen ehrenwerten Vorsitzenden Dr. Zaleski, dem verdienten Nestor des polnischen Auswanderertums Prof. Thomas Siemieradzki und dem unermüdlichen Arbeiter auf der nationalen Scholle, Herrn Stanislaus Razzacher sowie den ihnen ergebenen Arbeitsgenossen haben wir es zu verdanken, daß die Tätigkeit der Delegation ermöglicht wurde und daß nicht das ganze polnische Emigrantentum in den Vereinigten Staaten in dem Abgrund der Gedankenlosigkeit und der Verurteilung des polnischen Handelns und seiner Helden versank, daß das Emigrantentum ferner sich nicht damit besleckte, auf die Anordnungen des Vorsitzenden und des Turnwarts des Sokoltums hin polnische Abteilungen nach Warschau unter das Kommando des Generals Zwanow abzusfertigen.

Das Komitee der nationalen Verteidigung hat auch zuerst die politische Tätigkeit des Herrn Paderewski, die sich unter dem Deckmantel der Philanthropie verbarg, öffentlich verurteilt. Als der charitative, unparteiische und unpolitische Charakter des Schweizer Komitees amtlich bekannt gegeben wurde, wurde die Vertreterschaft des polnischen Emigrantentums in diesem Komitee auf drei Mitglieder des Chicagoer Zentralen Hilfskomitees beschränkt. Da wandte sich das Komitee zur nationalen Verteidigung an Sienkiewicz mit dem Angebot des Mitwirkens an dieser humanitären

Aktion und mit der Forderung, daß man den großen Bruchteil des Emigrantentums, der sich um das Komitee zur nationalen Verteidigung schart, durch Ernennung des Vorsitzenden Dr. Zaleski zum Mitglied des Schweizer Komitees berücksichtigen solle. Als nach Ablauf von mehreren Monaten weder das Schweizer Komitee, noch sein Vorsitzender zu antworten geruhten, da beschloß der Kongreß des Komitees zur nationalen Verteidigung, dieses „Übersehen“ zu benutzen und die Kandidatur Zaleski zurückzuziehen.

Um wenigstens teilweise den verlogenen Informationen entgegen zu wirken, welche die amerikanische Presse aus Petersburger und Warschauer, wie auch aus hiesigen russenfreundlichen Quellen schöpft, beschloß das Komitee zur nationalen Verteidigung eine Halbmonats-Beilage zu seinem Organ „Wici“ in englischer Sprache herauszugeben und diese Beilage nicht nur den Redaktionen der amerikanischen Blätter, sondern auch den Bibliotheken, Klubs, Universitäten und hervorragenden Persönlichkeiten zuzusenden. Die Amerikaner äußerten das höchste Erstaunen, als sie von unseren Legionen und ihren Heldentaten erfuhren. England wußte pfeifig die Welt davon zu überzeugen, daß es Krieg führe zur Befreiung der „kleinen Völker“. Unsere Lage und unser Verhältnis zu Rußland sind überhaupt nicht bekannt; daher glaubten die Amerikaner leicht an die Versicherungen der russischen Regierung und ihrer sentimentalischen polnischen oder anderen Lakaien. Mehrere Male brachten die hiesigen Blätter Photographien von Legionären mit dem Zusatz, das sei polnisches Militär, das für Preußen kämpfe. Gleichzeitig brachten die Blätter die Photographie irgend welcher Don'scher Kosaken mit der Erläuterung, daß dies für den Zaren kämpfende polnische Legionen seien. Irgendwelche russenfreundliche polnische Enthusiasten boten der Newyorker „Times“ vor einigen Jahren aufgenommene Photographien einer Gruppe von Sokols an, die im Felde nach Übungen in der Umgegend einer Stadt ausruhen, mit der Versicherung, es sei das eine polnisch-amerikanische Abteilung, die in den Reihen der russischen Armee kämpfe.

Photographien dieser Gruppe mit dem Legionenkapitän Rybski an der Spitze erschienen in der Sonntag-Ausgabe der „Times“ vom 21. März d. Js. Was die Sokol-Würdenträger in Pittsburg (das seit der Zeit des berühmten Befehls des Sokol-Vorsitzenden „Pittsgrad“ genannt wird) nicht in die Tat umzusetzen vermochten, richteten ihre Lakaien aus zu dem Zwecke des Gewinnens oder zielbewußten Fälschens der amerikanischen öffentlichen Meinung, um deren Sympathie und Opferwilligkeit für „Brot und Dach“ zu gewinnen.

Wenn die, für welche um diese Opferwilligkeit mit Mangel an Erfolg der „unpolitische“ Sendling von „ganz Polen“ wirbt, wüßten, mit welchem Verstoß gegen die nationale Würde sich diese Almosensammlung vollzieht, dann würden ihnen diese Brocken im Halse stecken bleiben, und sie würden sie ausspeien; denn teurer ist dem Menschen die Ehre und der gute Name seine Volks, als irgend welche persönliche Berühmtheit und Bettelgaben, die durch bewußtes Lügen und durch Anschwärzen der Helden der Nation errungen sind.

Newyork, 6. August.

Heinrich Niewelski.

